



# Plenarprotokoll

## 55. Sitzung

Donnerstag, 10. April 2014

**Missbilligung der Äußerungen der  
Bildungsministerin des Landes  
Schleswig-Holstein, Professorin  
Dr. Waltraud Wende** ..... 4440

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1763

Heike Franzen [CDU]..... 4440, 4448  
Martin Habersaat [SPD]..... 4442  
Eka von Kalben [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]..... 4443  
Anita Klahn [FDP]..... 4443  
Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 4445, 4450  
Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 4446  
Barbara Ostmeier [CDU]..... 4447  
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 4447  
Dr. Waltraud Wende, Ministerin  
für Bildung und Wissenschaft.. 4448, 4451  
Johannes Callsen [CDU]..... 4448, 4451

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 4449  
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 4450  
Lars Harms [SSW]..... 4451

Beschluss: Antrag Drucksache 18/  
1763 vom Antragsteller zurückge-  
zogen..... 4451

**Resolution zum Erhalt von Förder-  
zentren** ..... 4451

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1731

Änderungsantrag der Fraktionen von  
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/1791

Anita Klahn [FDP]..... 4452

Heike Franzen [CDU].....	4453	Christopher Vogt [FDP], Bericht- ersteller.....	4473
Martin Habersaat [SPD].....	4454	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4474
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	4456	Tobias von Pein [SPD].....	4474
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	4458	Hartmut Hamerich [CDU].....	4475
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	4459	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4477
Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	4460	Christopher Vogt [FDP].....	4478
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/1731 und des Än- derungsantrags Drucksache 18/ 1791 als selbstständigen Antrag an den Bildungsausschuss.....	4461	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4479
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung gesetzlicher Vorschriften über die Wahlen von Landesbeauftragten .....</b>	4461	Flemming Meyer [SSW].....	4480
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/1764		Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/ 994 in der Fassung der Drucksa- che 18/1757 2. Überweisung des An- trags Drucksache 18/1737 an den Wirtschaftsausschuss.....	4481
Johannes Callsen [CDU].....	4461	<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einrichtung des Am- tes eines oder einer Landesbeauf- tragten für politische Bildung .....</b>	4481
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4462, 4467	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1750	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4463	Jürgen Weber [SPD].....	4481
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4464	Johannes Callsen [CDU].....	4483
Torge Schmidt [PIRATEN].....	4465, 4471	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4484
Lars Harms [SSW].....	4466	Wolfgang Kubicki [FDP].....	4485
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4472, 4473	Torge Schmidt [PIRATEN].....	4487
Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	4473	Lars Harms [SSW].....	4488
<b>Gemeinsame Beratung</b>		Tobias Koch [CDU].....	4493
<b>a) Zweite Lesung des Entwurfes ei- nes Anerkennungsgesetzes Schleswig-Holstein .....</b>	4473	Beschluss: Überweisung an den Bil- dungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	4495
Gesetzentwurf der Landesregie- rung Drucksache 18/994		<b>Horizonte eröffnen, Chancen er- kennen, Möglichkeiten aufzeigen - Fachkräfte willkommen heißen! .....</b>	4495
Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1757		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1732	
<b>b) Anerkennungsfonds Schleswig- Holstein .....</b>	4473	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	4495
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1737		Astrid Damerow [CDU].....	4495
		Serpil Midyatli [SPD].....	4496
		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4498

Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	4499	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Lars Harms [SSW].....	4500	Drucksache 18/1792	
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4501	<b>Einzelbetriebliche Förderung abschaffen</b> .....	4518
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	4502	Änderungsantrag der Fraktion der FDP	
<b>Gemeinsame Beratung</b>		Drucksache 18/1794	
<b>a) Keine Änderung des Konjunkturbereinigungsverfahrens bei der Festlegung des Trendsteuerpfades</b> .....	4502	Volker Dornquast [CDU].....	4518
Antrag der Fraktion der CDU		Olaf Schulze [SPD].....	4519
Drucksache 18/1713		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4521
		Christopher Vogt [FDP].....	4522
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4526
		Flemming Meyer [SSW].....	4527
<b>b) Geeignete Methodik zur Ermittlung des Trendsteuerpfades einführen</b> .....	4502	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4528
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		Wolfgang Kubicki [FDP].....	4529
Drucksache 18/1762		Hans-Jörn Arp [CDU].....	4529
		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4530
Monika Heinold, Finanzministerin	4503, 4515	Beschluss: 1. Antrag Drucksache 18/1792 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt	
Tobias Koch [CDU].....	4505, 4514	2. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/1794	
Lars Winter [SPD].....	4508	3. Ablehnung des Antrags	
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4509	Drucksache 18/1723.....	4532
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4511		
Torge Schmidt [PIRATEN].....	4512		
Lars Harms [SSW].....	4513		
Beschluss: 1. Berichts Antrag Drucksache 18/1762 Nr. 1 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt			
2. Überweisung der Anträge Drucksachen 18/1713 und 18/1762 Nr. 2 an den Finanzausschuss.....	4518		
<b>Konzept für eine einzelbetriebliche Investitionsförderung</b> .....	4518		
Antrag der Fraktion der CDU			
Drucksache 18/1723			
<b>Bericht zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung</b> .....	4518		

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen schönen Morgen und eröffne unsere Sitzung am heutigen Donnerstag. Erkrankt ist Frau Abgeordnete Angelika Beer von den PIRATEN. Wir wünschen ihr gute Besserung.

(Beifall)

Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene ist Herr Minister Breitner beurlaubt. Herr Minister Dr. Habeck ist heute ab 13 Uhr beurlaubt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

**Missbilligung der Äußerungen der Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein, Professorin Dr. Waltraud Wende**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1763

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass ich die Sitzung bereits eröffnet hatte. Falls es noch Bedarf gibt, sich zu unterhalten, dann würde ich darauf drängen, dass dies außerhalb des Plenarsaals geschieht. - Vielen Dank. - Das Wort zur Begründung wird offensichtlich nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

(Beifall CDU und FDP)

**Heike Franzen [CDU]:**

Vielen Dank für die Vorschusslorbeeren. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich zitiere unsere Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

„Die Sonderschule, auch wenn sie euphemistisch als Förderzentrum bezeichnet wird, reduziert Teilhabechancen. Sie - die Sonderschulen beziehungsweise die Förderzentren - gelten in der öffentlichen wie in der wissenschaftlichen Diskussion als Einrichtungen mit kränkenden, belastenden, beschämenden, erniedrigenden Wirkungen, mit Stigmatisierungen.“

Frau Ministerin, Sie haben in den vergangenen Tagen versucht, diese Aussagen als Missverständnis abzutun. Dabei ist das eine ganz klare Aussage ge-

(Heike Franzen)

wesen, die Sie sich zu eigen gemacht haben. Was Sie damit angerichtet haben, zeigen die vielen Reaktionen von Lehrkräften und Eltern sowie Schülerinnen und Schülern. Alle waren entsetzt darüber, wie Sie unsere **Förderzentren** und die dort arbeitenden Mitarbeiter diffamiert haben.

(Beifall CDU und FDP)

Diese ganze Empörung ist an Ihnen abgeprallt. Bis heute gab es kein Wort der Entschuldigung oder des Bedauerns. Die Eltern der Kinder und die Lehrkräfte merken im Übrigen auch an Ihrem Handeln, dass diese Thesen Ihre Meinung sind. Sie bestimmen Ihre Politik. Ihr Versuch, sich jetzt auf die angeblichen Debatten in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit zurückzuziehen, ist nichts als reine Ausflucht. Frau Wende, die Menschen, für die Sie Verantwortung tragen, glauben Ihnen nicht mehr. Sie haben Ihre Glaubwürdigkeit verspielt.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Frau Ministerin, Ihre Worte haben Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Eltern und Kinder gekränkt, belastet, beschämt, erniedrigt und stigmatisiert. Frau Ministerin, es ist nicht das erste Mal, dass Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor das Schienbein treten: Den Gymnasien halten Sie vor, dass die Integrationsquote von 0,2 % beschämend sei. Bereits zu Beginn Ihrer Amtszeit haben Sie von den Lehrkräften gefordert, in den Ferien doch bitte die Klassenzimmer zu streichen. Auch die gestrige Debatte um die Lehrerbildung und den Umgang mit den Universitäten hat deutlich gemacht, dass Sie mit den Menschen hier im Land nicht umgehen können. Frau Ministerin, offensichtlich fehlt Ihnen jegliches Verantwortungsbewusstsein einer Ministerin für die Menschen, die für sie arbeiten.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Dienstherrin und Dienstherr haben jeder Minister und jede Ministerin den Anspruch auf die Loyalität seiner und ihrer Mitarbeiter. Auf der anderen Seite tragen Sie aber auch die **Fürsorgepflicht** für Ihre Mitarbeiter.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Wie bereits in der Vergangenheit ist die Bildungsministerin dieser Fürsorgepflicht nicht nachgekommen. Sie hat mit ihren Äußerungen in der letzten Landtagstagung diese Fürsorgepflicht missachtet. Das kann und darf dieses Haus nicht mittragen. Wir

alle hier tragen die Verantwortung für unsere Beamtinnen und Beamten, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in diesem Land. Sie haben einen Anspruch auf die Fürsorge ihrer Dienstherren. Daher ist das Verhalten der verantwortlichen Ministerin hier zu missbilligen.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Selbst Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, wissen offensichtlich, dass die Äußerungen der Bildungsministerin kein Missverständnis sind. Sie trauen ihr selbst nicht über den Weg. Anders ist Ihr **Resolutionsantrag** zum **Erhalt der Förderzentren** nicht zu erklären.

(Beifall CDU und FDP)

Anders als die Ministerin loben und befürworten Sie die Arbeit der Förderzentren ausdrücklich. Das kann aber kein Ersatz für die Entschuldigung der Ministerin sein.

(Beifall CDU und FDP)

Frau Wende, Sie bewegen sich in unserer Bildungslandschaft wie ein Elefant im Porzellanladen. Es gibt kaum eine Gruppe, die Sie nicht schon vor den Kopf gestoßen haben. Das gehört scheinbar zu Ihren zitierten bildungspolitischen Vorlieben.

Der Kollege Habersaat hat gestern gesagt, dass Ihre politischen Vorlieben auch die bildungspolitischen Ziele dieser Koalition seien. Heute kann dieses Haus deutlich machen, dass das Herabsetzen der Arbeit von Landesbeamten nicht das Ziel des Landes Schleswig-Holstein ist.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich einen letzten Satz sagen: Herr Ministerpräsident, ich bin sehr gespannt, ob Sie auch heute am Ende der Debatte an das Rednerpult gehen, um sich schützend vor Ihre Ministerin zu stellen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das hat Sie geärgert, nicht? - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gestern haben Sie die Verantwortung für die Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes übernommen. Vielleicht übernehmen Sie heute auch die Verantwortung für die Rede Ihrer Ministerin. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat hätten wir vielleicht die **Resolution** zum Thema **Förderzentren** und diesen Tagesordnungspunkt gemeinsam debattieren können; denn beide Tagesordnungspunkte sind der Versuch von CDU beziehungsweise FDP, aus der vergangenen Landtagsdebatte Profit zu schlagen und durch die Herausnahme von Zitaten aus ihrem Kontext Panik zu schüren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen FDP)

Ich muss Ihnen sagen: Ich missbillige Ihre Versuche, dies derart zu versuchen.

Wir haben am 20. März 2014 über einen Antrag der CDU debattiert, der sich zur Inklusion an unseren Schulen bekannt und gleichzeitig gefordert hat, dieses Ziel, zu dem man sich bekennt, nicht so schnell anzugehen. In ihrem Redebeitrag hat sich Frau Ministerin Wende zur **Inklusion** bekannt. Sie hat in dieser Rede darauf hingewiesen, dass die Behindertenrechtskonvention inzwischen deutsches Recht geworden sei, das für alle Ebenen des Staates und der Gesellschaft Gültigkeit habe. Ferner hat sie sich dazu bekannt, dass es auch künftig in Schleswig-Holstein Förderzentren geben wird und geben muss, weil davon auszugehen sei, dass 10 % bis 20 % der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf im inklusiven Unterricht eben nicht die bestmögliche Förderung erhalten können.

Wenn man einen Schritt weiter denkt, dann kommt man darauf, dass sie gesagt hat, dass die bestmögliche Förderung für diese Schülerinnen und Schüler in Förderzentren stattfinden wird.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Dann hat sie gesagt - Herr Dornquast, ich freue mich über Ihr Interesse am Thema - ,

(Beifall und Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

dass ein junger Mensch, der mit dem **Abschluss** einer **Förderschule** startet, am **Arbeitsmarkt** schlechte Chancen habe, und dass dieser Mensch in der Öffentlichkeit mit Kränkungen und Beschämungen rechnen müsse. Wo ist da der Skandal?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Weil das falsch ist!)

Wenn alles gut wäre, wenn an dieser Gesellschaft nichts zu ändern wäre, warum müssten wir dann überhaupt über Inklusion debattieren?

Frau Wende hat mit keinem Wort gesagt, dass die Förderzentren eine schlechte Arbeit leisten. Sie hat mit keinem Wort Vorwürfe gegen die Lehrerinnen und Lehrer, gegen die Erzieherinnen und Erzieher, gegen die Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter oder gegen sonst jemanden erhoben, der an einem Förderzentrum tätig ist. Wenn sie das so sehen würde - das ist jetzt ein bisschen intellektuell, aber es geht an dieser Stelle leider nicht anders - ,

(Zuruf FDP: Oh!)

könnte sie sich ja nicht in der gleichen Rede dafür einsetzen, dass für 10 % bis 20 % der Schülerinnen und Schüler genau diese Einrichtungen erhalten bleiben sollen.

In den vergangenen Wochen sind einige Sätze zitiert und aus dem Argumentationszusammenhang herausgerissen worden. Da die meisten Menschen nicht die Sitzungen des Schleswig-Holsteinischen Landtags online oder persönlich von der Tribüne aus verfolgen, sondern auf die **Berichterstattung** in den Medien angewiesen sind, gab es seitens vieler Lehrkräfte und auch seitens vieler Eltern von Kindern mit Förderbedarf zum Teil scharfe Kritik an der Ministerin und offensichtlich - das räumen wir durchaus ein - Erklärungsbedarf.

Es war deshalb richtig, dass Frau Wende in den vergangenen Tagen das Gespräch gesucht und auch in Briefen ihre Position zur Inklusion und zur Arbeit der Förderzentren in der nötigen Differenziertheit dargestellt hat. Differenziertheit ist aber nicht das, was die Kolleginnen und Kollegen der Opposition auszeichnet.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das stimmt!)

Sie hatten nun wirklich Zugang zur ganzen Rede der Ministerin, ziehen aber in Ihrem Antrag zwei Sätze aus dem Kontext heraus und beantragen, dass wir Demütigungsrituale mit Missbilligungserklärungen und Entschuldigungsaufforderungen beschließen. Deren Sinn sind - aus Ihrer Sicht - Showeffekte, aber eben nicht die von Ihnen geforderte „gebotene Sachlichkeit“.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie können ja spaßeshalber einmal versuchen, diese Maßstäbe an sich selbst anzulegen. Wenn Sie sich



(Martin Habersaat)

jedes Mal für Formulierungen nachträglich entschuldigen sollen, die missverständlich oder unsensibel waren, besonders dann, wenn sie aus dem Argumentationszusammenhang herausgerissen wurden, dann hätten wir uns hier vermutlich viel anzuheören. Den Namen Putin möchte ich hier nur spaßeshalber einmal kurz fallenlassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch ein Freund von Schröder!)

Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht überraschen, dass wir Ihren Antrag ablehnen. Zur Wahl der „Missbilligung 2014“ müssen Sie sich eine andere Kandidatin suchen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht lange drum herum reden: Während der vergangenen Landtagssitzung sind Worte gefallen, die falsch verstanden wurden und

(Lachen CDU, FDP und PIRATEN)

für Enttäuschung, gar für Wut gesorgt haben. Diese Worte haben eine nachträgliche Klärung erfordert. Die Bildungsministerin hat hierzu notwendige Gespräche geführt und Missverständnisse aus der Welt geschafft. Das ist gut so. Mehr ist zu dieser Sache eigentlich nicht zu sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In diesem Haus herrscht Einigkeit, dass die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer und des gesamten **Personals an Förderzentren**, egal ob Beamte oder Angestellte, und an jeder anderen Schulart unseren Respekt und unsere Anerkennung verdient: Sie verdient unseren Dank. Wir schätzen die engagierte und couragierte Arbeit sehr, die in unseren Schulen geleistet wird.

(Wortmeldung Barbara Ostmeier [CDU])

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie - -

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Es ist deutlich geworden, dass schulpolitische Debatten, ganz besonders aber Debatten um **Inklusion**, mit der allergrößten Sorgfalt geführt werden müssen; denn ein falsches Wort oder ein falsch verstandenes Wort kann schnell zu Frustration führen. Das hilft uns aber nicht weiter.

Wir werden uns heute und in absehbarer Zeit immer wieder mit Inklusion und mit der **Förderung von Menschen mit Handicap** befassen müssen. Die Erfahrungen der vergangenen Wochen machen uns allen noch einmal deutlich, wie wichtig hierbei Fingerspitzengefühl und Empathie sind.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wichtig ist Empathie für gehandicapte Menschen, für ihre Angehörigen und für die verantwortlichen Pädagoginnen und Pädagogen. Wir wollen einen Weg finden, um allen Kindern - ganz gleich ob mit oder ohne Handicap - eine optimale Förderung zuteilwerden zu lassen.

Meine Damen und Herren, diese Debatte, diese Missbilligung, trägt nicht dazu bei. So lassen sich die Herausforderungen der Inklusion nicht bewältigen. Sie, liebe CDU, wollen ausgeräumte Missverständnisse politisch instrumentalisieren. Frau Franzen, auch wenn Sie am Anfang Ihrer Rede genau mit dem Punkt begonnen haben, der in der vergangenen Sitzung besprochen wurde, so haben Sie doch im Laufe Ihrer Rede die Debatte um den Bildungsdialog, die Debatte um das Lehrerbildungsgesetz und so weiter hineingemengt.

Das zeigt, dass es mit dieser Debatte nicht nur um den Punkt geht, der Sie persönlich betroffen hat, sondern es geht um eine politische Instrumentalisierung. Das lehnen wir ab, und deshalb lehnen wir auch Ihren Antrag ab. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau von Kalben, was Sie zum Schluss gesagt haben, das finde ich - ehrlich gesagt

**(Anita Klahn)**

- ziemlich daneben. Ich sage das einmal in einfacher Sprache, in Leichter Sprache, damit es auch alle verstehen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unfassbar!)

Die Empörung, die durch das Land gegangen ist, allein auf Frau Franzen zu beziehen, das finde ich wirklich sehr beschämend.

(Zurufe)

Frau von Kalben, Sie machen es sich sehr, sehr einfach.

(Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, wir sollten die Zwischenrufe auf ein Normalmaß herunterpegeln. - Frau Abgeordnete Klahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Habersaat?

**Anita Klahn [FDP]:**

Ja. Da ich noch gar nicht so richtig angefangen habe, wird es spannend.

**Präsident Klaus Schlie:**

Bitte, Herr Habersaat.

**Martin Habersaat [SPD]:** Frau Kollegin Klahn, haben Sie eine Vorstellung davon, welche Wirkung Sie erzeugen, wenn Sie den Begriff Leichte Sprache in diesem Zusammenhang verwenden, um die Kollegin von Kalben zu beschimpfen?

(Zurufe SPD: Ja!)

**Anita Klahn [FDP]:**

Ich habe - -

(Weitere Zurufe SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Lassen wir jetzt der Abgeordneten Klahn die Chance zu antworten.

**Anita Klahn [FDP]:**

Es besteht doch Kontext hier im Hause, dass wir uns zukünftig deutlich und verständlich ausdrücken möchten. Wenn ich mir Ihre Rede und die Rede von Frau von Kalben in Erinnerung rufe, dann ist es offensichtlich sehr wichtig, dass wir hier in klaren

Worten sprechen. Wenn ich sehe, wie oft hier jemand falsch verstanden wird und wie oft etwas entschuldigt wird, weil sich jemand missverständlich artikuliert hat und es wieder einmal falsch verstanden wurde -

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

das betrifft offensichtlich auch Ihre Ministerin -, dann finde ich es ganz richtig zu sagen, wie ich es eben formuliert habe, dass ich den Vorwurf von Frau von Kalben an der Stelle nicht angemessen fand.

(Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, ich würde gern meine Gedanken zu diesem Antrag entwickeln.

(Lachen PIRATEN)

Wir müssen uns doch hier fragen, wer die **Förderzentren** stigmatisiert. Das sind doch mit Sicherheit nicht die Lehrkräfte oder die Eltern, die vor Ort engagiert und mit viel Kraft arbeiten. Es sind doch diejenigen, die die Förderzentren nicht wollen, die die Förderzentren schlechtreden. Von denjenigen werden die Förderzentren stigmatisiert. Das ist in diesem Fall niemand anderes als die Dienstherrin, die Ministerin selbst, die stigmatisiert, wenn sie solche Äußerungen weiter stehen lässt und sonst niemand.

(Beifall FDP und CDU)

Das ist beschämend und einer Ministerin unwürdig. Wir warten, genauso wie die Menschen im Land, wie Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Frau Ministerin, noch immer auf eine Entschuldigung. Wir sind schon einiges an Skurrilitäten von dieser Ministerin gewohnt. Doch die Äußerung von Frau Professorin Waltraud ‚Wara‘ Wende in der letzten Plenardebatte zum Thema Förderzentren - ich möchte sie nicht wiederholen - konnte wohl keiner als euphemistisch interpretieren. Dieser Redebeitrag und die darauf folgenden Äußerungen in einem Fernsehmagazin haben für landesweite Empörung gesorgt - und das zu Recht. Die Wortwahl und die darin enthaltene Bewertung ist zumindest als Unkenntnis der Arbeit der Förderzentren zu bewerten. Man musste den Eindruck gewinnen, dass die Bildungsministerin noch keine einzige Stunde in einem Förderzentrum zugebracht hat.

Meine Fraktion hat nach der ersten Fassungslosigkeit über diese Verbalentgleisung der Ministerin erwartet, dass sie sich unverzüglich öffentlich entschuldigt.



(Anita Klahn)

(Beifall FDP und CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dazu braucht man eine gewisse Größe!)

Wenn Sie sich selbst dazu nicht imstande sieht, aus welchem Grund auch immer, dann wäre es die Aufgabe des Ministerpräsidenten gewesen, die Position der Landesregierung klarzustellen. Die **Pressemitteilung** des Bildungsministeriums von Ende letzter Woche war zumindest keine Entschuldigung. Die Ministerin hat nichts zurückgenommen. Viel schlimmer noch: Sie erklärte lediglich, es sei zu Missverständnissen gekommen, sie sei falsch verstanden worden.

Das Handeln der Ministerin lässt keine veränderte Position zu den Förderzentren und keine Achtung vor der Arbeit in Förderzentren erkennen.

Aber die Missachtung der Förderzentren ist lange nicht die einzige Fehlleistung der Ministerin. Sie verunglimpft Förderschulen, Gymnasien, kündigt einseitig Absprachen mit den Universitäten und unterstellt öffentlich dem angesehenen Präsidenten der Kieler Universität eine Lüge.

Wie man der Zeitung entnehmen kann, war der Ministerpräsident federführend an der katastrophalen Entscheidung bei der **Lehrerbildung** beteiligt. Es hilft also auch nicht, das Thema zur Chefsache zu erklären. Das Schulgesetz dieser Landesregierung schafft nur neue Probleme und löst keine. Diese Landesregierung ist bildungspolitisch bankrott und hat in diesem zentralen landespolitischen Themenfeld versagt. Das Verhältnis zu Schülern, Lehrern, Eltern und Studenten ist zutiefst zerrüttet, und hierzu hat die Ministerin Wende den maßgeblichen Beitrag geliefert.

Die Ministerin hat ihre Position und damit die Position der Landesregierung zu den Förderschulen mehrfach klar gezogen. Wenn die Ministerin nicht erkennt, wie falsch sie liegt, dann muss sie mit den Konsequenzen leben.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn die Ministerin glaubt, sich nicht entschuldigen zu müssen, dann muss sie auch hier mit den Konsequenzen leben. Wir werden es ihr auf jeden Fall nicht durchgehen lassen.

Meine Fraktion hat inhaltlich auf die Äußerung reagiert und eine Resolution für die Förderschulen vorgelegt. Wir wollen, dass sich der Landtag klar zu den Äußerungen der Ministerin positioniert und der Ministerin deutlich sagt, dass ihre Meinung weder die Meinung der Bürgerinnen und Bürger noch die

der von ihnen gewählten Vertreterinnen und Vertretern ist.

Wir werden dem Antrag der CDU zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat nun der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier zur Debatte stehende Antrag der Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion ist die logische Konsequenz aus zwei Vorgängen: Der eine Vorgang ist der unangebrachte Satz der Ministerin, auf den komme ich später zurück, und der andere Vorgang ist der, dass ich - und nicht nur ich - den Eindruck habe, dass Sie, Frau Ministerin Wende, den Unterschied zwischen einer Vorlesung und einem Redebeitrag im Parlament nicht richtig verstehen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Das Parlament ist ein Ort von Debatten, von Diskursen, er ist kein Hörsaal. Wenn Sie dies besser machen und besser umsetzen, wird sich - das muss ich einräumen - die unangemessene aggressive Grundstimmung hier im Hause Ihnen gegenüber bei aller Unterschiedlichkeit in der Sache verändern. Das wäre gut für uns alle.

Bei der Recherche für meine Rede habe ich feststellen müssen, Frau Ministerin, dass es nur ein Mitglied im Landtag gibt, das Ihren Stil rechtfertigt. Das ist der Kollege Stegner, was jetzt nicht wirklich überrascht. Im Mai des letzten Jahres hatten sich die „Kieler Nachrichten“ mit Ihnen kritisch beschäftigt und geschrieben:

„Dass die Professorin nicht immer den politisch korrekten Ton trifft, nimmt Stegner in Kauf.“

Daraufhin wurde auch die Erwiderung des Kollegen Stegner zitiert:

„Das ist der Preis, den man bezahlt, wenn man Leute holt, die nicht so abgeschliffen sind wie ein Kiesel.“

- Da stellt sich auch gleich die Frage: Wer ist man und wer bezahlt? - Nach meinem Eindruck ist „man“ derzeit das gesamte Land. Denn der Preis für die Rhetorik der Ministerin ist die auf der Strecke

(Wolfgang Dudda)

gebliebene Sachlichkeit in den Debatten um die Bildungspolitik.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ihr Stil, Frau Wende, und insbesondere auch Ihr Timing erzeugen Koalitionen gegen Sie, die es natürlicherweise nicht geben würde. Das ist das Problem. Die Botschaft, die mit dem CDU-Antrag und dem genannten Zitat verbunden ist, war doch hoffentlich die - ich gehe davon aus, dass es auch so war -, dass wir dringend aufgefordert sind, uns um das **Image der Förderzentren** zu kümmern. Denn es ist in der Tat so, dass völlig unangebrachte und unbegründete Vorurteile den Wert der tollen Arbeit dort beschädigen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Das ist gewiss absoluter Konsens hier im Haus und hätte vermutlich auch die totale Zustimmung hier gefunden. Die wahrscheinlich von Ihnen in bester Absicht benutzte überzogene und deshalb auch total misslungene Empörungsrhetorik hat genau das Gegenteil bewirkt. Das geschieht dann, wenn man eine Meinung oder Ansicht einfach so platzieren will, ohne dabei an alle Empfänger der Botschaft zu denken. Was für einen Hörsaal gut ist, taugt nicht für einen Plenarsaal.

Sie wissen, Frau Ministerin, dass wir PIRATEN Ihren Vorstellungen oft folgen und weiten Teilen Ihrer Politik mit großer Sympathie begegnen. Mit der Art und Weise, wie Sie diese Politik umsetzen, erklären und gestalten, machen Sie es uns und auch vielen anderen sehr, sehr schwer, die guten Inhalte zu transportieren.

Wenn Ihnen dieser Punkt einerlei ist und Sie stattdessen weiterhin mit der von dem Kollegen König gestern angeführten Kraft der souveränen Willkür allein weiterarbeiten wollen, lassen Sie uns das bitte wissen. Wenn Sie jedoch die wirklich an sich sehr gute Idee des Dialoges leben wollen und einen Ersatz für das ewige Vor-den-Kopf-stoßen bieten möchten, tragen Sie endlich dazu bei, die völlig überhitzte Diskussionsatmosphäre herunterzukühlen. Das braucht das Land jetzt.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Einen ersten Schritt haben Sie, Frau Wende, in der letzten Woche gemacht, als Sie den hier debattierten Antrag der CDU-Fraktion sachlich zutreffend als Oppositionsarbeit bezeichnet haben. Den zweiten Schritt, nämlich das Bedauern über Ihre missverständliche Äußerung, haben Sie bisher nicht ausreichend vollzogen. Unterlassen Sie das, bleibt ein Eindruck zurück, der schlicht die Überschrift

verdient: „Alle doof außer Wara“. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Abgeordneten des SSW hat nun Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich ganz ehrlich bin, dann muss ich sagen: Diese Debatte wirkt auf mich wirklich unsinnig, zumindest aber überflüssig.

(Lachen CDU)

Während es weit wichtigere Dinge zu diskutieren gibt, sollen wir uns hier über Äußerungen der Bildungsministerin unterhalten, die zu Missverständnissen geführt haben, und zwar zu Missverständnissen, die schon lange ausgeräumt sind. Die Ministerin steht ganz offenkundig in engem Austausch mit den Betroffenen. In meinen Augen ist also nicht die Bildungsministerin, sondern sind vielmehr die Antragsteller selber aufgefordert, zur gebotenen Sachlichkeit zurückzukehren.

Es kann überhaupt keinen Zweifel daran geben, dass die Sonderpädagogen im Land großartige Arbeit leisten. Dies sage ich ausdrücklich für alle Schulen. Mit Blick auf die Förderzentren im Land will ich eines ganz deutlich machen. Aus dem **Koalitionsvertrag** von SPD, Grünen und SSW geht absolut unmissverständlich hervor, dass eine flächendeckende Schließung unserer **Förderzentren** zu keinem Zeitpunkt zur Debatte stand und damit auch in Zukunft von niemandem gewollt ist.

Für den SSW ist völlig klar: Die Menschen dort leisten Tag für Tag einen engagierten und tadellosen Einsatz für unsere Kinder. Ich sehe wirklich keinen Anlass, die Äußerungen der Ministerin zu missbilligen. Sie hat nach den entstandenen **Irritationen** unverzüglich Kontakt zum **Verband Sonderpädagogik** aufgenommen. In einem Schreiben an Vorsitzende und Mitglieder hat sie nicht nur ein Gesprächsangebot gemacht. Auch der große Respekt und die Wertschätzung für die von ihnen geleistete Arbeit wurden hier deutlich.

Das darauf folgende Gespräch war nach Aussage aller Beteiligten nicht nur klärend, sondern vor allem zukunftsgerichtet und konstruktiv. Wir alle haben es lesen können: Die Landesvorsitzende des Verbandes Sonderpädagogik ist nach eigener Aus-

**(Jette Waldinger-Thiering)**

sage erfreut darüber, dass es schnell zu einem klärenden Gespräch gekommen ist. Die von der Ministerin getroffenen Äußerungen wurden eindeutig klargestellt. Mit Blick auf die Zukunft und ein wirklich inklusives Schulwesen wollen beide Seiten konstruktiv miteinander arbeiten.

Ich denke, alles in allem ist Grund genug, um nun einen Schlusstrich zu ziehen und sich den wirklich wichtigen Dingen zuzuwenden.

Ich möchte nur noch eines sagen - das gilt für jeden von uns, der hier und auch oben auf der Tribüne sitzt -: Demut in dieser Sache wäre von allen Seiten wirklich angebracht.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Barbara Ostmeier [CDU]: Sehr gut!)

Wir sprechen über die Schwächsten in unserem Land. Sie benötigen Demut von uns allen, ob Opposition oder regierungstragende Fraktionen.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN - Zuruf Jens-Christian Magnussen [CDU]: Sehr gut!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich vorgehabt, meinen Dreiminutenbeitrag nach dem Vortrag von Herrn Dudda zurückzunehmen. Herr Dudda hat das zum Ausdruck gebracht, was ich jetzt aber nach der geschätzten Kollegin Frau Waldinger-Thiering doch noch in einem Satz sagen möchte. Es ist doch ein deutlicher Unterschied, ob die Ministerin mit einer Rede, die schriftlich dokumentiert ist, und mit diesen vielleicht **missverständlichen Aussagen** in der Öffentlichkeit steht, oder ob man im Hintergrund, im nicht öffentlichen Bereich, Gespräche sucht. Das ist zwar integer, aber ich finde, die Ministerin könnte sich genauso öffentlich dokumentiert heute dafür entschuldigen, dass sie diese Missverständnisse hervorgerufen hat.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Wir alle wissen, wie das politische Geschäft läuft. Es ist immer sehr gut, heute und hier etwas zu sagen. Man legt Wert darauf, dass das schriftlich ist. Im Hintergrund sagt man dann, es tue einem leid. Aber das, was in einer Rede der Ministerin steht, kann jeder immer wieder nachschlagen. Deshalb

fände ich es toll, wenn sie sich nicht winden, sondern wirklich aufstehen und vor dem Plenum das öffentlich sagen würde, was sie ja im Hintergrund offensichtlich sagt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern, kurz bevor die Bildungsdebatte beendet wurde, hat sich der Ministerpräsident eingemischt. Der Ministerpräsident hat unabhängig davon, wie man inhaltlich zu den Plänen steht, sehr eindrücklich und eindringlich an dieses Haus appelliert und gesagt: Kann man nicht einmal für einen Moment zugeben, dass etwas gut gelaufen ist? Kann die **Opposition** nicht einmal die Größe besitzen, einzuräumen, dass etwas gelungen ist?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte das heute umdrehen und vor dem Hintergrund dessen, was die Kollegen Dudda und Ostmeier gerade gesagt haben, den Appell an die Frau Ministerin richten. Frau Ministerin, unabhängig davon, was Sie wirklich gemeint haben, protokolliert ist eine Äußerung von Ihnen, die zumindest für Missverständnisse sorgen musste. Vor diesem Hintergrund appelliere ich an Sie: Zeigen Sie doch, dass Sie besser sind als die Opposition! Zeigen Sie doch, dass Sie die Größe haben, sich jetzt hier hinzustellen und dafür zu entschuldigen, dass das, was Sie gesagt haben, zumindest extrem missverständlich gewesen ist! Es ist ein Unterschied, ob Sie Gespräche führen, um Missverständnisse auszuräumen, oder ob Sie sich für das, was Sie in einer Plenardebatte gesagt haben, auch wieder in einer Plenardebatte entschuldigen. Besitzen Sie diese Größe! Wenn Sie die Größe haben, sich dafür auch im Landtag zu entschuldigen, dann sind Missbilligungsanträge überflüssig.

Die Frage ist auch, Frau **Ministerin**, wie ernst Sie dieses **Parlament** nehmen. Wir alle täten gut daran, auch mit Hinblick auf die öffentliche Wirkung, das Parlament ernst zu nehmen. Deswegen ist eine Entschuldigung angebracht. Frau Ministerin, ich erwarte sie von Ihnen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Habersaat hat mir vorgeworfen, ich hätte ein Zitat der Ministerin aus dem Zusammenhang gerissen. Das möchte ich gern richtigstellen, indem ich das, was die Ministerin in ihrer Rede gesagt hat, bevor sie sich zu den Sonderschulen geäußert hat, zitiere. Zunächst geht sie darauf ein, dass es weitere Förderzentren geben soll. Dann führt sie aus:

„Für die anderen 80 bis 90 % unserer Schülerinnen und Schüler mit Behinderung gilt.“

- dann kommt das, was ich gesagt habe -

„Die Sonderschule, auch wenn sie euphemistisch als Förderzentrum bezeichnet wird, reduziert Teilhabechancen. Sie - die Sonderschulen beziehungsweise die Förderzentren - gelten in der öffentlichen wie in der wissenschaftlichen Diskussion als Einrichtungen mit kränkenden, belastenden, beschämenden, erniedrigenden Wirkungen, mit Stigmatisierungen.“

Meine Damen und Herren, das sind unter anderem die **Förderzentren** in unserem Land, die gute Arbeit für unsere lernbehinderten Kinder leisten. Das sind die Förderzentren, die sich um die Kinder kümmern, die körperliche und Sinnesschädigungen haben. Ich trage eine solche Diffamierung dieser Sonderschulen und dieser Förderzentren in diesem Hause nicht mit.

(Zuruf SPD: Das ist doch Unsinn!)

Ich erwarte in der Tat, dass sich die Ministerin angesichts der Arbeit, die in vielen Jahren in diesem Land ausgesprochen gut und qualifiziert geleistet wurde, bei den Lehrkräften, Erziehern, Eltern und vor allen Dingen bei den Schülerinnen und Schülern für ihre Äußerungen entschuldigt. Da kann ich mich dem Kollegen Garg anschließen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professorin Dr. Waltraud Wende, das Wort.

**Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich bedaure die **Schärfe meines Satzes**. Ich bedaure, dass diese Schärfe für viele missverständlich war. Ich habe großen Respekt vor den Menschen, die in den Förderzentren tagtäglich großen Einsatz leisten. Nichts lag mir ferner, als diese Menschen zu beleidigen. Es geht einzig und allein um die Frage, die uns auch bei dem nächsten Tagesordnungspunkt beschäftigen wird: Wie erreichen wir das Ziel der Inklusion, möglichst viele Schülerinnen und Schüler in den Regelschulen zu beschulen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Oppositionsführer der CDU, Herr Abgeordneter Johannes Callsen, das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist unser aller Ziel hier im Hause, Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen bestmöglich zu fördern, ihnen die Chance auf Teilhabe, die Chance für Ausbildung und ihnen Anerkennung zu geben. Über die Wege dahin mag man unterschiedlich diskutieren. Wir sind der Überzeugung: Förderschulen spielen dabei eine wichtige Rolle, sie leisten gute Arbeit, wie es die Kollegin Franzen gesagt hat. Deshalb gab es durchaus zu Recht erhebliche **Irritationen** über die **Äußerungen der Ministerin**.

Frau Wende, bei allem Respekt: Auch Ihre Klarstellung eben wird aus unserer Sicht nicht dem gerecht, was Betroffene draußen erwarten.

(Widerspruch und Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf: Das ist reiner Klamauk!)

- Nein, es geht nicht um Klamauk.

(Zuruf SPD: Doch!)

Ich sage noch etwas zum Thema Klamauk.

(Weitere Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie haben der Kollegin Franzen in der Debatte vorgeworfen, aus diesem Thema Profit ziehen zu wollen und für Showeffekte zu sorgen. Ich finde, das



(Johannes Callsen)

ist gerade gegenüber einer Kollegin, die sich in diesem Bereich über viele Jahre hinweg ehrenamtlich engagiert, auch in persönlicher Betroffenheit, unfair.

(Zuruf: Sprechen Sie das anderen ab? - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Ich unterstelle der Kollegin keine Show!)

- Nein, das spreche ich niemandem ab. Der Vorwurf ist an dieser Stelle schlicht falsch.

(Beifall CDU)

Wir beantragen, über unseren Antrag namentlich abstimmen zu lassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU - Lachen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Formulierung „Ich bedaure die Schärfe meines Satzes“, Frau Ministerin, macht die Sache aus meiner Sicht nicht besser, sondern noch schlimmer.

(Beifall FDP und CDU)

Selbst der Kollege Stegner und ich sind in der Lage, obwohl uns das von unserem Ego her äußerst schwer fällt, uns gelegentlich auch für **misslungene Formulierungen** zu entschuldigen,

(Beifall FDP und CDU)

wobei ich gar nicht sagen will, ich müsse mich entschuldigen. Es hätte mir gereicht, Frau Ministerin, wenn Sie gesagt hätten, es tue Ihnen leid.

(Zuruf SPD: Das hat sie doch!)

Nein, das hat sie nicht. Sie hat gesagt: „Ich bedaure die Schärfe meines Satzes.“ Die richtige Antwort wäre gewesen, zu sagen: „Es tut mir leid, dass durch meine Formulierung Menschen verletzt worden sind.“

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber noch einmal: Ich will mich jetzt gar nicht auf semantische Exegesen einlassen, weil ich finde - -

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann lassen Sie es doch!)

- Frau Kollegin von Kalben, langsam reicht es mir. Ich kann mich daran erinnern, wie Sie und die Grünen auf dem Teller gedreht haben, als es um den Kollegen Dr. Klug ging oder auch als es um mich als Person ging, als wir uns der Frage zugewandt hatten, wie das Bildungsministerium mit Mitarbeitern besetzt worden ist. Es hat Wochen gedauert, bis die Diskussion darüber zu Ende war. Dauernd wurde gefordert, wir sollten zu den Mitarbeitern gehen und jedem einzelnen die Hand drücken und uns entschuldigen. Ich will das hier alles gar nicht wiederholen.

Das, was die Ministerin sagte, hat nicht nur Irritationen, sondern bei vielen Betroffenen große **Betroffenheit** ausgelöst.

Noch einmal: Wir stehen vor einer schwierigen Diskussion, weil niemand von uns verlangen kann, dass Frau Ministerin Wende - das würden wir ihr auch gar nicht zumuten wollen - auf den Knien im Parlament oder sonst wo herumrutscht. Wir stehen insofern vor einer schwierigen Situation, weil wir einerseits die Union mit ihrem Ansinnen verstehen können, andererseits aber den Anlass nicht für so bedeutend halten, dass wir nun zu einer namentlichen Abstimmung darüber schreiten müssten, um klar festzulegen, wie wir die Äußerungen der Frau Ministerin bewerten. Das mögen die Menschen in diesem Lande selbst tun. Ich glaube nicht - das sage ich noch einmal -, dass Sie sich heute einen Gefallen getan haben, Frau Ministerin. Ich meine, es wäre angemessener gewesen, an dieses Rednerpult mit einer etwas anderen Haltung zu treten. Sie haben mir vorhin zugerufen: „Kleine Männer!“

(Zuruf)

Das sind die Parteien, die gegen Diskriminierung auftreten, kleine Männer. Aber das sind immer große Worte.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Sofort, Herr Präsident. Ich möchte den Satz kurz noch zu Ende bringen. - Das zeigt aber Ihre Grundhaltung, Frau Ministerin, dass Sie die Menschen draußen und die Abgeordneten hier nicht so akzeptieren, weil Sie glauben, Sie seien im Besitz letzter und größerer Wahrheiten und deshalb könnten Sie - Herr Dudda hatte es schon zu Recht gesagt - profes-

(Wolfgang Kubicki)

soral durch das Land schreiten. Das wird Ihnen und der Regierung, Herr Ministerpräsident, auf absehbare Zeit mehr schaden, als es Nutzen bringen wird. Darüber sollten Sie noch einmal intensiv nachdenken.

Ich gestatte jetzt die Zwischenfrage.

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Kubicki, vielen Dank dafür, dass Sie mir eine Zwischenfrage gestatten.

Mich hat diese Debatte aufgebracht. Es hieß in der Entschuldigung eben: „Ich bedaure“. Ich habe noch einmal nachgelesen. Der deutsche Duden sagt, „bedauern“ heißt: Anteil nehmen, mitleiden, mitfühlen, Mitgefühl haben, Mitleid empfinden, Verständnis zeigen, leidtun.

- Ja. Herr Kollege Tietze, lassen Sie mich darauf antworten.

Das ist die Definition des Duden. Für mich heißt das: „Ich bedaure“ - um es wertschätzend und empathisch zu sagen -, das mit diesen Worten untermauert zu haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Genau. „Ich bedaure die Schärfe meines Satzes“ heißt: Ich bedaure mich selbst. Das heißt nicht: „Ich bedaure die Aussage. Ich bedaure nicht die Menschen, die davon betroffen worden sind.“ Das macht den Unterschied aus.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn Sie das nicht begreifen, dann tun Sie mir leid. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frau Bildungsministerin hat nicht nur in dem, was sie vorhin hier gesagt hat, sondern auch in Pressemitteilungen und in Gesprächen mit den Betroffenen zum Ausdruck gebracht, sie bedaure, dass sie wegen der **Schärfe dieses Satzes** missverstanden worden sei. Genau dies hat sie zum Ausdruck gebracht. Ich finde, das war auch notwendig, weil wir in der Tat eine Debatte hatten, die entgegen

dem geführt worden ist, was inhaltlich dem entsprach, was die Frau Ministerin nicht nur in ihrer Rede, sondern auch anderswo gesagt hat. Das ist geschehen.

Aber die Tatsache, dass Sie das nicht nur nicht zur Kenntnis nehmen, sondern hier auch mit **Missbilligungsanträgen**, mit namentlicher Abstimmung arbeiten und mit Empörung in der Stimme so tun, als gehe es um die Menschen, die in den betreffenden Schulen unterrichtet und betreut werden, das disqualifiziert Sie. Wenn es Ihnen wirklich ernst wäre, dann würden Sie Ihren Antrag zurückziehen, das zur Kenntnis nehmen, das Bedauern akzeptieren, statt hier so aufzutreten, wie Sie es getan haben.

Sie mögen das in namentlicher Abstimmung zu Ende bringen; daran können wir Sie nicht hindern, aber wir werden diesen Antrag ablehnen. Es geht Ihnen leider nicht um die Sache. Das ist schade. Das sage ich gerade mit Blick auf diejenigen, die hier zuhören. Die Frau Ministerin hat ihr Bedauern hier zum Ausdruck gebracht. Ich finde, damit muss es gut sein.

Gerade diejenigen, die gelegentlich auch andere Dinge von sich geben, sollten akzeptieren, dass es auch einmal passieren kann, dass man etwas zu scharf formuliert. Ich gebe zu, dass man einen Satz, wenn man ihn für sich genommen hört, durchaus missverstehen kann. Dieses Missverständnis jedoch hat Frau Ministerin Wende ausgeräumt. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Wenn Sie jetzt eine namentliche Abstimmung über einen Missbilligungsantrag durchführen wollen, dann tun Sie das bitte. Aber um die Sache geht es Ihnen offenkundig nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

**Wolfgang Dudda** [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich zum Schluss meiner Rede fordere, dass Sie das bedauern, und Sie bedauern es dann, kann ich konsequenterweise den CDU-Antrag natürlich nicht mehr den mittragen. Dass Sie beim **Bedauern** jedoch noch ein bisschen Lernbedarf haben, Frau Wende, mag durchaus sein; das kann man noch besser machen.



(Wolfgang Dudda)

(Lachen PIRATEN und CDU)

Aber für uns ist das, was Sie hier gesagt haben, zunächst ausreichend.

Trotzdem werden wir uns bei der namentlichen Abstimmung der Stimme enthalten, zumal die Ursprungsäußerung so schlecht war, dass sie entsprechend bedacht werden muss. Ich hätte mir ein entschlosseneres Bedauern gewünscht, aber Sie haben ein Bedauern zum Ausdruck gebracht. Deshalb werden wir uns an dieser Stelle der Stimme enthalten. - Danke.

(Beifall PIRATEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat nun der Kollege Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich hätte mich gefreut, wenn die CDU die Größe gehabt hätte, ihren Antrag jetzt zurückzuziehen, nachdem das erfüllt worden ist, was sie in der Debatte gefordert hat.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben gefordert, die Ministerin solle sich für das, was sie an Missverständnissen ausgelöst habe, entschuldigen. Die Frau Ministerin hat sich ans Rednerpult gestellt und ganz klar gesagt, sie entschuldige sich für die **Schärfe der Formulierung**

(Zuruf CDU: Ja, eben!)

und für das entstandene Missverständnis. Die Frau Ministerin hat klar gesagt, sie bedaure das. Wenn Sie den Begriff „**Bedauern**“ einmal googeln, dann werden Sie sehen, dass das auch etwas mit Reue und Buße zu tun hat. All das können Sie in dem Thesaurus nachlesen. Die Frau Ministerin hat sich also hier hingestellt und Ihre Forderung erfüllt.

Dass Sie nun immer noch nicht die Größe haben, Ihren Antrag zurückzuziehen, finde ich schade. Sie hätten sich auch gern draußen hinstellen und für sich verbuchen und sagen können, es sei irgendwie ein Bedauern ausgedrückt worden, weil Sie einen entsprechenden Antrag gestellt haben.

„Gern, geschenkt, ist in Ordnung“, das hätten wir gesagt. Dass Sie aber diese Größe nicht haben, ist unheimlich schade, gerade auch für dieses Parlament. Das Parlament hätte mehr verdient gehabt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich erteile Frau Ministerin Professorin Dr. Waltraud Wende das Wort.

**Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich entschuldige mich. Es tut mir leid. Ich bedaure, dass ich einen Satz formuliert habe, den Menschen missverstanden haben.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und vereinzelt FDP - Anita Klahn [FDP]: Das war doch nicht ehrlich, Frau Wende!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Callsen das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, auch wenn es etwas länger gedauert hat, wir nehmen Ihre **Entschuldigung** mit Respekt zur Kenntnis und ziehen unseren Antrag zurück. - Herzlichen Dank.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir begrüßen auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Carl-Maria-von-Weber-Gymnasiums aus Eutin. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Resolution zum Erhalt von Förderzentren**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/1731

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/1791

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

**(Präsident Klaus Schlie)**

Für die FDP erteile ich Frau Abgeordneter Anita Klahn das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe doch, dass die Ministerin auch noch zu diesem Tagesordnungspunkt an der Debatte weiter teilnehmen wird - aber gut.

(Beifall Heike Franzen [CDU])

Der vorliegende Antrag findet seinen Ursprung ebenfalls in den negativen Äußerungen der Bildungsministerin zu den Förderzentren während der letzten Landtagssitzung und der nicht erfolgten Distanzierung der Koalitionäre.

(Zuruf SPD: Sie hat sich gerade entschuldigt!)

Anders als in der gerade sehr emotional geführten Debatte trägt dieser Antrag jetzt hoffentlich dazu bei, sich mit sachlicher Argumentation zu den **Förderzentren** und zu deren **wertvoller Arbeit** zu bekennen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Der erste Satz deutet daraufhin!)

Grundsätzlich herrscht doch im Haus Konsens darüber, dass wir uns bei dem Thema Inklusion eine gemeinsame Zielsetzung gegeben haben. Für uns ist dabei aber klar, dass Inklusion nicht einfach die Verteilung aller Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf Regelklassen bedeutet. Wir Liberale wollen zweigleisig fahren: nur mit Regelschulen und Förderzentren, das heißt auch Förderzentren mit eigenen Klassen, kann die Inklusion gelingen.

Die Inklusion behinderter Menschen mit der Brechstange ist für niemanden sinnvoll. Es soll niemand zurückgelassen werden, aber auch niemand überfordert werden. So haben wir Liberale uns immer für die **individuellen Bedürfnisse** der Betroffenen eingesetzt. Alle Menschen, darauf weist der Behindertenbeauftragte zu Recht hin, benötigen ihre Peergroup, auch Kinder mit besonderem Förderbedarf.

(Beifall FDP)

Eltern brauchen Gleichgesinnte, um sich über Alltagsfragen von behinderten oder nicht behinderten Kindern austauschen zu können. Für uns ist Inklusion dann erreicht, wenn alle an Schule Beteiligten sich daran orientieren, wie jedes einzelne Kind individuell gefordert und gefördert wird, und zwar unabhängig davon, ob eine anerkannte Behinderung

vorliegt. Dieses Umdenken zu erreichen, ist ein wichtiger Schritt, der allerdings seine Zeit brauchen wird. Dieser Schritt kann aber nur dann gegangen werden, wenn wir alle Schulen mit dem notwendigen Personal, den benötigten Räumen für ansprechende Lernsituationen ausstatten können und wenn wir die wichtigen Rückzugsräume gewährleisten.

Ich berufe mich dabei auf das Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie das dazugehörige Fakultativprotokoll. Gefordert wird hier in Artikel 3 - ich zitiere -:

„... die Achtung vor den sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und die Achtung ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität.“

und in Artikel 7:

„Bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“

Das heißt nichts anderes, als dass bei jeder Maßnahme das **Kindeswohl** an erster Stelle stehen muss. Diesen Gedanken leben unsere Förderzentren, und die gibt es schon länger als die UN-Konvention.

(Beifall FDP und CDU)

Dem **Anspruch der UN-Konvention** werden unsere Förderzentren auch heute in jedem Fall gerecht. Durch eine eingehende und begleitende Förderdiagnostik wird eine geeignete sonderpädagogische Förderung hochprofessionell gewährleistet, und die Ergebnisse können sich sehen lassen.

Meine Damen und Herren der regierungstragenden Parteien, dass Sie mit Ihrem Änderungsantrag die Forderung nach **Erhalt von Förderzentren** streichen, ist sehr bezeichnend und eine Änderung, die wir absolut nicht mittragen können. Wir sprechen uns klar für den Erhalt von Förderzentren aus,

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

und zwar von Förderzentren mit oder ohne Schüler.

Förderzentren sind ein zentraler Baustein, um den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern mit Förderbedarf gerecht zu werden und ihnen die bestmögliche Förderung zukommen zu lassen. Förderzentren mit eigenen Klassen sichern auch die Wahlfreiheit der Eltern, die Förderung zu wählen, die sie für ihre Kinder wünschen. Der Änderungsantrag

(Anita Klahn)

der Regierungskoalition ist in Punkt 3 für uns auch nicht zustimmungsfähig. **Sonderpädagoginnen** verfügen heute über ein spezialisiertes Fachwissen und leisten unter teilweise schwierigen Bedingungen hervorragende Bildungsarbeit. Das sollten wir ihnen respektvoll danken.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir sollten die **eigenständige Lehramtsausbildung** für den Bereich des Sonderschullehramtes erhalten und nicht mit noch mehr Anforderungen versehen. Es darf nicht dazu kommen, dass Sonderschulpädagoginnen mit der Hälfte ihrer Stunden als Lückenbüßer im Regelunterricht eingesetzt werden.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Punkt vier finde ich dagegen tatsächlich sehr interessant, lieber Kollege Habersaat. Da Sie offensichtlich Ihrer eigenen Ministerin bei der Entwicklung des Inklusionskonzepts den **Dialog mit Förderschulen und Sonderpädagoginnen** zu suchen nicht mehr trauen, fordern Sie sie direkt dazu auf. Dem Teil kann ich zustimmen.

Bekennen Sie sich heute hier und jetzt zu den Förderzentren, zu den Sonderschulpädagoginnen und stimmen Sie unserem Antrag in unveränderter Fassung zu. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, wir begrüßen auf der Besuchertribüne den Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Herr Professor Dr. Hase. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass unser Landesbeauftragter unserer Debatte heute folgt. Lieber Ulli, danke!

Die vorangegangene Diskussion hat gezeigt, wie dringend notwendig es ist, dass sich der Landtag zu der guten **Arbeit der Förderzentren** in Schleswig-Holstein bekennt. Mit der Umsetzung der Inklusion erkennen wir die Vielfalt in unserer Gesellschaft an. Gleichzeitig müssen wir aber auch akzeptieren, dass wir genau diese Vielfalt bei der Förderung unserer Kinder brauchen, und das unabhängig davon, ob sie eine Behinderung mitbringen. Daher kann es

nicht nur den einen Weg der **Inklusion** geben. Unsere Förderzentren leisten bei der Inklusion einen wichtigen und guten Beitrag. Sie eröffnen Kindern, die einen besonderen Bedarf im Rahmen der Beschulung und Erziehung benötigen, den Weg zur Teilhabe in der Gesellschaft. Damit kommen wir den Forderungen der UN-Konventionen in Artikel 7 nach.

Ideologische Theorien zur Inklusion sind das eine, die Realität in der Gesellschaft, in den Schulen das andere. Wir sollten nicht versuchen, unsere Idealvorstellungen um jeden Preis in den Schulen umsetzen zu wollen. Inklusion ist ein Gesellschaftsbild, und der Weg dorthin braucht Zeit. Wer sich zu schnell vorprescht, riskiert, die Inklusion insgesamt zu gefährden. An eben diesem Punkt stehen wir gerade. Die **Rahmenbedingungen** in den **Schulen** stimmen nicht, um allen Kindern mit Behinderung gerecht werden zu können. Lehrkräfte kommen zunehmend an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Wozu führt das?

Inklusion wird inzwischen als Belastung empfunden, und Kinder mit Behinderungen geraten zunehmend in die Gefahr, in eine Außenseiterposition in ihrer Klasse zu kommen. Wenn das passiert, scheitert Inklusion an unseren Schulen, und das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir alle hier im Haus haben in der Vergangenheit die **Herausforderungen der Inklusion** unterschätzt. Jetzt aber mit einer Augen-zu-und-durch-Mentalität weiterzumachen, ist der falsche Weg.

Bei der Inklusion muss die **Vielfalt** Berücksichtigung und Gleichwertigkeit erfahren und darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen die gemeinsame Beschulung in den Regelschulen, wir brauchen aber genauso unsere Förderzentren mit Schülerinnen und Schülern. Darüber hinaus wollen wir als CDU weitere Formen der Beschulung wie die Kompetenzzentren oder Schwerpunktschulen erörtern - im Sinne der Kinder und ihrer Bedürfnisse. Das Kind muss im Vordergrund stehen - und nicht unsere eigene Einstellung.

Frau Ministerin, lassen Sie sich von den Experten in eigener Sache, von den Menschen mit Behinderung und deren Landesbeauftragtem, dabei beraten. Bessere Fachleute werden Sie nicht finden.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn die Bildungsministerin im NDR äußert, sie könne sich nicht erklären, warum sich der **Anteil der Schülerinnen und Schüler mit geistiger Be-**

(Heike Franzen)

**hinderung** in den letzten Jahren erhöht hat, dann macht das leider nur deutlich, dass Sie sich mit diesen Kindern nicht beschäftigt haben. Das wird allerdings langsam Zeit. Sie wollen schließlich noch vor der Sommerpause ein Konzept für die Inklusion vorstellen.

(Zurufe Birte Pauls [SPD])

- Das kann ich Ihnen gern erklären; dafür habe ich sofort eine Erklärung.

(Birte Pauls [SPD]: Hauen Sie ruhig noch mehr drauf!)

Es geht um medizinische Entwicklungen.

(Beifall CDU und FDP)

Heute überleben Frühchen mit 500 g. Dass die einen anderen Bedarf haben, dass die manchmal einen Rucksack mitbringen, lieber Herr Habersaat, sollten auch Sie als bildungspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion wissen.

(Beifall CDU und FDP - Birte Pauls [SPD]: Das ist so schlecht, diese Nummer!)

Die von Ihnen bereits getroffenen Entscheidungen für die **Neuberechnung der Lehrerstellen an Förderzentren** haben dazu geführt, dass dort inzwischen Erzieherinnen und Erzieher den Unterricht leisten müssen. Das war definitiv ein falscher Weg und muss zurückgenommen werden. Sie verweigern ausgerechnet den Kindern mit geistiger Behinderung den Unterricht.

Was für die Förderzentren gilt, gilt auch für Grundschulen, Gymnasien und auslaufende Regional Schulen: Sie versuchen durch ihre **unausgewogene Lehrstellenzuweisung**, die Schulen, die ihnen politisch ungelegen sind, auszutrocknen. Die Abschaffung der Gymnasiallehrausbildung und die Verwässerung der Lehrerausbildung für Sonderpädagogik machen zudem deutlich, dass weder die Gymnasien noch die Förderzentren mit der Unterstützung dieser Landesregierung rechnen können.

Die CDU-Fraktion hält das für falsch. Deshalb werden wir der Resolution der FDP aus voller Überzeugung zustimmen - im Übrigen auch dem Punkt vier des Antrags der Koalitionsfraktionen. Wir wären im Traum nicht darauf gekommen, dass es notwendig sein würde, die Ministerin per Antrag aufzufordern, die Förderzentren angemessen an der Erarbeitung des Inklusionskonzepts zu beteiligen.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe Birte Pauls [SPD])

Aber wenn die Koalitionsfraktionen es in diesem Hause für notwendig halten, werden wir uns an der Stelle selbstverständlich nicht verweigern.

Unser Abstimmungsverhalten habe ich bereits erklärt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe Birte Pauls [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat Abgeordneter Martin Habersaat das Wort.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Unruhe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, es wäre bei dieser wichtigen Diskussion ganz gut, wenn wir - damit meine ich alle - die Emotionen ein bisschen herunter-schrauben könnten.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Ja, ich meine auch Sie, Frau Abgeordnete.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit uneingeschränkten Bekenntnissen ist das, je komplexer ein Thema wird, eine schwierige Sache. Ich kann verstehen, warum bei der FDP „uneingeschränkt“ steht, ich kann auch die Intention der FDP verstehen, so aus oppositionellem Impuls heraus, die Menschen vor finsternen Absichten der Küstenkoalition zu warnen. Ich verstehe auch, dass es für Sie nicht weiter von Bedeutung ist, ob es diese Absichten tatsächlich gibt.

(Anita Klahn [FDP]: Wie bitte?)

Natürlich bekennen wir uns zu unseren **Förderzentren** und zu deren **guter Arbeit**. Das hat Frau Wende auch in der eben kritisierten Debatte im letzten Monat getan. Wir haben es unter dem letzten Tagesordnungspunkt erneut getan.

Wir bekennen uns aber auch - und da kommt die Komplexität ins Spiel - zum **Ziel der Inklusion** von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung **in den Regelschulen**. Das ist auf den ersten Blick oder vielleicht auch auf den zweiten Blick ein Widerspruch: Wir bekennen uns zu zwei möglicherweise unterschiedlichen Dingen gleichzeitig.



(Martin Habersaat)

(Anita Klahn [FDP]: Nein, das tun Sie nicht!)

Die Frage ist: Wie lösen wir diesen Widerspruch auf? Welche Rolle geben wir den Förderzentren in der Entwicklung hin zur Inklusion? Wenn wir künftig mehr Schülerinnen und Schüler an Regelschulen haben, wird es automatisch weniger Schülerinnen und Schüler an Förderzentren geben. Die Rolle der Förderzentren wird sich dann wandeln müssen. Das trifft vermutlich besonders auf die mit den Schwerpunkten Lernen, Sprache und soziale/emotionale Entwicklung zu. Wir waren uns unsicher, ob dieser Wandel im Resolutionstext der FDP mit bedacht ist. Klar ist aber - darüber sind wir uns im Haus alle einig -: Es wird nicht ohne Förderzentren gehen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir machen uns die Ausführungen von Frau Wende in der Debatte vom 20. März zu Eigen, die sagte:

„Auch in Zukunft wird es in Schleswig-Holstein Förderzentren für Schülerinnen und Schüler mit erheblichem Unterstützungsbedarf geben, zum Beispiel im Bereich der geistigen, körperlichen und motorischen Entwicklung.“

Das ist nicht strittig. Wir wissen, dass es junge Menschen mit besonderen Beeinträchtigungen gibt, denen man keinen Gefallen damit täte, sie in Regelschulen zu unterrichten. Und es gibt andere, die möglicherweise nur zeitweise in Regelschulen unterrichtet werden können und ansonsten in Förderzentren unterstützt werden, die dann Inklusion erst möglich machen.

Spannend war für mich ein Gedanke, den ich aus einem Gespräch mit Elternvertretern der Förderzentren G in der vergangenen Woche mitgenommen habe. Die Eltern argumentierten, für ihre Kinder gebe es Inklusion überhaupt nur im Förderzentrum.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Habersaat, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Klahn?

**Martin Habersaat [SPD]:**

Aber bitte.

**Anita Klahn [FDP]:** Lieber Kollege Habersaat, Sie wissen, dass die Überschrift des Antrags lautet: **Erhalt von Förderzentren**. Können Sie mir intellektuell folgen, dass es richtig ist, in dem Antrag vorrangig von För-

derzentren zu sprechen? Sie haben meinem Redebeitrag, dem Sie - wie ich annehme - aufmerksam verfolgt haben, entnehmen können, dass ich deutlich gemacht habe, dass es für uns immer zwei Wege in diesem Bereich geben wird. Ich entnehme Ihrem Beitrag, dass auch Sie das so sehen. Warum können Sie sich dann nicht unserem Antrag anschließen, der schlicht und einfach fordert, was Sie offensichtlich formulieren, den Erhalt von Förderzentren?

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Weil der nicht nur aus der Überschrift besteht!)

- In Ihrem Antrag ist von einem uneingeschränkten Bekenntnis die Rede. Im Zusammenhang mit der Überschrift „Erhalt von Förderzentren“ interpretiere ich das mit meinen bescheidenen Möglichkeiten so, dass Sie sagen, es müssten uneingeschränkt alle Förderzentren, die es in Schleswig-Holstein heute gibt, erhalten bleiben. Ich habe gerade versucht, ruhig und sachlich darzulegen, warum Förderzentren ein Weg sind, aber nicht alle Förderzentren in ihrer heutigen Form in Schleswig-Holstein bestehen bleiben werden.

(Anita Klahn [FDP]: Dann habe ich Sie richtig verstanden - -)

- Ich gestatte eine weitere Zwischenfrage, Herr Präsident.

**Anita Klahn [FDP]:** Das ist eine Bemerkung. - Ich habe es also richtig verstanden, dass Sie nicht ausschließen, dass Förderzentren geschlossen werden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie verstehen eigentlich gar nichts!)

- Frau Kollegin Klahn, wie Sie vielleicht wissen, vertrete ich hier den Wahlkreis Stormarn-Süd, zu dem neben Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek auch die Gemeinde Wentorf im Kreis Herzogtum Lauenburg gehört. In der Gemeinde Wentorf im Kreis Herzogtum Lauenburg befand sich die aus meiner Sicht schönste Schule, die wir in ganz Schleswig-Holstein hatten, das Landesförderzentrum Sprache. Dieses Landesförderzentrum Sprache wird es bald nicht mehr geben. Das geht auf eine Entscheidung Ihrer Koalition zurück, die ich vor Ort allerdings verteidigt habe.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das ist nach Schleswig verlegt worden!)

- Teile sind nach Schleswig verlegt worden. Teilweise ging es darum, die Schülerinnen und Schüler

(Martin Habersaat)

mit besonderem Förderbedarf im Heimatkreis zu beschulen. Genau solche Entwicklungen sind auch weiter denkbar. Die möchte ich heute nicht vollständig ausschließen.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, es gibt den Bedarf nach einer weiteren Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Bitte!

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Herr Kollege Habersaat, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir uns in dem Antrag, den Sie fälschlicherweise so zitiert haben, dass wir beantragen würden, den Erhalt aller Förderzentren zu gewährleisten, uneingeschränkt zum Erhalt von Förderzentren bekennen? In Punkt zwei würdigen wir die Arbeit aller Förderzentren. Wir fordern in unserem Antrag nicht den Erhalt aller Förderzentren, wie Sie es gerade glauben machen wollten.

(Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie es Frau Klahn gefordert hat! - Unruhe)

- Das ist eine hilfreiche Klarstellung. Die Frage von Frau Klahn zielte in eine andere Richtung. Ich halte mich im Zweifel an das Geschriebene und an den PGF, denn Ober sticht Unter.

(Vereinzelte Heiterkeit und Zurufe)

Wir hatten in der vergangenen Woche auch eine Neuauflage des **Runden Tisches Inklusion**. Ulrich Hase hat auch da noch einmal auf die Bedeutung der Peergroup für Menschen mit spezifischen Beeinträchtigungen hingewiesen. Das ist natürlich ein Gedanke, den man mitdenken muss, und auch der spricht dafür, dass es immer eine wichtige Rolle für Förderzentren geben muss.

Natürlich sollen **Eltern** das letzte Wort haben, wenn es um die **Entscheidung Regelschule oder Förderzentrum** geht. Um diese Entscheidung reflektiert treffen zu können, haben sie einen Anspruch auf Beratung. Das eigene Kind zu überfordern, ist sicherlich ebenso schädlich, wie es zu unterfordern. Hier müssen Regelschulen und Förderzentren bei der Information und bei der Beratung der Eltern zusammenwirken. Wenn nun der Antrag

der FDP den Eindruck erweckt, als habe irgendjemand die Qualifikation oder das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer an den Förderzentren in Zweifel gezogen, kann er sich dabei mit Sicherheit nicht auf die Rede von Frau Wende in der Debatte stützen. Es gibt keinen Grund für so eine Debatte, und es gibt auch keinen Grund, der Ministerin zu unterstellen, sie stelle sich nicht vor ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eine dritte Vogelscheuche nun baut die FDP in ihren Antrag auf, wenn sie den Erhalt der **Ausbildung für das Lehramt Sonderpädagogik** fordert. Dass es die gibt, können Sie in § 16 des Entwurfs über das Lehrkräftebildungsgesetz nachlesen.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

Wir haben uns deshalb erlaubt, Ihren Antrag ein wenig vom Kopf auf die Füße zu stellen, auf das hinzuweisen, was Tatsache ist, statt den einen oder anderen Popanz aufzubauen, der nichts als Verunsicherung bei den Betroffenen schüren soll. Ich bitte um Abstimmung in der Sache und um Zustimmung zum Antrag der Koalition. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was wird aus den Förderzentren? - Das ist die Frage, die uns beschäftigt und die uns weiter beschäftigen wird. **Inklusion** bedeutet Teilhabe für alle, und es ist in der Debatte deutlich geworden, dass es zwei Punkte gibt, um die es geht. Der eine heißt, „mittenmang“ und Teil des Ganzen zu sein, und in dem anderen Bereich geht es um die individuelle Förderung. Auch in dieser Debatte ist klar geworden, dass diese beiden **Ziele** zurzeit in einem **Spannungsverhältnis** stehen. Es liegt an mangelnden Ressourcen. Ich glaube, da besteht Konsens hier im Saal.

Ich möchte einmal ein Beispiel nennen, was es heißt, mittenmang zu sein. Sander ist mit Down-Syndrom auf die Welt gekommen. Seine Mutter ist sehr froh, dass er in die Regelgrundschule gegangen ist, weil alle im Dorf nun seinen Namen kennen. Niemand starrt ihn an, er gehört einfach dazu. Inzwischen ist Sander 13 Jahre alt. Er besucht ein Förderzentrum für Kinder mit geistigem Förderbe-



(Anke Erdmann)

darf, weil er dort - davon sind seine Eltern überzeugt - besonders gut gefördert werden kann, um später auch an der Gesellschaft teilhaben zu können. Wenn der Lehrer krank ist, führt das zurzeit dazu, dass Sander Zuhause bleiben muss, weil die Förderzentren keine ausreichenden Kapazitäten haben. Wenn er allein ohne Freunde zu Hause ist, ist das das Gegenteil von Teilhabe.

Ein Aspekt - Martin Habersaat hat das schon angesprochen - hat sich aus dem Gespräch mit den Eltern der Schüler von Förderzentren ergeben: Auch für Eltern ist es ein großes Problem, wenn sie wissen, dass zusätzlich zu allen weiteren Hindernissen die Kinder in den Förderzentren nicht verlässlich beschult werden können. Sie haben ein Recht auf **Teilhabe am Berufsleben**.

„Mittelmang“ zu sein einerseits und individuelle Förderung andererseits - darum geht es im Prinzip bei der Frage, wie wir das austarieren. Herr Garg, da sind wir dicht beieinander. Wir müssen natürlich sehen, wie sich das **Verhältnis von Förderzentren** - wir sind uns im Klaren, dass es die weiterhin geben wird - und von **Regelschulen** dynamisch entwickelt. Förderzentren werden nicht abgeschafft. Förderzentren erhalten - das steht auch im Koalitionsvertrag. Das ist genauso richtig, wie es undifferenziert ist. Darum wird es gehen, auch bei dem Konzept der Landesregierung. Davon gehe ich aus.

Frau Klahn, deswegen muss ich auch sagen, dass ich Ihr Parlamentsverständnis nicht verstehe, dass Sie, wenn wir Positionen formulieren, die auch im Koalitionsvertrag niedergelegt sind, das als Maßregelung der Ministerin verstehen. Das ist für mich wirklich ein abwegiges Parlamentsverständnis, das muss ich sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Ich will einmal kurz darauf eingehen, wohin man besonders schauen muss: Ich glaube, die **Landesförderzentren** sind sehr gut aufgestellt. Bei den Förderzentren G - die waren gerade schon Thema - würde ich eher sagen, dass wir dazu kommen müssen, dass diese verlässliche Schulen werden, und zwar mit den gleichen Argumenten wie Grundschulen verlässliche Schulen sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, Dr. Heiner Garg [FDP] und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Förderzentren für - so nenne ich sie einmal - Langsam-Lerner, also Förderzentren L haben schon eine sehr hohe Inklusionsquote. Da werden wir weiter

ansetzen. Viele arbeiten schon als Schulen ohne Schülerinnen und Schüler. Die Langsam-Lerner verursachen in den Schulen nicht das Problem, es geht um die Kinder - die sogenannten Verhaltenoriginellen -, die in der Lage sind - übrigens oft ziemlich clever -, den ganzen Unterricht lahmzulegen. Um diese Kinder müssen wir uns besonders kümmern. Sie brauchen Angebote.

In Uetersen soll es schon ein sehr gutes Modell geben. Auf dem Koppelsberg ist für den Kreis Plön zum nächsten Sommer ein Angebot zeitlich befristet geplant. Da sind die Kids gut aufgehoben, es ist gut für die Mitschülerinnen und Mitschüler auch in den Regelschulen, und es ist eine wirkliche Entlastung für die Lehrkräfte. An dieser Stelle - ich möchte das noch einmal betonen - ein Dank an die Lehrkräfte hier im Land. Während wir hier debattieren, sorgen sie für Teilhabechancen für unsere Jungen und Mädchen im ganzen Land, sowohl - ich glaube, auch das ist Konsens - in Förderzentren als auch in Regelschulen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, Heike Franzen [CDU] und Barbara Ostmeier [CDU])

Nicht die Schulen haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht, die Politik - wir - hat in dem Bereich Hausaufgaben nicht gemacht. Deswegen hat es mir gut gefallen, dass hier die Diskussion in der Vergangenheit eigentlich immer leise und mit einem Schuss Demut geführt wurde, weil wir alle wussten, dass wir da nicht die lauten Töne anschlagen können. Ich wünsche mir, aber ich bin auch sehr zuversichtlich, dass wir zu diesem Ton im Ausschuss wieder zurückkommen. Ich wünsche mir Ausschussberatungen zu diesen Punkten.

(Martin Habersaat [SPD]: Okay!)

- Okay, ich habe ihn überzeugt. Ich bin sicher: Je differenzierter wir auf die Konzepte schauen, desto näher sind wir möglicherweise auch beieinander. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck.

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erinnere mich noch gut an eine der letzten Bildungsausschusssitzungen. Ganz zum Schluss freute sich Frau Erdmann als Ausschussvorsitzende herzlich darüber, uns eine gute Nachricht mitteilen zu können: Das Förderzentrum Kropp wurde mit dem Jakob-Muth-Preis ausgezeichnet.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es hagelte Pressemitteilungen der Glückwünsche. Man war richtig stolz darauf, so eine Schule im Land zu haben, eine Schule, die sich zum Ziel gesetzt hat, allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden, sie respektvoll zu behandeln und niemanden zurückzulassen.

Liebe Frau Klahn, hätten Sie diese Resolution vor einigen Wochen in den Landtag eingebracht, hätte ich mich vielleicht zurückhaltender eingelassen, als ich es heute tue. Die letzte Landtagssitzung und die Debatte um die Bemerkung der Bildungsministerin haben mich aber aufmerksam werden lassen. Daher freue ich mich heute über beide Initiativen, die wir vorliegen haben und die ausdrücklich den **Wert der Förderzentren** unterstreichen. Ich teile meine Freude sicher auch mit dem Schulleiter des Förderzentrums Kropp, der ausdrücklich öffentlich für den Erhalt der Förderzentren eingetreten ist. Für ihn nämlich sind Förderzentren als Anlaufstelle und Wissenspool unverzichtbar. Seine schülerlose, ausgezeichnete Schule in Kropp bietet eine Fachbibliothek, ein Testcenter, Arbeitsmaterialien für Schüler mit unterschiedlichen Behinderungen sowie Fachräume, in denen Lehrkräfte mit lernschwachen oder sinnesbehinderten Kindern arbeiten können.

Gerade durch die von der Bildungsministerin losgetretene Debatte über die **Wertschätzung der Arbeit in Förderzentren** mit oder ohne Schüler haben uns alle zahlreiche Anrufe, Briefe und Mails erreicht, in denen man sich für die Förderzentren starkgemacht hat. Das waren offizielle Schreiben von Lehrerverbänden, aber auch sehr persönliche Mitteilungen von Schülern aus den Förderzentren, die sich für ihre Schule starkgemacht haben. Sie sahen sich dazu verpflichtet, weil sie selbst der beste aller Gründe für den Bestand der Förderzentren sind. Sie sind der beste Beweis, weil sie erfolgreich sind. Sie wurden erfolgreich beschult und in ihrer Persönlichkeitsentwicklung so begleitet, dass sie sich trauen, heute für ihre Schulen in die Bresche zu springen und sich öffentlich zu bekennen, wo die

zuständige Bildungsministerin diese Schulen, die auch gern einmal einen Preis feiern, aus Versehen auch gern einmal diskreditiert.

Ich persönlich sage immer wieder gern: Ich möchte eine Schule für alle Kinder. Ich wünschte mir, wir wären 20 Jahre weiter in unseren Inklusionsbemühungen. Fakt ist aber, dass viele Menschen **Inklusion** in der Schule in diesem Land als gescheitert bewerten. Alles muss neu aufgebaut werden, und alle hoffen auf das große Konzept der Ministerin im nächsten Monat. Daher ist es sinnvoll, beide Anträge im großen Zusammenhang mit diesem **Konzept** zu diskutieren. Ich selbst möchte, bezugnehmend auf den Antrag der Mehrheitsfraktionen, die Beratungen zum Lehramt Sonderpädagogik im Ausschuss abwarten, bevor ich anfangs zu jubeln. Das wird jeder, der in den letzten Tagen auf Sachlichkeit gedrängt hat, verstehen.

Ich selbst glaube dieser Landesregierung nicht mehr so recht, dass sie die **verbesserten Arbeitsbedingungen für Lehrer** insgesamt erreicht, dass sie mehr Sonderpädagogen einstellen wird. Wer meint, dass die Last zu wuppen ist, je besser sie auf mehrere Schultern verteilt wird, der wird vermutlich enttäuscht werden. Diese Landesregierung hat sich bisher dadurch ausgezeichnet, dass sie der Schule von oben immer mehr Aufgaben überstülpt und ohne ausreichende Finanzierung verordnet, dieser aber gleichzeitig unten das Fundament wegbricht.

Gerade deshalb ist es so wichtig, die Förderzentren nachhaltig abzusichern. Ich lasse mich dabei auch gern positiv überraschen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Ministerin an das angekündigte **Gespräch mit den pädagogischen Mitarbeitern** erinnern. Dazu gab es noch keinen Terminvorschlag. Das darf nicht in Vergessenheit geraten. Darum erinnere ich daran. Auch das gehört in diesen Zusammenhang.

Deswegen beantrage ich Ausschussüberweisung für beide Anträge und hoffe auf eine gute Diskussion dazu im Ausschuss.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, CDU und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, spätestens an diesem Punkt sollten wir nun alle in der Lage sein, zu einer sachlichen und vielleicht sogar konstruktiven Debatte zurückzukehren. Nach meiner Auffassung hat man jedenfalls auch beim Thema **Förderzentren** keinen Anlass zu Empörung oder Missbilligung. SSW, Grüne und SPD haben schon im **Koalitionsvertrag** klipp und klar vereinbart, dass wir an den Förderzentren festhalten. Wir brauchen keine Resolution zum Erhalt dieser Schulform. Denn sie war und ist nicht in Gefahr. Es kann gar keinen Zweifel daran geben: Die Förderzentren leisten hervorragende Arbeit bei der Unterrichtung, Betreuung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Handicap. Durch sie wird Inklusion erst möglich. Und nur durch sie wird echte Wahlfreiheit für die Eltern sichergestellt. Mittlerweile dürfte hoffentlich allen aufgegangen sein, dass Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heike Franzen?

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Eine kleine kurze, ja.

**Heike Franzen [CDU]:** Es wird eine kleine kurze. - Frau Waldinger-Thiering, Sie haben uns gerade erläutert, Sie brauchen gar keine Resolution zum Erhalt der Förderzentren. Können Sie mir dann erklären, warum Sie eine einbringen?

- Sie haben beziehungsweise die FDP hat eine falsche Resolution eingebracht. Wir mussten natürlich einen Änderungsantrag stellen, damit wir gewisse Dinge klarstellen. Und das tun wir.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht hier um weit mehr als nur um Bildung. Aber in meinen Augen zeigt das Schicksal vieler Kinder aus den Förderzentren, wie weit wir noch von einer wirklichen inklusiven Gesellschaft entfernt sind. Machen wir uns doch nichts vor: **Inklusion** endet noch zu häufig mit **Schulschluss**. Wir brauchen aber weitergehende Angebotsstrukturen. Auch im Freizeitbereich müssen Kinder mit Handicap selbstverständlicher Teil dieser Gemeinschaft sein. Stattdessen sind sie nicht selten vollkommen

isoliert, sobald die Schule aus ist. Hier sehe ich ein Problem - und nicht in den Förderzentren.

Natürlich kommt den Bildungseinrichtungen eine besondere Rolle zu, wenn es um Inklusion geht. Hier müssen und hier werden wir ganz besonders hart arbeiten, um zu Verbesserungen zu kommen. Das Tempo wollen wir ganz bestimmt nicht rausnehmen. Eine Entschleunigung halte ich für den völlig falschen Weg. Aber ich hoffe, wir können uns darüber einig werden, dass gründlich gearbeitet werden muss. Genau das tut das Ministerium, indem es unter Beteiligung von Experten und Betroffenen ein erstes **Inklusionskonzept** entwickelt, das uns im Sommer vorliegen wird. Selbstverständlich wird hier die Expertise der Sonderpädagogen an den Förderzentren einfließen. Das halte ich für absolut unverzichtbar. Für den SSW will ich aber festhalten, dass nach unserer Überzeugung weder Schnellschüsse noch Panikmache und schon gar keine Stürme in Wassergläsern helfen, wenn wir in Sachen Inklusion wirklich weiterkommen wollen.

Gerade hat die Bertelsmann-Stiftung wieder die **Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins** bei der **inkluisiven Beschulung** bestätigt. Auch in der jüngsten Vergangenheit wurden laut Studie große Fortschritte erzielt. Hierauf werden wir uns aber ganz gewiss nicht ausruhen. Denn wir wollen Stück für Stück zu einem wirklich inklusiven Schulwesen kommen. Eins darf man dabei nicht vergessen: Es steht noch ein umfangreicher - und mit Sicherheit äußerst aufschlussreicher - Bericht zur Inklusion im Schulwesen aus. Und nicht zuletzt sollen auch die Ergebnisse des Runden Tisches und der Arbeitsgruppe unter Leitung des Staatssekretärs in das Konzept einfließen. Diese ehrliche Bestandsaufnahme und Faktengrundlage ist in meinen Augen unverzichtbar. Denn wir wollen etwas bewegen und keine Schönfärberei betreiben.

Wir dürfen uns bei dieser wichtigen Aufgabe nichts vormachen: Bis zu unserem Ziel, einer möglichst umfassenden inklusiven Beschulung bei höchstmöglicher Qualität, ist es noch ein weiter Weg. Die Förderzentren sind und bleiben dabei unverzichtbar, denn sie sichern Wahlfreiheit für die Eltern, die vor der großen Frage stehen, wie die bestmögliche Förderung ihrer Kinder gewährleistet werden kann. Unabhängig davon müssen wir aber all unsere Lehrkräfte für diese Herausforderung fit machen. Das sage ich ausdrücklich nicht mit Blick auf das neue Lehramt Sonderpädagogik. Dies gilt genauso für Lehrerinnen und Lehrer, die bereits fertig ausgebildet oder auch schon länger an unseren Schulen tätig sind. Auch ihnen wollen wir hier alle Möglich-

(Jette Waldinger-Thiering)

keiten und Chancen bieten. In ihren Werkzeugkasten gehören ganz ohne Zweifel inklusive Konzepte und Maßnahmen der inklusiven Unterrichtsgestaltung. Ich bin fest davon überzeugt, dass es uns gemeinsam gelingen wird, Inklusion besser zu gestalten.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Professorin Dr. Waltraud Wende, das Wort.

**Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! 2009 hat Deutschland die **Behindertenrechtskonvention der UN** ratifiziert. Damit ist Deutschland, also auch Schleswig-Holstein, eine völkerrechtlich bindende Verpflichtung zum Aufbau eines inklusiven Bildungssystems eingegangen. Ich betone - wie bereits in der letzten Landtagssitzung - gern noch einmal: Durch die Ratifizierung der UN-Konvention ist diese innerstaatliches, nationales, deutsches Recht geworden. Damit geht es nicht mehr um die Frage, ob wir Inklusion verwirklichen wollen, sondern wie wir Inklusion verwirklichen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Als Bildungsministerin von Schleswig-Holstein ist es meine Pflicht, dem gesetzlich fixierten Anspruch auf **inklusive Bildung** Raum zu verschaffen. Ich wiederhole - was ich bereits während der letzten Landtagssitzung gesagt habe -, die massive Kritik des Deutschen Instituts für Menschenrechte an der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in Deutschland sollte uns zu denken geben. Wir sind in der Pflicht zu handeln, meine Damen und Herren. Ich zitiere, wie ebenfalls bereits während der letzten Landtagssitzung, aus dem Rechtsgutachten der Kanzlei Poscher, Rux und Langer:

„Der Behindertenrechtskonvention liegt die Zielvorstellung einer fast vollständigen Inklusion von Schülern mit Behinderungen in die Regelschule zugrunde.“

„Fast vollständig“ bedeutet dabei laut UN-Handbuch für Parlamentarier - ich wiederhole, damit es hier keine Missverständnisse gibt: laut UN-Handbuch für Parlamentarier -: 80 bis 90 %. Eine Ziel-

größe von 80 bis 90 % schließt damit also die **Existenz von Förderzentren** keineswegs aus. Auch in Zukunft wird es Förderzentren für Schülerinnen und Schülern mit erheblichem Unterstützungsbedarf geben. 10 bis 20 % der Schülerinnen und Schüler mit starken körperlichen oder geistigen Behinderungen bekommen genau hier ihre optimale Unterstützung. Zudem akzeptiere ich die Entscheidung vieler Eltern, die ihr Kind lieber an einem Förderschulzentrum beschulen lassen wollen, weil sie - die Eltern - der Auffassung sind, dass es dort am besten gefördert wird.

Meine Damen und Herren, die Mehrheit der Kinder mit Förderbedarf ist, und zwar vorwiegend in den Bereichen Lernen, Sprache, soziale und emotionale Entwicklung, jedoch an den allgemeinbildenden Schulen besser aufgehoben.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Die Mehrheit der Kinder mit Förderbedarf profitiert vom **inklusive Schulunterricht** an den Grundschulen, an den Gemeinschaftsschulen und an den Gymnasien. Auch die Kinder ohne Förderbedarf profitieren sowohl intellektuell als auch sozial von gemeinsamer inklusiver Beschulung.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wiederhole mich: Das bedeutet nicht, dass wir in Zukunft keine Förderzentren mehr haben werden. Ja, wir werden auch in Zukunft Förderzentren mit Schülerinnen und Schülern haben, insbesondere für Kinder mit starken körperlichen oder geistigen Behinderungen. Der Fortbestand dieser Förderzentren - es gibt in unserem Land insgesamt 29 Förderzentren - steht außer Frage. Außerdem haben wir zurzeit in Schleswig-Holstein 53 Förderzentren für Lernen, Sprache, soziale und emotionale Entwicklung. 17 Förderzentren sind sogenannte Schulen ohne Schüler. Das heißt, die diesen Zentren zugeordneten Sonderpädagogen und Sonderpädagoginnen unterrichten Schüler und Schülerinnen nicht in einer eigenen Förderschulklasse, sondern wirken an der inklusiven Beschulung in allgemeinbildenden Schulen mit.

Sehr geehrte Damen und Herren, um es noch einmal zu wiederholen: Ich schätze die Arbeit der Sonderpädagogen und Sonderpädagoginnen und der Erzieher und Erzieherinnen sehr.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Egal ob die Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen die Schüler und Schülerinnen in einem För-



(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

derzentrum beschulen oder aber die Inklusion in den Regelschulen unterstützen; ich schätze sie. Aber ich positioniere mich auch in einem anderen Punkt eindeutig: Die Verwirklichung der UN-Konvention muss unsere Zielgerade sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Doch auch hier gilt wie immer: Qualität geht vor Schnelligkeit. Nicht die schnellste, sondern die beste Lösung muss unser Ziel sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich interpretiere die Diskussion zur Geschäftsordnungslage so, dass wir jetzt zur Ausschussüberweisung kommen können.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1731 und den Änderungsantrag Drucksache 18/1791 als selbstständigen Antrag an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums Halstenbek und Schülerinnen und Schüler des Berufsbildungszentrums Segeberg. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung gesetzlicher Vorschriften über die Wahlen von Landesbeauftragten**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1764

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Herrn Oppositionsführer, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Abgeordneten Johannes Callsen, das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was diese **Regierungskoalition** sich insbesondere in **Personalfragen** leistet, ist schon ein starkes Stück. Anders ist das wirklich nicht zu beschreiben.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Statt sich an übliche parlamentarische Verfahren zu halten, erleben wir in dieser Legislaturperiode immer wieder, wie SPD, Grüne und SSW ihre eigenen Personalinteressen ohne Rücksicht auf andere durchsetzen.

(Beifall CDU)

Ich will erinnern: Um Thilo Weichert als Datenschutzbeauftragten im Amt halten zu können, ändert diese Koalition mit ihrer Einstimmenmehrheit eben mal das Gesetz. Um erst gar keine Diskussion über die Frage der Nachfolge von Frau Wille als Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten aufkommen zu lassen, wird der Opposition die Kandidatin der Koalition eine Stunde vor der Pressekonferenz präsentiert, ohne dass vorher Gespräche mit den anderen Fraktionen stattgefunden hätten. Dabei, und das ist unsere Überzeugung, sollte doch gerade bei den Beauftragten des Landtags, über die wir reden, das Ziel sein, nach Gesprächen mit anderen Fraktionen einen größtmöglichen Konsens zu erreichen.

(Beifall CDU und FDP)

Heute Nachmittag steht das Thema noch einmal auf der Tagesordnung. Aber auch hier spielt das schon eine Rolle: Auch bei der Nachfolge der Leitung der Landeszentrale für politische Bildung wollen SPD, Grüne und SSW einfach per Gesetzesänderung in ein laufendes Ausschreibungsverfahren eingreifen. Das ist Personalpolitik nach parteipolitischer Gutsherrenart, die ich hier nicht gutheißen kann.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Diese Regierungskoalition verwechselt **Beauftragte des gesamten Landtags** mit Kabinettsposten einer Landesregierung. Das ist des Schleswig-Holsteinischen Landtags unwürdig. Sie setzen eiskalt Ihre eigenen Personalinteressen durch. Sie missbrauchen den Landtag für Ihre **personelle Lobbyarbeit**. Das ist die Politik dieser Regierungskoalition in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

(Johannes Callsen)

Das Schlimme dabei ist: Nicht nur die SPD-Fraktion, auch die Fraktion der Grünen und die Abgeordneten des SSW haben ihr parlamentarisches Gewissen mittlerweile verloren.

(Beifall CDU und FDP)

Sie haben zu verantworten, dass die **parlamentarische Zusammenarbeit** in diesem Haus einen Tiefpunkt erreicht hat. Jeder einzelne Abgeordnete der Koalition ist dafür mitverantwortlich.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] und Volker Dornquast [CDU])

Herr Ministerpräsident, Sie fordern - das haben Sie gestern auch getan - die **Opposition** immer zur **konstruktiven Mitarbeit** auf. Ich sage Ihnen: Ihre Regierungsfaktionen tun alles, um die Ideen der Opposition noch nicht einmal im Ansatz anzuhören. Sie entscheiden mit ihrer Einstimmenmehrheit über die Besetzung von Beauftragten des gesamten Landtags, ohne vorher mit den Oppositionsfraktionen gesprochen zu haben. Herr Albig, diese eine Stimme zur Mehrheit ist auch Ihre Stimme. Damit sind Sie ganz persönlich ebenso verantwortlich für diesen unsäglichen Politikstil wie jeder einzelne Abgeordnete der Grünen, des SSW und der SPD in diesem Haus. Sie können nicht immer sagen, das habe der Landtag entschieden. Das ist eine feige Ausrede. Sie sind mit Ihrer Stimme Teil dieses Landtags in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU und FDP)

Unter dieser **rücksichtslosen Machtpolitik der Regierungskoalition** leiden am Ende die einzelnen Ämter, über die wir reden. Es leiden die Beauftragten, und es leidet besonders deren politische Unabhängigkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Es kann nicht sein, dass diese Regierung sich jetzt auch noch alle Beauftragten des Landtags unter den Nagel reißen will. Deshalb legt die CDU-Fraktion heute einen Gesetzentwurf vor, der genau diesen Entwicklungen der vergangenen Monate Rechnung trägt. Unser Ziel ist es, die **Beauftragten des Landtags** zu stärken und für ihre Wahl eine **Zweidrittelmehrheit** einzuführen. Wir wollen damit sicherstellen, dass Beauftragtenposten des Landtags nicht wie Regierungsstellen vergeben werden, denn Beauftragte des Landtags sind kein verlängerter Arm der Landesregierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner, das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt **Ämter**, deren Besetzung wählen wir in diesem Hause mit einer **Zweidrittelmehrheit**. Die Zweidrittelmehrheit steht in erster Linie für eine verfassungsändernde und damit für eine besondere Mehrheit. Sie gilt bei der Wahl von Richtern, bei der Wahl des Landesverfassungsgerichts, also bei der Einsetzung der Judikative. Die Landesrechnungshofpräsidentin, die übrigens auf Vorschlag der CDU ins Amt kam, wird ebenfalls mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Sie ist auch Dienstherrin einer eigenen Behörde.

**Landesbeauftragte** sind eine große Errungenschaft des politischen Systems in Schleswig-Holstein. Ich habe gestern am Beispiel der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten einiges hierzu gesagt.

Ist aber die von mir soeben skizzierte Zweidrittelmehrheit für diese Ämter die richtige Wahl? Derzeit wird im Parlament mit einfacher Mehrheit über die Besetzung dieser Ämter entschieden. Warum sollten wir das ändern? Die **Beauftragten** haben gegenüber dem Landtag eine **Berichtspflicht**. Andere Amtsinhaber sind uns gegenüber deutlich mehr Rechenschaft schuldig. Ich erinnere daran, dass der Ministerpräsident als Kopf der Exekutive mit Richtlinienkompetenz mit einfacher Mehrheit vom Landtag gewählt wird. Dieselbe Mehrheit gilt für die Wahl des Landtagspräsidenten, obwohl von diesem eine überparteiliche Amtsführung erwartet wird.

Herr Callsen, wie begründen Sie es eigentlich sachlich, Beauftragte mit Zweidrittelmehrheit zu wählen, Landtagspräsident und Ministerpräsident dagegen mit einfacher Mehrheit? Ich sage Ihnen: Lassen Sie die Kirche im Dorf!

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich denke, dass Frust die Motivation für Ihren Antrag ist. Sie verrennen sich ein ums andere Mal, und selbst die FDP macht sich über Ihre Oppositionsarbeit lustig. Frust ist aber ein schlechter Ratgeber. Die CDU hat keine Mehrheit und vermag sich nicht durchzusetzen. Es gelingt Ihnen nicht, substantielle Konzepte als Gegenvorschläge zu unseren Gesetzentwürfen zu entwickeln.



(Dr. Ralf Stegner)

Das Ergebnis davon ist, dass Sie offensichtlich überlegen, wie groß eine einfache Mehrheit sein muss, damit die CDU in diesem Land überhaupt noch mitreden kann. Ich sage Ihnen: So funktioniert unsere Demokratie nicht. Die Wählerinnen und Wähler haben anders entschieden. Bitte versuchen Sie nicht, Ihre Konzeptlosigkeit mit Larmoyanz zu überdecken.

Ich will ja gar nicht so weit gehen wie Olaf Scholz, der gesagt hat: Wir sind liberal, aber nicht doof. - Vielmehr sage ich: Dialog immer, aber am Ende steht in der Demokratie eine Entscheidung der Mehrheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie kennen das doch auch aus der - wenn auch kurzen - **Mehrheitsperspektive**, die Sie hatten. Wie oft haben Sie eigentlich zwischen 2009 und 2012 davon Gebrauch gemacht?

Ich darf Ihr Gedächtnis auffrischen: Sie haben ein sehr umstrittenes Vorschaltgesetz zum Schulgesetz eingebracht und ohne Anhörung beschlossen. Sie haben ein entgegengesetztes Gesetz von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und LINKEN abgelehnt. Beim Haushaltskonsolidierungsgesetz haben Sie die Gewerkschaften und die Sozialverbände bei der Anhörung außen vor gelassen, obwohl diese davon betroffen waren. Im Jahr 2011 haben wir den von Ihnen vorgeschlagenen Flüchtlingsbeauftragten, Herrn Schmidt, dessen ausgezeichnete Arbeit ich an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen möchte, mitgewählt, obwohl das Verfahren der Besetzung mehr als unwürdig war.

Wir waren mit Ihrem Vorgehen nicht einverstanden und pflegen deshalb heute einen anderen Stil.

(Lachen CDU)

Wir haben aber nicht, weil uns die Mehrheiten nicht gepasst haben, versucht, die **Mehrheiten** so zu verändern, dass es nicht zu einer **Beschlussfassung** kommt. Vielmehr haben wir den Wählerinnen und Wählern erklärt, was wir anders machen wollen. Wir haben um eine entsprechende Mehrheit geworben, und wir haben diese Mehrheit bekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihr Antrag sagt also etwas über Ihr politisches Verständnis aus. Nicht wir, sondern Sie machen die Beauftragten zu einem Instrument politischer Machtspiele. Sie können sich nicht mit dem politischen Willen der Wählerinnen und Wähler abfin-

den. Das ist Ihr internes Problem. Wir werden Ihren Gesetzentwurf am Ende ablehnen.

Ich habe heute in einem wirklich sehr frivolen Kommentar gelesen, das mit dem Putin sei ein bisschen übertrieben, aber das sei wie mit der eiskalten Machtpolitik in früheren Zeiten. Ich erinnere einmal daran, dass früher Schulleiter nicht Schulleiter wurden, wenn sie kein CDU-Parteibuch hatten. Früher wurden Rechnungshofpräsidenten nicht mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Das haben wir geändert, seitdem die SPD mitregiert. Das sollten Sie wissen.

(Beifall SPD und SSW)

Herr Oppositionsführer, ich möchte den Putin-Vergleich dennoch zum Anlass für einen versöhnlichen Schluss nehmen, indem ich Goethe zitiere und Ihnen Folgendes sage:

Wer die Augen offenhält,  
dem wird im Leben manches glücken -  
doch noch besser geht es dem,  
der versteht, eins zuzudrücken.

In diesem Sinne: Einmal ist keinmal, was Putin angeht. Lassen Sie uns wieder in den Ideenwettbewerb um die besten Lösungen für unser schönes Schleswig-Holstein eintreten. Das ist viel besser als solche Klamaukanträge, die wir ablehnen werden. - Vielen herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU legt einen Gesetzentwurf vor, um die **Beauftragten des Landtags** Schleswig-Holstein zukünftig mit einer **Zweidrittelmehrheit** zu wählen. Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass sich dadurch die Legitimation der Beauftragten erhöht. Ein Beauftragter oder eine Beauftragte, der oder die mit breiter Unterstützung des Parlaments gewählt wird, hat dann auch starken Rückenwind bei der Bewältigung seiner beziehungsweise ihrer Aufgaben für das Land Schleswig-Holstein.

Lassen wir es einmal dahingestellt, ob Ihr Gesetzentwurf eine parlamentarische Retourkutsche dafür sein soll, dass Sie sich im Moment ausgebootet füh-

(Dr. Marret Bohn)

len. Ungewöhnlich ist allerdings - dabei stimme ich dem Kollegen Dr. Stegner zu -, dass Sie Ihren Gesetzentwurf überhaupt nicht begründen. Es hätte mich schon interessiert, warum Sie ihn in dieser Form einbringen. Das können wir in der weiteren Beratung aber gern miteinander erörtern.

Es gibt allerdings einen Aspekt, den ich von grüner Seite aus gern in die Debatte einbringen möchte. Sie lassen das **Verfahren**, wie es zur **Neubesetzung** kommt, völlig außen vor. Ihr Gesetzentwurf lässt überhaupt nicht erkennen, wovon Sie sich in der Sache leiten lassen wollen oder wofür Sie sich einsetzen, wenn wir denn zu einem neuen und eventuell besseren Verfahren kommen können. Sie interessiert offenbar nur, dass Sie möglichst an jeder Entscheidung beteiligt werden. Das ist menschlich verständlich, in der jetzigen Situation aber leider nicht immer möglich, wenn mit Mehrheit entschieden werden muss.

Die Frage, die uns alle interessieren sollte, ist doch: Wie finden wir ein Verfahren, in dem alle geeigneten Kandidaten eine Chance haben, ein Verfahren, das nachvollziehbar und transparent ist, damit am Ende des **Entscheidungsprozesses** diejenigen Kandidaten gewählt werden, die in der Lage sind, für unser Land Schleswig-Holstein die Aufgabe bestmöglich zu bewältigen?

Wir suchen **geeignete Kandidaten**. Sie relativieren mit der bloßen Änderung des Wahlverfahrens in gewisser Weise auch die herausgehobene Stellung des Landesverfassungsgerichts. Dies gilt ebenso für den Präsidenten des Landesrechnungshofs. Das kann doch nicht Ihre Absicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Die Landesbeauftragten in Schleswig-Holstein haben ohne Zweifel eine besondere und wichtige Aufgabe für das ganze Land. Wir können froh sein, dass wir in der Vergangenheit geeignete Kandidaten gefunden haben. Für die gestrige Wahl haben wir eine geeignete Kandidatin gefunden, die dann auch erfolgreich gewählt worden ist. Sie alle sind hoch engagierte und kompetente Persönlichkeiten, deren Unabhängigkeit - dies ist mir sehr wichtig - und Ansehen über jeden Zweifel erhaben sein sollten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auch unter diesem Gesichtspunkt ist es sehr sinnvoll, dass wir uns im Ausschuss weiter darüber unterhalten. Ich freue mich auf die weitere Beratung. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in diesem Hause eine **gute Tradition**, wenn es darum geht, **Beauftragte des Landes** zu wählen. Es war bislang auch eigentlich nie ein Problem - abgesehen von einer Ausnahme -, im Vorhinein einen breiten interfraktionellen Konsens über eine Kandidatin oder einen Kandidaten zu finden. Doch im aktuellen Fall waren auch wir vom Vorgehen des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden mindestens irritiert, wenn nicht sogar enttäuscht.

Um eines klarzustellen, Herr Dr. Stegner: Die gestern gewählte Beauftragte des Landtages für soziale Angelegenheiten, Frau El Samadoni, sollte darunter nicht leiden. Sie ist nach unserer Auffassung eine außerordentlich fähige und für dieses wichtige Amt geeignete Persönlichkeit.

(Beifall)

Wir sind sicher, dass sie ihre Aufgabe exzellent erfüllen wird und dass sie die Unabhängigkeit, die sie bei ihrer Vorstellung uns gegenüber dokumentiert hat, auch in ihrem Amt dokumentieren wird.

Sie kann nichts dafür, dass Sie, Herr Dr. Stegner, dem Landtag mit der von Ihnen gewohnten Ellenbogenmentalität aufzeigen wollen, wer im Land Schleswig-Holstein das Sagen hat. Allein die Art des Vorgehens weckt Zweifel, ob es Ihnen um die Sache gegangen ist oder nur darum, ein ganz persönliches machtpolitisches Mütchen zu kühlen. Wir wissen mittlerweile, dass **Fairness im parlamentarischen Umgang** für Sie in den vergangenen zwei Jahren immer mehr zum Fremdwort geworden ist.

(Beifall FDP und CDU)

Das sage ich auch im Zusammenhang mit der später folgenden Debatte um die Landeszentrale für politische Bildung. Herr Dr. Stegner, wir werden uns einen solchen Umgang mit dem Parlament nicht mehr gefallen lassen.

(Beifall FDP und CDU)

Wer ständig von anderen einen vernünftigen Umgang einfordert, im Zweifel aber sich selbst hiervon

(Wolfgang Kubicki)

ausklammert, kann nicht erwarten, dass die Gegenseite dies lediglich schulterzuckend zur Kenntnis nimmt. Der muss sich vielmehr darauf einstellen, dass sein Vorgehen mit gleicher Münze zurückgezahlt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insofern verstehe ich den vorliegenden Gesetzentwurf der CDU-Fraktion als parlamentarischen Hilferuf. Die Kollegen der Union haben sich ganz offensichtlich gefragt, mit welchen Mitteln wir es wieder möglich machen können, einen ordentlichen parlamentarischen Umgang miteinander zu pflegen.

Ich sage das ganz deutlich: Herr Kollege Callsen, ich bin mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht sonderlich glücklich; denn er dokumentiert doch in Wahrheit die Unfähigkeit aller Beteiligten, sich auf einen Weg des Konsens zurückzugeben.

(Beifall FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Dass sich Teile der Opposition aber genötigt fühlen, einen solchen Gesetzentwurf einzubringen, sollte auch innerhalb der selbst ernannten Koalition des Dialogs zum Nachdenken führen. Dieser Gesetzentwurf zeigt es Ihnen eigentlich Schwarz auf Weiß: Ihre ständig wiederholte Wohlfühlatmosphäre des Dialogs ist nichts anderes als Kulisse.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache es kurz: Nach meinem parlamentarischen Selbstverständnis brauchen wir einen solchen Gesetzentwurf eigentlich nicht. Vielmehr brauchen wir im Landtag wieder einen vernünftigen parlamentarischen Umgang miteinander. Dann sind solche Gesetzentwürfe entbehrlich. Dennoch hat es der Gesetzentwurf verdient, dass wir ihn ernsthaft und vorurteilsfrei im Ausschuss beraten; denn das gehört auch zur guten parlamentarischen Tradition. Vielleicht gelingt es uns ja, durch die Debatte über diesen Gesetzentwurf wieder einen Umgang miteinander zu pflegen, der andere Maßnahmen im Landtag entbehrlich macht. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Torge Schmidt, das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Brauchen **Beauftragte des Landes** Schleswig-Holstein wirklich eine **Zweidrittelmehrheit**? - Meine Kurzüberlegung dazu, warum dies geboten sein dürfte, wirft einen bezeichnenden Blick auf unseren Landtag und die demokratische Kultur in unserem Bundesland. Es ist ein zentrales Merkmal einer Demokratie, dass in regelmäßigen Abständen Wahlen stattfinden. Ebenso ist es ein häufiges Merkmal dieser Wahlen, dass sie regelmäßig von denselben Grundsatzdiskussionen begleitet werden.

Dies zeigte sich auch bei den gestrigen Wahlen für die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten und zeigt sich auch bei der Besetzung des Beauftragten der Landeszentrale für politische Bildung. Egal wann und für welchen Bereich eine solche Wahl in diesem Parlament auf der Tagesordnung steht - wir können uns sicher sein, dass die Frage aufgeworfen wird: Missbraucht die jeweils regierende Koalition das Verfahren für ihre eigenen Machtzwecke?

Lassen Sie mich eines sagen: Die **parteilpolitische Instrumentalisierung eines Amtes** beschädigt dieses Amt nur langsam, dann aber unwiderruflich!

(Beifall PIRATEN)

Die jeweils zu wählenden Kandidaten werden aber sofort beschädigt und stehen dann als Erstes vor der Aufgabe, den durch die Wahl quasi aufgelaufenen Misstrauensvorschuss abzubauen. Dies kann aber doch nicht im Interesse derjenigen Einwohner unseres Landes sein, um deren Angelegenheiten sich unsere Landesbeauftragten kümmern sollen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Um diesen Misstrauensvorschuss abzubauen - besser wäre es noch, diesen gar nicht erst entstehen zu lassen -, wäre eine **Zweidrittelmehrheit** ein durchaus **geeignetes Instrument**. Es ist aber auch ein geeignetes Instrument, sich das Vertrauen der Öffentlichkeit zu erarbeiten und - abgesehen von kleinen oppositionellen Anmerkungen - gar nicht erst den Anschein eines Verdachtes aufkommen zu lassen, dass ein Machtmissbrauch angestrebt wird.

(Beifall PIRATEN)

Im Gegenteil. Wenn man sich das Gebaren unseres geschätzten Kollegen Dr. Stegner anschaut, dann weht ein Hauch von Vergangenheit durch dieses Haus.

(Torge Schmidt)

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

Hier nistet sich wirklich auch beim geneigtesten Beobachter das Gefühl ein, das ihn bei der Besetzung von Posten nichts und niemand davor bewahren kann, zuerst auf die eigene Partei oder Gewährsleute und dann auf das jeweilige Amt zu schauen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

Deshalb richte ich nun einen Appell an die Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition: Schauen Sie in Zukunft mehr auf das Amt, dann auf die Anforderungen dafür und anschließend erst auf die Bewerberinnen und Bewerber. Und schauen Sie nicht auf das Parteibuch. Denn so ist Ihnen doch eine Zweidrittelmehrheit sicher.

Ich möchte noch einmal auf die von mir angesprochene **demokratische Kultur** zurückkommen. Zu einer solchen Kultur gehört auch ein respektvolles Miteinander. Muss ich weiterreden? - Eigentlich nicht.

Bevor ich nun zum Ende komme, möchte ich die eingangs gestellte Frage beantworten. Nein, wir brauchen die Zweidrittelmehrheit für Landesbeauftragte nicht, sie kann aber für die breitere Akzeptanz des Beauftragten sorgen.

Es ist mein Wunsch, dass wir in unserem Agieren zukünftig einen Vertrauensvorschuss für die Kandidaten generieren, die in einem **offenen und transparenten Verfahren** gewählt werden, bei denen klar ist, dass bei der Auswahl für das Amt die Qualifikation bestimmend gewesen ist.

In diesem Sinne befürworten wir das Gesetz zum jetzigen Zeitpunkt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gerade der recht seltene Fall eingetreten, dass ich noch etwas dazugelernt habe. Der Kollege sagte ja gerade, dass wir zwar keine Zweidrittelmehrheit benötigen, seine Fraktion dem Antrag aber trotzdem zustimmen will. Das ist inkonsequent, aber okay. Die PIRATEN stimmen jetzt für Dinge, die sie eigentlich ablehnen. Aber, sei es drum, lieber Kollege Schmidt.

In der Regel werden die **Landesbeauftragten** bei uns in Schleswig-Holstein mit einer **einfachen Mehrheit** vom Parlament in ihr Amt gewählt. Dies ist aus Sicht des SSW auch ausreichend. Daran wollen wir auch festhalten. Da können Sie schon ahnen, wie wir abstimmen werden.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Beauftragten ein hohes Ansehen genießen, das viel weiter reicht, als es die einfache Mehrheit vorgibt. Deshalb streben wir natürlich immer hier im Parlament eine breitere Mehrheit als die verpflichtend vorgesehene einfache Mehrheit bei der Wahl von Beauftragten an. Das funktioniert ja auch, wie wir es gestern wieder gesehen haben. Wichtig ist, dass die Beauftragten unabhängig und möglichst auch über einen längeren Zeitraum arbeiten können. Diese Richtschnur hat sich im Zusammenhang mit der Arbeit von Landesbeauftragten bewährt.

An dieser Stelle sollten wir uns noch einmal vor Augen führen, wo eine einfache Mehrheit angebracht ist und wo etwa eine Mehrheit von zwei Dritteln zielführend ist. Mit einer einfachen Mehrheit wird etwa unser **Landtagspräsident** gewählt. Dieser soll uns als Parlament nach außen vertreten und bildet eine wichtige Ansprechstelle für Vereine, Organisationen und natürlich auch für die Bürger in Schleswig-Holstein und anderswo. Der Präsident oder die Präsidentin des Landtags soll repräsentative Funktionen übernehmen und hierbei unabhängig arbeiten. Dabei kann eine vorzeitige Abberufung nur mit einer Zweidrittelmehrheit durchgeführt werden. Diese Hürde sichert den Präsidenten oder der Präsidentin im Übrigen ein gutes Stück **Unabhängigkeit** gegenüber den Mehrheitsverhältnissen im Landtag zu. Es ist, zumindest heute, eine Selbstverständlichkeit, dass der Landtagspräsident von einer weitaus breiteren Mehrheit getragen wird. Schließlich ist er ja gewissermaßen der Vertreter des gesamten Parlaments.

In diesem Zusammenhang kann man den Landtagspräsidenten gut mit einem Beauftragten des Landtags vergleichen. Der Landtagspräsident vertritt die Interessen des Landtages als Ganzes und vertritt ihn überparteilich. Ähnlich ist es mit den Beauftragten. Sie vertreten die Interessen ihres Fachbereichs und tun das ebenfalls überparteilich. Sie haben aber in der Sache keine Entscheidungsbefugnisse, sondern nur Ombudsmann-Funktionen. Das ist für uns auch der Unterschied.

Auf der anderen Seite gibt es nämlich **Ämter**, die hier im Plenum von einer **Zweidrittelmehrheit** gewählt werden, wie etwa die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts in Schleswig, die wesentlich



(Lars Harms)

weitgehendere Funktionen haben. Die Mitglieder des Gerichts nehmen eine gleichberechtigte Stellung neben Landtag und Landesregierung ein und sind herausgehobener Teil der Dritten Gewalt. Das ist eine völlig andere Sachlage als im Vergleich zu den anderen Funktionen, die ich gerade beschrieben habe. Ein Urteil zu sprechen, an das dann auch das Recht gebunden ist, ist etwas anderes als eine repräsentative oder eine beratende Funktion wie etwa die der Landesbeauftragten. Die Beauftragten sollen ihren Rat nicht nur nach außen tragen, sondern sich vor allem mit ihren Ratschlägen an uns wenden. Die Landesbeauftragten haben also einen anderen formellen Status, was ihre Arbeit natürlich nicht weniger wichtig macht.

Darüber hinaus gibt es auch noch andere Varianten, wie die Landesbeauftragten in ihr Amt getragen werden. **Beauftragte der Landesregierung** werden nämlich gar nicht gewählt, sie werden von der Landesregierung ernannt, wie etwa die Minderheitenbeauftragte oder der Landesnaturschutzbeauftragte.

Beide Verfahren, Wahl mit einfacher Mehrheit durch den Landtag und Ernennung durch die Landesregierung, sind nachvollziehbar. Eine Zweidrittelmehrheit sollte selten für die Wahl von Vertretern genutzt werden und sicherlich nicht für die Wahl von Beauftragten. Hier sollte eine einfache Mehrheit weiterhin reichen, und darüber hinaus sollten wir versuchen, eine möglichst breite Mehrheit für einen solchen Beauftragten zu bekommen, also ein politisches Einverständnis herzustellen. Dem stehen wir selbstverständlich offen gegenüber.

Unsere Tradition im Parlament ist auch nicht so schlecht, wie sie von einigen gemacht wird. Daher sollten wir meines Erachtens an dem Verfahren festhalten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen gern eine Sache, die mich gerade per Brief erreicht hat, mitteilen und darüber hinaus auch noch etwas richtigstellen.

Hier ist der Eindruck erweckt worden, als legten wir dem Parlament seit zwei Jahren permanent Per-

sonalentscheidungen vor, bei denen Menschen mit SPD-Parteibuch in Ämter berufen werden, in denen **Überparteilichkeit** gefragt ist. Das ist in keiner Weise der Fall. Sie haben sich erfreulicherweise positiv über die Wahl der Bürgerbeauftragten geäußert, die gestern hier im Hause stattfand und eine große Mehrheit gefunden hat. Sie trägt in der Tat das **Parteibuch** der SPD. Das ist der einzige mir bekannte Fall. Bei der Wahl zur Besetzung der Stelle des Landesbeauftragten der Landeszentrale für politische Bildung, über die wir heute reden, hat das mit dem Parteibuch der SPD gar nichts zu tun. Daher lasse ich auch hier nicht stehen, dass solche Dinge unterstellt werden.

(Beifall SPD)

Wenn die Qualifikation vorhanden ist, geht es allerdings auch nicht, so zu tun, als ob das Parteibuch beispielsweise der SPD oder anderer demokratischer Parteien etwas ist, für das man sich zu rechtfertigen und zu schämen hätte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das weise ich zurück.

Ich möchte aber noch etwas anderes sagen. Mich erreicht eben der Brief des Fraktionsvorsitzenden der FDP, in dem mir mitgeteilt wurde, dass man beabsichtigt, künftig bei **Vertretungen des Landes Schleswig-Holstein im Bundesrat** das **Pairing** aufzukündigen. Wir können das machen. Wir können auch Menschen mit der Trage ins Parlament bringen lassen, um abzustimmen.

Das wirft ein Licht auf diejenigen, die das verantworten, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber nicht auf die, die darunter zu leiden haben. Damit wird unsere Einstimmenmehrheit nicht gefährdet, das sage ich Ihnen. Aber wenn das beabsichtigt ist, nehmen wir das zur Kenntnis.

Die Vertretung der Interessen des Landes im Bund war in der Vergangenheit gute Übung.

(Christopher Vogt [FDP]: Wie viele andere Sachen auch, zum Beispiel Ausschussüberweisungen und Anhörungen!)

- Herr Kollege Vogt, ich habe vorhin gerade eine lange Liste von Ausschussüberweisungen vorgetragen, bei denen Sie mit Ihrer Mehrheit, die verfassungswidrig war und aufgelöst worden ist, das Gegenteil getan haben. Also erheben Sie sich hier nicht!

(Christopher Vogt [FDP]: Sie sollten sich nicht so erheben!)

Ich sage nur: Wir sollten in der Sache engagiert streiten, aber bitte nicht den Eindruck erwecken,



**(Dr. Ralf Stegner)**

hier herrsche Parteibuchwirtschaft. Parteibuchwirtschaft hat es in diesem Land wirklich gegeben, aber zu ganz anderen Zeiten, nicht heute. Das will ich ausdrücklich festhalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Gern.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Dr. Stegner, wenn Sie schon aus dem Schreiben zitieren, das ich Ihnen geschickt habe und das unter anderem eine Reaktion auf eine Falschmeldung des „Flensburger Tageblatts“ von heute war, würden Sie dem Hause dann bitte mitteilen, dass ich ausdrücklich erklärt habe, dass wir nicht wollen, dass kranke Abgeordnete ins Parlament geholt werden müssen, sondern dass wir dazu stehen, dass das nicht infrage kommt, und dass wir als Reaktionsmaßnahme auf das von uns so empfundene Verhalten schlicht und einfach nicht mehr dafür Sorge tragen wollen, Ihre Mehrheit sicherzustellen, wenn andere Termine, die nichts mit Krankheitsfällen zu tun haben, wahrgenommen werden?

- Ich nehme diesen Teil erfreut zur Kenntnis.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das steht auch in dem Brief, den Sie falsch zitiert haben! Genau deswegen haben Sie den Brief bekommen! - Weitere Zurufe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Die Möglichkeit zur Antwort auf diese Frage hat jetzt der Abgeordnete Dr. Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Ich habe nicht aus dem Brief zitiert, dass Sie das gesagt haben, sondern ich habe darauf hingewiesen, dass die Vertretung in Berlin genauso zu den Fällen gehört wie Krankheit und dass das zur Fairness des Umgangs im Parlament gehört. Ich habe gesagt, wenn jemand das aufkündigen will, nehmen wir das zur Kenntnis. Im Übrigen ist uns damit schon gedroht worden.

Sie haben auch schon versucht, die Beschlussunfähigkeit herzustellen und haben dazu sogar die Protokollführer abgezogen. Sogar die Protokollführer sind hier abgezogen worden! Diese Form von Klamauf im Parlament fällt immer auf denjenigen zurück, der das veranstaltet.

(Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt auch nicht! - Serpil Midyatli [SPD]: Ganz ruhig!)

Ich nehme das zur Kenntnis und hoffe, dass das nicht der Fall sein wird. Denn wenn wir in die Situation kommen sollten, dass die Mehrheit nur dadurch hergestellt werden kann, dass auch Kranke ins Parlament kommen, dann wäre das sehr bitter.

Ich füge hinzu: Ich glaube allerdings auch, dass es im Interesse der Opposition ist, dass unsere Landesregierung zum Beispiel einen Termin im Bundesrat, bei dem wir für Infrastrukturmaßnahmen in Berlin kämpfen, wahrnehmen kann, und zwar auch der Herr Ministerpräsident. Wenn Sie das verhindern, werden wir darauf zu antworten wissen und damit umgehen. Ich sage Ihnen nur: Das fällt auf Sie zurück und nicht auf uns. Das ist der Punkt, den ich hier feststellen möchte. Das ist schlechter parlamentarischer Stil.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das sagt der Richtige! - Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch wirklich Realsatire!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tobias Koch?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Das gestatte ich sehr gern.

**Tobias Koch [CDU]:** Vielen Dank, Herr Dr. Stegner. - Ich bitte Sie, die gerade gemachte Aussage, dass Protokollführer abgezogen worden seien, um die Beschlussfähigkeit dieses Hauses außer Kraft zu setzen, zurückzunehmen. Diese Aussage entspricht nicht den Tatsachen.

(Peter Eichstädt [SPD]: Er hat es doch begründet!)

Es wurden zu keinem Zeitpunkt Protokollführer abgezogen, um eine Beschlussunfähigkeit des Hauses herbeizuführen.

- Verehrter Herr Kollege Koch, wir saßen hier. Ich kann mich sehr gut entsinnen. Es gab einen Abend

**(Dr. Ralf Stegner)**

für Zivildienstleistende und Bundeswehrsoldaten. Denen wurde gesagt, die SPD habe kein Interesse an diesem Empfang für Zivildienstleistende. Von maßgeblichen Repräsentanten dieses Hauses wurde gesagt, die kommen nicht, weil wir unserer parlamentarischen Pflicht nachgekommen sind, das Sparkassengesetz zu beraten. Sie wollten mit parlamentarischem Klamauk verhindern, dass das stattfinden kann, indem Sie ausgezogen sind. Sie wollten den Protokollführer abziehen. Das musste mit Mühe und Not verhindert werden.

(Tobias Koch [CDU]: Das ist eine Unterstellung! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Herr Kollege Koch, Sie können das gar nicht wissen; denn Sie waren nicht im Saal.

(Lachen und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wahrscheinlich haben Sie das geträumt. Im Gegensatz zu Ihnen war ich im Saal.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie haben schon ihre Sachen zusammengepackt!)

Ich nehme die FDP ausdrücklich aus. Die Abgeordneten der FDP waren nämlich entschuldigt. Sie haben nicht versucht, die Beschlussunfähigkeit herbeizuführen. Das will ich ausdrücklich hinzufügen. Für die Union gilt das aber nicht.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Mit dem größten Vergnügen.

**Tobias Koch [CDU]:** Herr Dr. Stegner, Sie haben gerade die Tatsachenbehauptung aufgestellt, dass Protokollführer abgezogen worden seien, um eine Beschlussunfähigkeit herbeizuführen. Das war Ihre Behauptung. Diese Behauptung ist unzutreffend. Alle Ausflüchte, die Sie gerade gemacht haben, ändern daran überhaupt nichts. Nehmen Sie diese Ausführungen deswegen bitte zurück!

- Dann lassen Sie mich präzisieren: Sie wollten die Beschlussunfähigkeit herbeiführen und wollten selbst Ihren Protokollführer abziehen. Er wurde daran gehindert, weil wir ihn auf die parlamentarischen Gepflogenheiten hingewiesen haben. Sie

wollten ihn abziehen. Tun Sie doch nicht so, als ob Sie das nicht gewollt hätten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer hat ihn denn daran gehindert? - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Frau Abgeordneten Herdejürgen?

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin von Kalben, ich gehe davon aus, dass wir das jetzt geordnet und parlamentarisch fortführen. Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit. Ich frage den Abgeordneten Dr. Stegner, ob er eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Kollegin Herdejürgen zulässt.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Es gibt nichts, was ich lieber täte.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Dann hat Frau Herdejürgen jetzt das Wort und niemand anders.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:** Herr Kollege Stegner, wenn Sie die Frage des Kollegen Arp, wer ihn daran gehindert habe, beantworten würden, würden Sie dann möglicherweise antworten, dass ich es war, die den Kollegen Jensen daran gehindert hat, seine Sachen zu nehmen und zu gehen?

(Lachen SPD)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Ich wollte den Täter nicht nennen, aber wenn Sie selber es sagen, dann will ich das gern bestätigen. Genauso ist es gewesen. Sie haben ihn daran gehindert und damit die Totalblamage der Union ein wenig relativiert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Jensen?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Da er der Betroffene ist, sehr gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön, Herr Jensen.

**Klaus Jensen** [CDU]: Herr Stegner, ich möchte für alle noch einmal klarstellen, dass ich als Protokollführer dort gesessen habe und dass bei mir ein Stück weit Unsicherheit vorhanden war, weil ich die Gepflogenheiten noch nicht so genau kannte. Im Präsidium wurde klargestellt, wie man sich als Protokollführer zu verhalten hat und dass man das Präsidium nicht verlassen darf. Das habe ich anstandslos so gemacht. Sie sollten hier nicht den Eindruck erwecken, als sei ich auf dem Weg gewesen wegzugehen, als das geklärt worden war.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Serpil Midyatli [SPD]: Aber Sie wollten schon gehen!)

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]:

Ich danke Ihnen sehr für die Bestätigung meiner Aussage. Ich danke Ihnen sehr, Herr Kollege Jensen. Es zeichnet Sie aus, dass Sie so ehrlich vorgehen haben.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]:

Ausnahmsweise ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Breyer, bitte schön!

**Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]: Herr Kollege Dr. Stegner, Sie haben gesagt, Sie hätten mit Mühe und Not verhindert, dass die Beschlussunfähigkeit eingetreten sei. Da fühle ich mich angesprochen, weil ich nämlich im Saal geblieben bin. Vielleicht können Sie dem Hohen Haus bestätigen, dass Abgeordnete der PIRATEN nicht - -

(Beifall und Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]:

In der Regel, Herr Kollege Breyer, kann man Sie für herausragende parlamentarische Tätigkeit nicht

loben. In diesem Fall will ich davon einmal eine Ausnahme machen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Soll er jetzt den Orden „Held der parlamentarischen Arbeit“ bekommen?)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Harms?

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]:

Da ich vermute, dass er feststellen will, wer noch alles im Saal war, mache ich das besonders gern.

**Lars Harms** [SSW]: Ich will nicht darüber aufklären, wer alles im Saal war. Aber vor dem Hintergrund, dass es zutrifft, dass sich sowohl FDP als auch PIRATEN parlamentarisch vernünftig verhalten haben, weise ich darauf hin, dass wir seinerzeit trotzdem vorbeugend genötigt waren, um die Beschlussfähigkeit des Parlaments aufrechtzuerhalten, den kranken Abgeordneten Dr. Tietze hineinschleppen zu müssen.

- Das ist wahr. Er ist Gott sei Dank wieder bei guter Gesundheit. Insofern haben wir das schadlos überstanden.

Ich will das nicht ins Lächerliche ziehen, sondern nur sagen: Man kann nicht auf der einen Seite parlamentarischen Stil einfordern und auf der anderen Seite elementare Formen aufkündigen, weil man meint, man werde benachteiligt. Ich glaube, Sie werden nicht benachteiligt.

Im Kern geht es um etwas anderes, Herr Kollege. Gewinnen Sie Wahlen, dann brauchen Sie keine Anträge für die Einführung von Zweidrittelmehrheiten zu stellen. Sie wissen, dass von Ihnen wenig Inhaltliches kommt. Es machen sich eher Ihre Nachbarn über Sie lustig als wir. Als Rezept empfehle ich Ihnen gern substanzielle Oppositionsarbeit. Wir mussten das auch tun. Die Wähler haben das belohnt. Das ist vielleicht der richtige Weg und weniger der, Anträge zu stellen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Jetzt ist es aber gut! Wir müssen nicht noch Hilfestellung geben!)

- Ich bin eben ein großzügiger Mensch. Ich versuche, Ihnen ein wenig zu helfen. Sagen wir es einmal so: Machen Sie ordentliche Oppositionsarbeit! Dabei können wir Ihnen nicht auch noch helfen. - Vielen herzlichen Dank.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Torge Schmidt von der Fraktion der PIRATEN.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kubicki, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich jetzt gern eine Sache klarstellen und etwas aus dem Schreiben vorlesen. Unter dem ersten Punkt steht:

„Künftig werden wir“

- also die FDP -

„ausschließlich in Krankheitsfällen dafür Sorge tragen, dass fehlende Kolleginnen und Kollegen durch Abgeordnete meiner Fraktion kompensiert werden.“

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Oh doch, Herr Kollege Stegner am Anfang.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dadurch hat man einen anderen Eindruck erweckt! - Unruhe)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter Schmidt hat jetzt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Dann lassen Sie mich jetzt einmal ein paar Sachen geraderücken, Herr Kollege Stegner. Es geht nicht darum, dass Posten mit Menschen besetzt werden, die ein SPD-Parteibuch haben, sondern es geht eher um die **demokratische Kultur** in diesem Hause. Zum Beispiel geht es darum, wie wir Beauftragte durch dieses Parlament bestimmen. Ich verstehe unter parlamentarischer und demokratischer Kultur, dass ich, der ich in der Opposition bin, zumindest erwarten darf, wenn wir einen Beauftragten des Parlaments wählen, nicht einfach zu hören bekomme: „Hier haben wir unsere Kandidatin, und die wird jetzt gewählt!“ Wenn es um **Beauftragte des Parlaments** geht, dann möchte ich schon gern von Anfang an in das Verfahren eingebunden werden.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Herr Kollege Schmidt, das mag ja alles zutreffend sein, was Sie jetzt hier sagen. Was aber wirklich nicht geht, ist, uns hier nun Parteibuchwirtschaft, Gefolgsleute und so weiter vorzuwerfen und dann auch noch zu sagen, so hätten Sie das gar nicht gesagt. So geht es wirklich nicht. Wenn man schon solche Vorwürfe erhebt, muss man sie auch belegen. Diese Vorwürfe jedenfalls sind hier in der Debatte gefallen, und dagegen habe ich mich zur Wehr gesetzt. Das gilt ausdrücklich auch für das genannte Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung, über die wir heute Nachmittag noch eine Debatte haben werden. Ich finde, es ist einfach nicht in Ordnung, so etwas zu behaupten und man dann, wenn man sich dagegen wehrt, sagt, das hätten Sie ja gar nicht so gemeint, sondern Sie wollten nur über das Verfahren reden. Das ist nicht in Ordnung. Ich weise das zurück. Hier gibt es keine Parteibuchwirtschaft - die gab es in diesem Land früher -, heute jedenfalls gibt es diese nicht.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Während der letzten Tage sind hier ja häufiger missverständliche Formulierungen gefallen. Ich werfe Ihnen nicht Parteibuchwirtschaft vor, sondern ich werfe Ihnen in diesem Falle lediglich schlechte demokratische Kultur vor.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ich persönlich habe kein Problem damit, dass Frau El Samadoni ein SPD-Parteibuch hat. Für mich zählt ausschließlich die Qualifikation dieser Person. Das ist doch das Entscheidende.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ich würde mich freuen, wenn man mir in der Debatte auch einmal zuhören würde.

Bei der Frage **Zweidrittelmehrheit** geht es auch um die Frage, wie wir die schon angesprochene **parlamentarische Kultur** wieder leben können. Es geht nicht darum, dass hier jemand mit einem SPD-Parteibuch bestellt worden ist. Diese Person hätte von mir aus auch ein CDU-Parteibuch haben können, wenn diese Person nur ein geeigneter Kandidat



(Torge Schmidt)

gewesen wäre. Vielleicht sollten wir den Fokus in dieser Debatte auch wieder darauf richten. Ich jedenfalls finde es ziemlich traurig, was in diesem Fall gelaufen ist. Aber darunter sollte jetzt nicht Frau El Samadoni leiden, sondern wir sollten uns in Zukunft vielleicht wieder einmal über die demokratischen Gepflogenheiten Gedanken machen. Auf die Sache werden wir sicherlich noch zu sprechen kommen, wenn es um die Landeszentrale für politische Bildung geht. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Dr. Stegner, ich habe mich insbesondere deswegen noch einmal zu Wort gemeldet, weil Sie in Ihrem zweiten Redebeitrag möglicherweise auch durch einige Zwischenfragen dazu gebracht wurden, hier einen Klamauk zu veranstalten, wer wann in welchem Saal gewesen ist. Ich glaube, diese Form von Selbstbeschäftigung ist diesem Hohen Hause absolut unwürdig und unangemessen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Wir geben nach außen ein schlechtes Bild ab. Seit einer halben Stunde veranstalten wir hier nichts anderes als **Selbstbeschäftigung**.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dieser Vorwurf betrifft aber alle!)

Ich habe mich deswegen an den Kollegen Stegner gewandt, weil wir uns eigentlich in vielen Punkten, was die Frage des Ernstnehmens unserer eigenen Arbeit angeht, in diesem Parlament relativ nahe sind beziehungsweise wenig Distanz dazwischen ist. Wenn wir es aber wirklich ernst meinen, hier Volksvertretung zu sein, dann sollten wir uns Debatten, wie sie in den letzten 20 Minuten geführt worden sind, in Zukunft ersparen, und zwar nicht nur um unseretwillen, sondern vor allem um der Menschen willen, die uns gewählt haben. Diese haben uns nämlich gewählt, damit wir ihre Interessen vertreten, statt hier permanent Selbstbeschäftigung zu betreiben.

(Beifall FDP und CDU)

Ein Zweites zu dem, Herr Kollege Stegner, was mich wirklich geärgert hat. Ich habe die **Bürgerbe-**

**auftragte** gestern wirklich aus voller Überzeugung gewählt, nachdem sie sich bei uns vorgestellt hatte, obwohl ich mich maßlos darüber geärgert habe, wie das „**Auswahlverfahren**“ stattgefunden hat. Der Kollege Kubicki hat darauf hingewiesen. Es war seit vielen Jahren guter Brauch, dass man versucht hat, gemeinsam eine Kandidatin oder einen Kandidaten gerade für dieses Amt zu finden, um dieser Person auch den entsprechenden Rückhalt für dieses Amt mitgeben zu können.

Ich bin auch nicht der Auffassung, dass wir für die Wahl von Beauftragten eine Zweidrittelmehrheit brauchen. Ich bin aber sehr wohl der Auffassung, dass man mit dem Gesetzentwurf, den die Union heute vorgelegt hat, die Chance gehabt hätte, wieder zu einem anderen Stil und zu einer anderen Grundlage für das Arbeiten miteinander zurückzukommen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich glaube, genau das haben Sie während der letzten 20 Minuten bedauerlicherweise versäumt.

Ich werde den Teufel tun, hier aus irgendwelchen Ältestenratssitzungen zu zitieren. Aber die Art und Weise, Herr Kollege Stegner, wie es zu dem Gesetzentwurf zur Landeszentrale für politische Bildung gekommen ist, über den wir heute Nachmittag diskutieren, macht deutlich, dass jeder von uns weiß, welche Absicht dahintersteht. Diese Absicht ist eben auch nicht dazu angetan, das Verhältnis untereinander - bei aller Diskussion und bei aller Differenz in Sachfragen - zu verbessern. Ich glaube vielmehr, es wäre angebracht, hier wieder zu einem Stil zurückzukehren, der diesen Landtag eine ganze Weile ausgezeichnet hat.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Aber ich glaube, Sie wollten eh gerade mit Ihrem Beitrag enden. Ich frage Sie aber, ob Sie noch eine Bemerkung oder Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner erlauben.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Mit Blick darauf, Herr Kollege Dr. Garg, dass eben ein Zweifel

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

über die Frage entstanden war, was die FDP uns gegenüber angekündigt hat, würde ich gern, wenn Sie erlauben, kurz aus dem Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der FDP zitieren, damit das Haus darüber informiert ist, was uns angekündigt worden ist. Dort heißt es im ersten Absatz:

„Künftig werden wir ausschließlich in Krankheitsfällen dafür Sorge tragen, dass fehlende Kolleginnen und Kollegen ... Für die zweite Lesung des von der Regierungsmehrheit eingebrachten Gesetzentwurfs zur Schaffung einer Landesbeauftragten für politische Bildung wird unter keinen Umständen eine Kompensation durch Mitglieder meiner Fraktion erfolgen.“

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Das heißt nichts anderes, als dass auch bei Krankheit in diesem Fall Menschen im Zweifel mit der Trage in den Saal gebracht werden müssen. Das möchte ich hier gerne noch einmal richtigstellen, zumal es hier schwarz auf weiß in dem Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der FDP an mich zum Ausdruck gebracht worden ist. Damit wollte ich das Hohe Haus und Sie als Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP gern unterrichten, zumal wir hier über Stilfragen reden.

(Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit! Dann lesen Sie doch bitte auch das gesamte Schreiben hier vor!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort zu einer Erwiderung auf die Einwürfe des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner hat jetzt der Herr Kollege Dr. Garg und nicht andere Mitglieder seiner Fraktion. Herr Kollege Garg, bitte schön.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin, herzlichen Dank. - Ich will darauf gar nicht erwidern, sondern lediglich feststellen, dass ich es sehr bedauere, dass die Chance nicht genutzt wurde, in der letzten mittlerweile halben Stunde wieder zu einem anderen Stil miteinander und zu anderen Umgangsformen zu kommen. Das, liebe Frau Kollegin von Kalben, ist selbstverständlich immer auch eine Frage von Geben und Nehmen und von wechselseitigem Respekt. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/1764 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 und 25 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Zweite Lesung des Entwurfes eines Anerkennungsgesetzes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/994

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses  
Drucksache 18/1757

**b) Anerkennungsfonds Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des  
SSW  
Drucksache 18/1737

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Christopher Vogt, das Wort.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuss hat den an ihn überwiesenen Gesetzentwurf in mehreren Sitzungen beraten. Er hat eine schriftliche Anhörung dazu durchgeführt und zu diesem Gesetzentwurf zuletzt gestern getagt. Er hat einstimmig einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen angenommen und den so geänderten Gesetzentwurf dann auch einstimmig zur Annahme hier im Plenum empfohlen. - Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich eröffne nun die Aussprache und erteile für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Fehlende Fachkräfte hemmen Wachstum und Innovationen. Wenn wir über die **Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikationen** reden, dann reden wir über die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes Schleswig-Holstein.

Für die Landesregierung steht die Fachkräftesicherung im Zentrum ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die aktuelle Fachkräfteprojektion sagt uns für das Jahr 2030 eine Lücke in Höhe von rund 100.000 Fachkräften voraus. Der größere Teil - und das ist immer wichtig zu betonen - betrifft vor allem die beruflich qualifizierten mit allein 85.000. Das Anerkennungsgesetz ist ein wichtiger Baustein, der im Rahmen der Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ dazu beiträgt, dass der Wirtschaft auch langfristig genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Er ist aber auch ein Baustein unserer Willkommenskultur, indem wir die Lebensleistungen derjenigen mit ausländischen Abschlüssen wertschätzen und anerkennen. Wir sagen: Herzlich willkommen in Schleswig-Holstein, herzlich willkommen auf unserem Arbeitsmarkt.

Lassen Sie mich einige Punkte nennen, die aus meiner Sicht in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind. Wir schließen zunächst eine **Regelungslücke**, die die landesrechtlich geregelten Berufsausbildungen betrifft. Damit gibt es dort grundsätzlich keine Zugangsbarrieren mehr. Das dient nicht nur denjenigen, die zu uns kommen, das dient dem sozialen Frieden, und das dient letztendlich der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Erfasst werden insbesondere die vollzeitschulischen Berufsausbildungen, die an den Berufsfachschulen und den Fachschulen angeboten werden. Es gibt aber auch Regelungen, die der Bund getroffen hat. Insbesondere der gesamte Bereich der dualen Berufsausbildung ist bundesrechtlich geregelt und wird somit vom Bundesanerkennungsgesetz erfasst. Bei den Debatten - sowohl im Bund als auch hier im Landtag - freut mich besonders - das Ausschussvotum zeigt das sehr genau -, dass wir über die Parteigrenzen hinweg einen breiten Konsens haben.

Wenn wir einmal ein paar Jahre zurückgehen, sehen Sie, dass es nicht immer so war. Es ist ein echter Erfolg, auch einer der gesellschaftlichen Debatten, die hier wirklich vorangekommen ist. Vielen Dank dafür.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Oliver Kumbartzky [FDP])

Wir haben es hier mit einem **Verfahrensgesetz** zu tun. Wenn es verabschiedet wird, haben alle Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen den Anspruch auf ein Anerkennungsverfahren.

Den Menschen, die zu uns kommen, die zuwandern, ist nicht nur mit Rechtssicherheit gedient. Sie brauchen manchmal auch kleine Beträge, um zu ihrem Recht zu kommen. Darauf zielt auch die Änderung, die mit einem sogenannten **Anerkennungsfonds** aufgelöst werden soll. Das bedeutet: Wir sollen uns Gedanken machen - und das wollen wir auch gemeinsam tun -, wie wir denjenigen Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen, die es sich nicht leisten können, die damit verbundenen Kosten zu bestreiten, in entsprechenden Einzelfällen helfen können. Ich halte das - das sage ich ausdrücklich - für eine gute Idee. Die Frage ist nur, auf welchem Weg wir das tun sollten. Wir sollten hier mit Bedacht vorgehen. Es gibt Dinge, die auf Bundesebene bereits gefördert werden. Wir müssen darauf achten, dass wir das Gutgemeinte nicht doppelt und dreifach fördern.

So erstellt zum Beispiel das **Bundesministerium für Arbeit und Soziales** derzeit ein **Förderprogramm**. Dieses sieht finanzielle Unterstützung für jene Personen vor, die für die Anerkennung ihrer Abschlüsse noch Qualifizierungsmaßnahmen absolvieren müssen. Hier wird schon einmal Vorsorge getroffen. Anders sieht es mit den eigentlichen Verfahrenskosten aus, den Gebühren und Kosten für vorzulegende Unterlagen. Diese Lücke wollen wir gern zu schließen versuchen. Insofern nehmen wir das zum Anlass, das entsprechend zu prüfen und Ihnen einen Vorschlag zu machen, wie wir das ganz konkret umsetzen können, um den Menschen damit zu helfen, zu ihrem Berufsabschluss, zu ihrer Anerkennung, zu kommen, um dann hier in Schleswig-Holstein auf unserem Arbeitsmarkt wirklich willkommen zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, SSW und Oliver Kumbartzky [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Tobias von Pein das Wort.

**Tobias von Pein [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Heute sprechen wir über zwei Punkte. Sie haben das gleiche Ziel. Schleswig-Holstein heißt Menschen aus anderen Ländern und Kulturen

(Tobias von Pein)

willkommen. Das sagen wir mit dem Gesetz, über das wir heute sprechen. Dafür bringen wir noch eine inhaltliche Änderung zum Gesetz ein. Außerdem legen wir Ihnen einen Antrag für einen Anerkennungsfonds vor. Der Fonds soll verhindern, dass Menschen in Schleswig-Holstein Gebühren bezahlen müssen.

Für die meisten **Berufe** wurde die **Anerkennung** auf Bundesebene einheitlich geregelt. Bei uns in Schleswig-Holstein sind nur wenige Berufe zu regeln. Damit fängt die Bürokratie bereits an. Wer kann schon mit Sicherheit und aus dem Kopf sagen, welcher Beruf wo geregelt ist, und vor allem warum. Es ist schwierig. Menschen, die von außerhalb der EU kommen, sollen es in Schleswig-Holstein leicht haben. Ihre Qualifikation soll in Schleswig-Holstein anerkannt werden. Das wollen wir mit so wenig Bürokratie wie möglich erreichen.

Eine **Willkommenskultur** fällt nicht vom Himmel. Wir können sie auch nicht mit einem einzigen Antrag beschließen. Eine Willkommenskultur setzt sich aus vielen Faktoren zusammen. Dazu gehören Projekte, wie „Moin Espana“. Die Handwerkskammer Lübeck heißt Auszubildende aus Spanien willkommen. Sie werden in die Betriebe integriert, sie erhalten Sprachunterricht und Anschluss an ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen. Es gehört auch ein gutes Asylrecht dazu. Damit wird das Ankommen in Deutschland leicht gemacht. Behörden in Deutschland können ebenfalls viel zu einer Willkommenskultur beitragen.

Viele **Verfahren** sind sehr kompliziert. Die Sprache ist schwieriger als nötig. Viele Menschen verstehen die komplizierten deutschen Sätze nicht. Unser Antrag zum Anerkennungsgesetz sagt ausdrücklich, Inhaberinnen und Inhaber ausländischer Berufsqualifikation haben gemäß Landesverwaltungsgesetz einen Anspruch auf Beratung. Das bedeutet, dass niemand allein den Weg zur Berufsankennung gehen muss. Die zuständigen Stellen sind verpflichtet, die Menschen zu beraten. Das steht im Landesverwaltungsgesetz.

Wir bringen außerdem einen Antrag für einen **Anerkennungsfonds** ein. Bisher ist es so, dass Menschen oft Gebühren bezahlen müssen, damit ihre Ausbildung in Deutschland anerkannt wird. In Schleswig-Holstein wollen wir diese Regelung nicht. Wir wollen deshalb einen Fonds beschließen. Damit können die Gebühren bezahlt werden.

Auch **Schleswig-Holstein** ist ein **Einwanderungsland**. Seit vielen Generationen wandern Menschen nach Schleswig-Holstein ein. Sie haben einen An-

spruch auf Teilhabe - einen Anspruch auf Teilhabe an unserer Gesellschaft, an Bildung und an Arbeit. Wir wollen eine gerechte Gesellschaft. Wir wollen allen Menschen die gleichen Chancen geben, im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt. Heute gehen wir einen kleinen Schritt. Wir machen es leichter, dass die Berufsabschlüsse von Menschen in Schleswig-Holstein anerkannt werden. Damit helfen wir den Menschen selbst. Sie finden leichter Arbeit. Wir helfen auch der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Sie brauchen neue Arbeitskräfte. Wenn die Berufsabschlüsse anerkannt sind, kann das Unternehmen sehen, welche Ausbildung ein Mensch hat. Wir wissen auch: Gute Integration hängt vor allem von sozialen Faktoren ab. Einer der wichtigsten Faktoren ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Dabei helfen wir heute.

Wem ist es aufgefallen? - Ich habe diese Rede in Leichter Sprache gehalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

So kann man sehen, dass auch schwierige Dinge leichter erklärt werden können. Das ist ein Beitrag zur Entbürokratisierung. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hartmut Hamerich das Wort.

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das **Anerkennungsgesetz** findet zu Recht eine allgemein breite Zustimmung in diesem Parlament. Es ist gut, dass es nach zwei Jahren endlich kommt.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Ich möchte hier noch einmal ausdrücklich sagen, dass die Kultur, in der wir dieses Anerkennungsgesetz im Wirtschaftsausschuss diskutiert haben, schon dazu beiträgt, dass Zuhörer wieder merken, dass wir uns nicht nur mit uns selbst befassen, sondern uns die Problematik wichtig ist.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Ob es notgetan hätte, den ganzen Gesetzentwurf noch einmal in das Verfahren zu geben, zumal die grundlegenden Fragen von der alten Regierung schon auf den Weg gebracht worden sind, will ich



**(Hartmut Hamerich)**

dahingestellt sein und diejenigen ausländischen Mitbürger entscheiden lassen, die seit zwei Jahren auf ihre Anerkennung von Berufsgruppen, für die das Land die Gesetzgebungskompetenz hat, haben warten müssen. Das Anerkennungsgesetz auf Bundesebene ist im April 2012 beschlossen worden. Wir hätten es insgesamt lieber etwas schneller auf den Weg gebracht.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie haben es in Ihrer Regierungszeit noch nicht einmal eingebracht!)

- Reden Sie über Dinge, von denen Sie etwas verstehen!

(Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU])

Wir haben es eingebracht.

(Unruhe)

Das Gesetz steht für einen **Paradigmenwechsel**. Das **Anerkennungsgesetz** hilft unmittelbar den Inhabern ausländischer Berufsabschlüsse, aber auch den Unternehmen, die dringend auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen sind.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Midyatli?

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Ja, selbstverständlich.

**Serpil Midyatli [SPD]:** Könnten Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung erst einmal lange auf Halde lag und die Bundesregierung fast fünf Jahre gebraucht hat, die EU-Richtlinie, die umgesetzt werden musste, umzusetzen - deswegen auch der große Zuspruch -, der Gesetzentwurf dann ins Land gekommen ist und Sie es in Ihrer Regierungszeit, auch wenn Sie verkürzt war, nicht geschafft haben, dieses einzubringen? Sie haben zweieinhalb Jahre gar nichts gemacht. Erst diese Landesregierung hat den Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. - Vielen Dank.

- Frau Kollegin Midyatli, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass der Gesetzentwurf auf Bundesebene im April 2012 beschlossen worden ist. Im Mai 2012 hat die Landtagswahl stattgefunden. Damit war die Möglichkeit, das ins Verfahren zu geben, nicht unmittelbar gegeben. Das Wirtschaftsministerium hat

sich noch in der Zeit von Jost de Jager darum gekümmert, das auf den Weg zu bringen.

(Beifall CDU - Anhaltende Unruhe)

Schleswig-Holstein setzt bei den Fähigkeiten und Potenzialen von Migranten und Migrantinnen an. Das Gesetz setzt ein Zeichen der Anerkennung im Sinne von Respekt und Wertschätzung vor der persönlichen Lebensleistung.

Der CDU-Fraktion ist aber auch wichtig: Stimmen Sie sich bei der konkreten Umsetzung dieses Gesetzes mit den **anderen Bundesländern** ab! Angesichts des besonders gravierenden Fachkräftemangels zum Beispiel in den Gesundheitsberufen und der Gastronomie muss dabei in den Bundesländern dringend die Einheitlichkeit und Qualität des Vollzugs sichergestellt werden. Sonst droht ein Flickenteppich von Regelungen und Verordnungen, die man am Ende wieder mühsam einsammeln muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir nicht wollen, ist, dass es zu einem **Anerkennungstourismus** zwischen den verschiedenen Bundesländern kommt, weil unterschiedliche Standards - aus welchen Gründen auch immer - angelegt worden sind.

(Beifall CDU)

Das Anerkennungsgesetz ist ein Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Stärkung der Innovationsfähigkeit in Deutschland. Laut OECD gehört Deutschland heute zu den Ländern mit den **geringsten Hürden für Zuwanderung** hochqualifizierter Arbeitskräfte. Trotzdem kommen noch viel zu wenige Fachkräfte nach Deutschland. Deshalb brauchen wir eine **nachhaltige Willkommens- und Anerkennungskultur**, um die Potenziale für den schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt im In- und Ausland besser zu erschließen.

(Beifall CDU)

Hierfür bedarf es einer weiteren Verbesserung der rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

(Anhaltende Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ob dazu allerdings Ihr **Anerkennungsfonds** beitragen kann, wage ich im Moment noch zu bezweifeln. Ich habe bis jetzt nicht verstanden, wofür er gut sein soll. Nach meiner Kenntnis haben Migrantinnen und Migranten bereits umfangreiche Möglichkeiten, ihre Anerkennung durch Leistungen im SGB III und SGB II zu finanzieren.

(Hartmut Hamerich)

Wer soll von dem Fonds profitieren? Soll der Fonds revolving sein, wie man das in Bezug auf andere bestehende Fonds in Ihrem Koalitionsvertrag rauf und runter lesen kann? Scheinbar ja nicht. Demnach soll es also ein Geschenk der Landesregierung werden. Wie hoch sind denn die Kosten pro Jahr? Hat das einmal jemand durchgerechnet? Wenn Lücken im System sein sollten, warum wollen Sie die nicht aus dem laufenden Haushalt heraus zu günstigen Zinssätzen finanzieren?

Dazu möchte die Koalition den Anerkennungsfonds in **Ergänzung zum Weiterbildungsfonds** auflegen. Die Eckpunkte der neuen Förderung der Weiterbildung lassen Sie gerade durch das Ministerium gutachterlich in Auftrag geben. Prognos soll dies durchführen. In Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut Betriebliche Bildung soll das aufgearbeitet werden. Ich hoffe, dass eine Beurteilung des geplanten Anerkennungsfonds bereits Teil des Gutachtens sein wird. Die Konsequenzen für die Förderung der Weiterbildung kann ich bisher nicht überblicken.

Wir sind gern bereit, den Anerkennungsfonds mit Ihnen im Ausschuss zu diskutieren. So kann man der Einrichtung eines Anerkennungsfonds noch nicht zustimmen. Ich bitte deswegen um abschließende Beratung des Anerkennungsfonds im Wirtschaftsausschuss.

Dem Anerkennungsgesetz werden wir zustimmen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU - Anhaltende Unruhe)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

**Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen** ist ein wichtiger Schritt zur Integration und zur Fachkräftesicherung von Migrantinnen und Migranten. Mit dem vorliegenden Gesetz wird auch Menschen aus Nicht-EU-Staaten der Rechtsanspruch eröffnet, ihre im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen in einem Anerkennungsverfahren bewerten und dokumentieren zu lassen. Das eröffnet neue Chancen auf einen Arbeitsplatz und führt zu verbesserten Lebens- und Arbeitsbedingungen.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nachdem das Anerkennungsgesetz für die bundesrechtlich geregelten Berufe bereits in 2012 in Kraft getreten ist, liegt jetzt die im Wirtschaftsausschuss einstimmig beschlossene Fassung des schleswig-holsteinischen Anerkennungsgesetzes vor. Ich freue mich, dass dies gelungen ist. Diese Einstimmigkeit ist ein gutes Signal für Menschen mit ausländischen Wurzeln in unserem Land.

(Anhaltende Unruhe)

Mit diesem Gesetz schaffen wir die rechtliche Grundlage für die Anerkennung der landesrechtlich geregelten Berufe. Das Gesetz basiert auf dem vom Bund vorgelegten Mustergesetz. Das ist gut so. Denn wir wollen, dass es **bundesweit gleiche Anerkennungskriterien** gibt und kein Durcheinander wie beim Bildungsföderalismus.

Das schleswig-holsteinische Gesetz setzt aber eigene Akzente. So gilt es auch für Menschen aus Staaten, die unsere deutschen Abschlüsse nicht anerkennen. Wir haben den **Gegenseitigkeitsvorbehalt** gestrichen, weil wir die Bürgerinnen und Bürger eines Staates nicht für die Entscheidungen ihrer Regierungen in Haftung nehmen wollen.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei uns haben alle eine Chance auf Anerkennung ihrer Berufsqualifikationen.

Das Architekten- und Ingenieurkammergesetz befindet sich gerade in der Überarbeitung. Der Gegenseitigkeitsvorbehalt wird - so die Zusage des Wirtschaftsministeriums gestern im Ausschuss - zukünftig auch hier gestrichen werden.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Mit diesem Gesetz werden die formalen Hürden für die Anerkennung deutlich gesenkt. Auch den Anspruch auf Beratung haben wir im Gesetz verankert. Schleswig-Holstein unterstützt die Menschen im Anerkennungsverfahren.

Eine Begrenzung der Kosten des Anerkennungsverfahrens und die finanzielle Unterstützung der zum Teil notwendigen Nachqualifizierungen sind für uns weitere zentrale Anliegen. Diese Unterstützung gibt es aus unterschiedlichen Quellen schon jetzt. Bereits in Unternehmen Beschäftigte können den Weiterbildungsbonus in Anspruch nehmen. Außerdem stellt die Agentur für Arbeit Mittel bereit. Es fehlt aber die **Unterstützung bei den Kosten des**

(Ines Strehlau)

**Anerkennungsverfahren**, zum Beispiel bei Gebühren oder Übersetzungskosten.

Herr Hamerich, es gibt durchaus Leute, die nicht in den Genuss einer Förderung kommen. Für diese Menschen soll der Anerkennungsfonds da sein. In Hamburg, wo das Anerkennungsgesetz schon länger in Kraft ist, handelt es sich um eine Summe im niedrigen sechsstelligen Bereich, die dafür vorgesehen ist. Man muss gucken, wie es bei uns aussieht. Insofern unterstützen wir die Überweisung des Antrags an den Ausschuss, um da weiter zu beraten und das zu konkretisieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Im Anerkennungsgesetz werden in den unterschiedlichen Artikeln noch weitere Gesetze oder Verordnungen geändert. Darüber hinaus haben die zuständigen Ministerien in der Zwischenzeit auch ihre Gesetze im Sinne des Anerkennungsgesetzes weiterentwickelt. So wurde das Heilberufekammergesetz vor Kurzem im Landtag beschlossen.

In zwei Jahren - nicht wie ursprünglich vorgesehen in vier - wird bereits die erste Evaluation durchgeführt, um die Wirksamkeit des Gesetzes und eventuellen Nachbesserungsbedarf zu prüfen.

Wir bringen heute ein gutes Gesetz auf den Weg, das deutlich mehr Menschen eine Tätigkeit ermöglicht, die ihren Berufsqualifikationen und ihrer Berufserfahrung entspricht. Durch die Anerkennung ihrer Qualifizierung unterstützen wir die Fachkräftesicherung, bringen den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Wertschätzung entgegen und vereinfachen die soziale Integration. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Gesetz gibt vielen Menschen die Chance, ihre **im Ausland erworbenen Berufs- und Hochschulabschlüsse** hier leichter anerkennen zu lassen. Meine Fraktion freut sich, dass wir das Gesetz heute beschließen werden. Es ist ein weiterer Baustein - das wurde schon gesagt - zur besseren Integration von

hier lebenden Menschen und auch zur Anwerbung qualifizierter Menschen, die zu uns kommen wollen, und eben auch - nicht ganz uneigennützig - ein Schritt nach vorn im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe auf dem zunehmend globaler werdenden Arbeitsmarkt. Auch wenn es ein wenig abgedroschen klingen mag: Es ist wirklich einmal eine Win-Win-Situation. Das wird oft behauptet, hier stimmt es wirklich.

Meine Damen und Herren, ich habe noch nie verstehen können, warum im Ausland ausgebildete Ingenieure, Lehrer, Professoren und andere hier nicht in ihrem Beruf arbeiten dürfen, weil die Verfahren es nicht zulassen, weil die Verfahren zu kompliziert sind. Das hat für mich nie Sinn ergeben. Insofern ist es ein richtiger Schritt nach vorn. Diesen Menschen wurden bisher Chancen verwehrt, die wir ihnen jetzt endlich gewähren.

Unser Land hat viel zu lange vorhandene Potenziale von diesen Menschen liegenlassen. Damit hat man eben nicht nur dem Land selbst geschadet, sondern auch den Menschen Chancen verwehrt. Insofern ist das gut.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt nicht die Diskussion wieder eröffnen, wann was beschlossen wurde. Aus meiner Sicht wurde das **Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz** - ein unfassbar schönes deutsches Wort - bereits 2011 beschlossen; wenn es 2012 gewesen sein soll, sei es drum. Es ist gut, dass wir in Schleswig-Holstein jetzt endlich daran anschließen. Es wirkt mittlerweile fast selbstverständlich, dass wir das tun und dass wir das so einmütig tun, aber auch ich kann mich noch gut an Wahlkämpfe und öffentliche Tiraden erinnern, die übrigens noch vor wenigen Jahren aus verschiedenen Ecken gegen die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften kamen. Das soll keine Schuldzuweisung sein, aber ich kann mich noch gut daran erinnern, und es ist schön, dass wir dort gesellschaftspolitisch weitergekommen sind und dass wir das jetzt so einmütig beschließen können.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ohne die **Zuwanderung von Fachkräften** und die eben darauf abgestimmte Gesetzgebung werden wir unseren Wohlstand auf Dauer nicht halten können. Die Bundesagentur für Arbeit hat errechnet, dass das Erwerbspersonenpotenzial, also die Anzahl aller Menschen im erwerbsfähigen Alter, in Schles-

(Christopher Vogt)

wig-Holstein bis 2025 um 70.000 und bis 2030 sogar um 240.000 Menschen abnehmen wird. Insofern sind wir bei der Anwerbung von Fachkräften zwar an sich auf einem guten Weg, aber daran sieht man schon, wie groß die Not für unsere Volkswirtschaft ist. Da müssen wir etwas tun.

Meine Damen und Herren, ich habe im vergangenen Jahr einen Artikel von einem Mann aus China gelesen, den ich jetzt noch einmal hervorgeholt habe, der nach Berlin gezogen ist und der beschrieben hat, in Berlin habe er das größte Problem beim Umzug gehabt, eine Wohnung zu finden. Das war mittlerweile das größte Problem, weil es eben schon dieses Gesetz auf Bundesebene gibt. Er hat davon schon profitiert. Ich glaube, so wurde auch in der „Wirtschaftswoche“ geschrieben, dass unser **Zuwanderungsrecht** an einigen Stellen deutlich liberaler ist als das von Kanada, das schon seit vielen Jahrzehnten ein Zuwanderungsland ist. Ich glaube, Sie glauben mir, wenn ich sage, dass das Wort liberal an der Stelle positiv besetzt ist - wie es auch sonst positiv besetzt ist. Ein liberaleres Zuwanderungsrecht als Kanada - das hätte ich selbst nicht für möglich gehalten. Aber es ist interessant, dass Deutschland in wenigen Jahren an verschiedenen Stellen doch so weit vorangekommen ist.

Noch kurz zum vorliegenden Gesetzentwurf, den wir gestern noch im Ausschuss beraten haben: Wie die PIRATEN haben wir ebenfalls einen Änderungsantrag vorgelegt. Wir haben mit dem Ministerium gestern über die vorgeschlagenen Änderungen gesprochen, die im Wesentlichen auf die Vorschläge des Flüchtlingsbeauftragten und des DGB zurückgegangen sind, ebenso wie die Änderungen der Koalitionsfraktionen. Weil es fachlich nicht so ganz einfach ist, welche Auswirkungen diese Änderungen auf andere Gesetze haben, haben wir uns entschlossen, unseren Änderungsantrag zurückzuziehen - die PIRATEN haben das ebenfalls getan - und dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen, eben auch, weil das Gesetz zeitnah evaluiert werden soll. Das sollten wir uns dann noch einmal anschauen.

Zum **Anerkennungsfonds**: Wir finden, das ist ein interessanter Vorschlag, aber in der Tat gibt es da noch viele Fragen, die wir klären sollten. Deswegen freue ich mich, dass wir das vielleicht im Ausschuss beraten können und in einer späteren Tagung noch einmal aufrufen können. Ich glaube, dass wir alle die Idee teilen. Aber wie das genau finanziert werden und wie es genau funktionieren soll, das wissen wir eben nicht. Das sollten wir uns

eben noch einmal genau anschauen. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir sind uns über die große Bedeutung dieses Gesetzes zur **Anerkennung ausländischer Berufsqualifikation** gerade in Zeiten des Fachkräftemangels einig. Uns ist bei der Beratung wichtig gewesen, dass wir das sogenannte **Gegenseitigkeitserfordernis** durchgehend gestrichen bekommen, denn aus meiner Sicht kann die Anerkennung eines ausländischen Berufsabschlusses nicht davon abhängen, wie das andere Land in dieser Frage verfährt. Die Menschen, die zu uns kommen, können nichts dafür, wie das in ihrem Heimatland geregelt ist, zum Beispiel wenn jemand aus Nordkorea kommt. Ich glaube auch, dass wir das große Interesse haben, qualifizierte Leute zu uns zu holen, und vielleicht niemand von uns dorthin möchte.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Insofern macht es auch gar keinen Sinn, die Gegenseitigkeit an der Stelle zur Voraussetzung zu machen. Es freut mich, dass der Wirtschaftsminister und das Ministerium angekündigt haben,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Meyer heißt der!)

diese Gegenseitigkeitserfordernisse bis Anfang des nächsten Jahres systematisch zu streichen. Insofern konnten wir unseren an der Stelle punktuellen Antrag zurückziehen.

Noch einige Worte zu dem **Anerkennungsfonds**, den Sie vorschlagen: Im Grundsatz finde ich das durchaus richtig und begrüßenswert. Wir haben in den schriftlichen Stellungnahmen von vielen Seiten gelesen, dass es oft eher an praktischen als an rechtlichen Grenzen scheitert, was die Anerkennung angeht, und dass in diesem Zusammenhang viele Kosten anfallen. Da geht es um Übersetzungskosten und Kosten des Verfahrens bis hin zu Prüfungskosten und Weiterqualifizierungskosten.



**(Dr. Patrick Breyer)**

Wir haben schon festgestellt, dass der Antrag so, wie er im Moment formuliert ist, noch recht unscharf dahin gehend ist, welche **Kosten** erfasst werden sollen, weil es an der einen Stelle heißt „Kosten aus dem Anerkennungsverfahren“ und an anderer Stelle „Kosten des Anerkennungsverfahrens“. Das wäre aus meiner Sicht klarzustellen. Ich habe eben auch die Sorge wie die Kollegen von CDU und FDP, dass ein solcher Fonds, wenn er denn generell die Kosten tragen würde, auch viele Mitnahmeeffekte nach sich ziehen würde, gerade bei Menschen, die aus dem nahen europäischen Ausland kommen und sehr gut verdienen, Architekten zum Beispiel. Da frage ich mich schon, ob wir bei sehr gut verdienenden Personen den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern alle Kosten aufbürden sollten oder ob es nicht zum Beispiel sinnvoll sein kann, unter bestimmten Voraussetzungen eine Rückzahlung in Fonds zu vereinbaren, gegebenenfalls ratenweise.

Deswegen freue ich mich sehr, dass Sie auch zugesagt haben, dass wir das im Ausschuss näher beraten können. Das sollten wir mit dem Ministerium tun. Sie haben eine Prüfung angekündigt. Das sollten wir auch mit dem Landesrechnungshof besprechen, wie wir das gemeinsam machen. Es freut mich, dass sich an der Stelle der gemeinsame Geist beim Anerkennungsgesetz fortsetzt. Wir werden dem Gesetzentwurf natürlich auch zustimmen, denn die Fachkräfte, die zu uns kommen, haben unsere Anerkennung verdient. - Besten Dank.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Beifall Hartmut Hamerich [CDU] und Heiner Rickers [CDU])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Danke schön. - Für die Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Endlich sind wir auf der Zielgeraden, was die **Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse** betrifft. Die Anhörung hat noch einige zusätzliche Informationen zu Tage gefördert. Mein Dank gilt allen, die sich mit ihren Vorschlägen und Ideen eingebracht haben. In diesem Zusammenhang freut es mich, dass wir endlich mit falschen Annahmen aufräumen und Fakten zu Wort kommen lassen. Der sprichwörtliche vietnamesische Ingenieur, der sich nur als Taxifahrer durch-

schlagen kann, oder die iranische Ärztin, die sich in Deutschland als Putzfrau ihr Brot verdienen muss, weil die entsprechenden Abschlüsse hier nicht anerkannt werden, gibt es tatsächlich.

Gerade hat die Bundesregierung den ersten Bericht zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse vorgelegt. Danach haben von April bis Ende 2012 11.000 ausländische Fachkräfte den Antrag auf Anerkennung gestellt. Davon wurden fast 70 % oder 7.500 Berufsabschlüsse als gleichwertig anerkannt. Ich erinnere mich an Stimmen, die davon abrieten, das Ganze überhaupt in Gang zu setzen, weil es sich angeblich nur um wenige Einzelfälle handele. Diese werden mit diesen Zahlen eines Besseren belehrt.

Tatsache ist, dass jeden Tag neue Anfragen auf die Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen auflaufen, und solange wir eine offene Gesellschaft sind, werden Menschen zu uns kommen, die unser Schul- und Ausbildungssystem eben nicht durchlaufen haben. Diese Menschen bereichern uns und knüpfen Schleswig-Holstein noch besser ins globale Netz ein. Nutzen wir ihr Know-how und erkennen ihre Abschlüsse an!

Auch die Arbeitgebervertreter haben durch die Bank in ihren Stellungnahmen zum Gesetzentwurf eindringlich gefordert, das Potenzial der hier lebenden Fachkräfte zu nutzen.

Die Bundesregierung hat den ersten Schritt mit der Anerkennung einzelner Berufe gemacht. Unser Land zieht jetzt nach.

Es hat Jahrzehnte gedauert, bis wir zu einem **transparenten Verfahren** gekommen sind. Bis dahin wandten sich die Migranten an die Behörden und wurden teilweise jahrelang von einer zur nächsten Stelle geschickt, bis schließlich ihre Berufserfahrung null und nichtig war. Auf diese Weise wurde Potenzial regelrecht vernichtet und disqualifiziert.

Das darf uns angesichts des sich deutlich abzeichnenden Fachkräftemangels in der Zukunft nicht mehr passieren. Darum begrüße ich ausdrücklich das neue Gesetz mit seinen transparenten Verfahren und klaren Kompetenzen.

Allerdings möchten wir das Gesetz noch durch die Einrichtung eines **Fonds** flankieren, der die **Kosten** abdeckt, die im Rahmen des **Anerkennungsverfahrens** entstehen. Diese laufen unter anderem durch die Übersetzung der Zeugnisse durch amtlich bestellte Dolmetscher auf. Ich bin davon überzeugt, dass so ein Fonds die Verfahren beschleunigen und vereinfachen wird. Ich freue mich, dass wir darüber im Ausschuss noch näher diskutieren können.

(Flemming Meyer)

Wir sollten allerdings nicht nur immer über die Vorteile reden, die der deutschen Gesellschaft und unsere Betrieben durch die adäquate Beschäftigung der ausländischen Fachkräfte entstehen, sondern auch darüber, dass wir die **Interessen der Migranten** beachten.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein **Beratungsanspruch** für Fachkräfte gehört nach Meinung des SSW zu einer lebendigen Willkommenskultur einfach dazu. Die Migranten erwarten von ihrer neuen Heimat ein Zeichen der Anerkennung ihrer bisherigen Lebensleistung. Sie sollten aus diesem Grund einen Anspruch darauf bekommen, dass ihre Abschlüsse nicht nur geprüft werden, sondern dass sie darüber hinaus auch beraten werden, zum Beispiel im Hinblick auf eine Anschlussqualifikation. So erfahren die Migranten, was sie tun müssen, um durch eine Brückenqualifikation mit den Kollegen gleichziehen zu können. Die Beratung macht den qualitativen Unterschied aus. Dementsprechend haben wir den Antrag auch formuliert.

Aber es zeigt sich gerade an dieser Stelle, dass wir den Prozess nicht als abgeschlossen betrachten können. Es steht **weiterer Handlungsbedarf** an. Fehlen nämlich entsprechende Weiterbildungsangebote, die die im Ausland erworbenen Qualifikationen an die deutschen anpassen, hilft auch die beste Beratung nicht. Außerdem müssen wir mehr berufsspezifische Sprachkurse anbieten, damit die anerkannte Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich auch eine Chance hat.

Wir müssen also in naher Zukunft mit Kammern und Hochschulen über die Entwicklung entsprechender Angebote verhandeln. Dazu ist es nicht nötig, neue Strukturen zu schaffen. Gerade an dieser Stelle können wir über Kooperationen, vor allem mit Hamburg, nachdenken, wo man schon lange Erfahrung mit der Anerkennung von Berufserfahrungen gesammelt hat. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, ich schließe deshalb die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Teil a) des Tagesordnungspunktes, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/994. Wer die-

sem Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so angenommen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir kommen zur Abstimmung zu Teil b) des Tagesordnungspunktes, Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1737. Dazu ist mehrfach Ausschussüberweisung an den Wirtschaftsausschuss beantragt worden. Wer dieser zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle unterbreche ich die Tagung und wünsche Ihnen allen eine erholsame Mittagspause. Ich freue mich, Sie um 15 Uhr im Plenarsaal wiederzusehen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:54 bis 15:03 Uhr)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, Sie alle hier wieder zu sehen, und möchte die Sitzung fortführen. Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einrichtung des Amtes eines oder einer Landesbeauftragten für politische Bildung**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1750

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner von der SPD-Fraktion das Wort.

(Zurufe)

- Entschuldigung, mir war angekündigt worden, dass Sie reden. Das war dann wohl ein Kommunikationsproblem. Das Wort hat jetzt der Kollege Jürgen Weber.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, mein Name ist Weber. Das ist korrekt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

(Jürgen Weber)

Wir haben heute Morgen am Rande eines anderen Tagesordnungspunkts sozusagen bereits die Schlagabtauschvariante zu diesem Thema vorweggenommen. Lassen Sie mich daher mit einer Reihe von sachlichen Begründungen dafür anfangen, warum wir das Amt eines oder einer **Beauftragten für politische Bildung** für sinnvoll erachten.

Wir alle haben uns in den letzten Jahren - um nicht zu sagen in den letzten Jahrzehnten - mit der politischen Bildung in diesem Land durchaus schwergemüht. Wir waren uns aber einig, und ich gehe davon aus, dass das immer noch der Fall ist, dass wir nicht den Weg Niedersachsens gehen wollen. Dort hat die vorletzte Landesregierung die **Landeszentrale** kurzerhand abgeschafft. Hierzulande haben wir vor zehn Jahren einen Statuswechsel beschlossen, nämlich weg von einer Einrichtung, die dem Bildungsministerium unterstellt war, hin zu einem Landesbetrieb. Das ist ein Weg, der - in der Rückschau betrachtet - nicht ganz erfolgreich gewesen ist.

Wir haben dann vor drei Jahren die Zuständigkeit von der Landesregierung in den Landtag verlagert. Wir wussten von vornherein, dass dies eine Entscheidung war, die mit einem gewissen Risiko ausgestattet war. Bis zum heutigen Tag ist das ein bundesweiter Alleingang. In Baden-Württemberg gibt es eine ähnliche Situation, ansonsten aber haben wir eine Stand-alone-Rolle. Bereits damals gab es in den Anhörungen gewichtige Stimmen von Vertretern der politischen Bildung, die befürchteten, dass die **Unabhängigkeit** der Einrichtung durch die Anbindung an das Parlament nicht gestärkt, sondern eher geschwächt werden würde. Dies gilt umso mehr, als die Landeszentrale mit dem Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gekoppelt wurde.

Wir haben damals dennoch so entschieden, weil für die Landeszentrale, die im Verlauf der letzten Jahre und Jahrzehnte personell geschrumpft ist, die Hoffnung bestand, dass wir synergetisch mit der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags für beide Seiten eine positive Entwicklung einleiten würden.

Das wurde eine Zeitlang praktiziert. Seit dem letzten Sommer hat sich die **Landtagsverwaltung** allerdings entschieden, die Öffentlichkeitsarbeit mit der Position des Pressesprechers in Personalunion zu besetzen. Somit ist die ursprünglich beabsichtigte Synergiefunktion obsolet geworden. Ob die Kombination bis dahin faktisch überhaupt funktioniert hat, will ich jetzt nicht weiter eruieren. Hier gibt es sicherlich unterschiedliche Auffassungen. Man muss sagen, dass in der Versuchsphase zumindest probiert wurde, ob dies funktionieren kann und ob die Landeszentrale im Rahmen der zur Verfü-

gung stehenden geringen finanziellen und personellen Ressourcen die Sicherheit hat, in der nötigen Unabhängigkeit den Auftrag zu erfüllen und die Arbeit insgesamt zu stärken. Wir sind mittlerweile zu dem Schluss gekommen, dass dies nicht in dem Umfang der Fall ist, wie wir uns das wünschen würden.

Deshalb schlagen wir mit dem heutigen Gesetzentwurf, den wir in der ersten Lesung beraten, vor, die erprobte beste Form einer unabhängigen Aufgabewahrnehmung in Angliederung an den Landtag auch für die politische Bildung zu wählen, nämlich das Institut einer oder eines Beauftragten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit würde sich ein Kreis schließen, denn 1957 schuf die damalige Landesregierung einen Landesbeauftragten für staatsbürgerliche Bildung; zunächst bei der Regierung, jetzt beim Parlament.

Ich will über die Konstruktion und über die Dinge, die im Gesetzentwurf stehen, im Einzelnen nicht reden. Sie haben ihn gelesen, wir werden das im Ausschuss vertiefen. Dennoch will ich sagen: In einer Konstruktion, bei der die Dienstaufsicht beim Präsidenten liegt und die fachliche Aufsicht bei einem Kuratorium, das aus Vertreterinnen und Vertretern aller Landtagsfraktionen und Vertreterinnen und Vertretern der politischen Bildung zusammengesetzt ist, ist eine Unabhängigkeit garantiert. Das ist eine fachliche und überparteiliche Aufsicht. Mehr Unabhängigkeit geht nicht, und weniger wollen wir uns nicht leisten.

Natürlich kann man nicht nur über die Sache reden, sondern man muss auch die öffentliche Debatte und die Einbettung, die heute Morgen schon angesprochen worden ist, einbeziehen. Das, was ich jetzt sagen möchte, gilt für alle **Beauftragten**, die wir haben und die wir hatten: Sie alle waren mit unterschiedlichen Parteibüchern ausgestattet und hatten unterschiedliche politischen Auffassungen. In ihren Ämtern haben alle durchweg und ohne Ausnahme eine hervorragende Arbeit geleistet. Sie haben eine **Überparteilichkeit** an den Tag gelegt, wie man sie sich wünscht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich glaube, das kann man festhalten. Wer das bestreitet, der soll das hier vorn am Mikrofon tun. Weiter möchte ich sagen, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der **Landeszentrale für politische Bildung** zumindest im wissenschaftli-

(Jürgen Weber)

chen Bereich in den letzten Jahren und Jahrzehnten privat natürlich politische Auffassungen hatten. Die Leitung ist derzeit unbesetzt. Der einzige Wissenschaftler, der derzeit noch dort arbeitet, ist der Kollege Klaus Kellmann. Das ist ein alter Studienfreund von mir. Er hat eine politische Auffassung, die eher in der Opposition angesiedelt ist. Das sagt jedoch nichts über die Qualität und die Intensität seiner Arbeit aus. Er leistet dort seit Jahrzehnten gute Arbeit. Deshalb kann dies keine parteipolitische Diskussion in der Frage sein, wie wir die Auswahl treffen, sondern nur eine qualitative.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mir ist klar, wie die Diskussion gleich abläuft. Ich bin erstaunt darüber, wer oft weiß, welche Parteibücher jemand hat. In dem Auswahlverfahren, das bisher auf den Weg gebracht worden ist, hat sich der Ältestenrat auf eine Persönlichkeit geeinigt, die wohl uns zugeordnet wird, weil wir sie unterstützt haben. Ich sage deutlich: Gerade im Zusammenhang mit der Landeszentrale für politische Bildung haben wir dafür Sorge tragen wollen, in hoher **Unabhängigkeit** eine Persönlichkeit zu wählen. Derjenige, der nach einer qualifizierten Diskussion ausgewählt worden ist - ob er ein Parteibuch hat, weiß ich nicht, und das geht mich auch nichts an, er hat auf jeden Fall kein SPD-Parteibuch -, war ein herausragender Absolvent der Konrad-Adenauer-Stiftung. Daraus eine Parteibuchpolitik der SPD zu machen, das ist ein Aberwitz, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen: Wir werden eine ausführliche Ausschussberatung haben. Wir werden zu einem Ergebnis kommen, das positiv sein wird. Wir werden viele Diskussionen führen. Ich kann jedoch nicht dazu beitragen, die öffentlichen Aufregungen abzubremesen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, eine Parlamentsberatung durchzuführen, die zu einem guten Ergebnis führt. Das werden wir tun. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Johannes Callsen.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn es überhaupt noch eines weiteren Beweises für die parteipolitische Arroganz dieser Koalition bedurft hätte, dann liegt er mit diesem Gesetzentwurf auf dem Tisch.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Herr Kollege Weber, ich habe der Presse entnommen, dass der neue Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel in seiner Jugendzeit Mitglied der Jungen Union gewesen sein soll. Ich glaube, Sie werden deshalb nicht behaupten, die CDU habe die OB-Wahl in Kiel gewonnen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Fast!)

Was Sie uns hier vorlegen, ist die in Paragrafen gegossene Personalpolitik von SPD, Grünen und SSW, bei der es nicht um **Bestenauslese** geht, sondern um einseitige Parteipolitik.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Ihr einziges Ziel ist es doch, sich möglichst viele Personalstellen parteipolitisch unter den Nagel zu reißen. Da nützen auch Ihre besten Beschönigungsversuche nichts. Fakt ist doch, dass Sie mit Ihrem Gesetzentwurf in ein laufendes **Bewerbungsverfahren** bei der Landeszentrale eingreifen. Das ist Fakt, und das halte ich für hochproblematisch.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Sie tun das nur, um einen aussichtsreichen Kandidaten zu verhindern, weil er Ihnen nicht passt. Das ist nicht nur dem Landtag unwürdig, das ist auch rechtlich mehr als fragwürdig.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Das ist außerdem ein Tiefpunkt der parlamentarischen Zusammenarbeit im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Frau von Kalben, dass Sie bei diesem Verfahren mitmachen, das enttäuscht mich persönlich sehr. Dies enttäuscht mich umso mehr, als dass es vor drei Jahren doch die Grünen waren, die als Erste die Ansiedlung der Landeszentrale für politische Bildung beim **Landtag** beantragt haben. Das waren die Grünen. Heute werfen Sie Ihre eigene Überzeugung über Bord, für die Sie damals im Landtag eine breite Mehrheit erhalten haben. Ich kann es kaum glauben. Frau Strehlau, Sie waren damals auch Antragstellerin. Was ist eigentlich aus Ihrem Selbstbewusstsein geworden, das Sie mit Ihrem damaligen Antrag, den sie mit unterschrieben haben, gezeigt haben?



(Johannes Callsen)

Herr Kollege Weber, auch Sie haben damals genau diese Konstellation beantragt und unterstützt, die Sie heute wieder abschaffen wollen. Ich finde das sehr unglaublich.

Meine Damen und Herren, für diesen Gesetzentwurf gibt es keine nachvollziehbaren Gründe. Die offizielle Begründung ist der reine Hohn. Es geht in diesem Gesetzentwurf keineswegs um die Unabhängigkeit des Leiters der **Landeszentrale für politische Bildung**, sondern einzig und allein darum, diese Funktion nach Ihrem politischen Gutdünken zu besetzen.

Wenn es Ihnen tatsächlich um die **Unabhängigkeit** gegangen wäre, warum haben Sie dann nicht genau diese Frage vor Beginn des Bewerbungsverfahrens, über das wir jetzt reden, im Ältestenrat angesprochen?

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Das wäre der geeignete Zeitpunkt gewesen. Herr Kollege Weber, vor dem Bewerbungsverfahren wäre es doch der richtige Zeitpunkt gewesen, im Ältestenrat darüber zu reden. Darüber hätte mit allen Fraktionen gesprochen werden sollen. Darüber hätte man ja reden können. Dass Sie das aber nicht getan haben, ist ein deutliches Zeichen. Sie haben das zu keinem Zeitpunkt angesprochen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)

Sie haben es nicht angesprochen, weil die von Ihnen geforderte inhaltliche Unabhängigkeit der Landeszentrale längst durch eine Dienstordnung geregelt worden ist, die Sie auch kennen sollten. Ihr heute vorgebrachtes Argument läuft daher komplett ins Leere, meine Damen und Herren.

Die Wahrheit ist: Sie sind erst dann mit Ihrem Gesetzentwurf um die Ecke gekommen, als Ihnen das Ausschreibungsergebnis nicht passte. So ist es gewesen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Dieses eiskalte Machtspiel der SPD ist schnell durchschaut. Sie wollen die Entscheidung, wer die Leitung der Landeszentrale für politische Bildung übernimmt, an sich reißen. Nur darum bringen Sie diesen Gesetzentwurf ein. Darum wollen Sie ein laufendes und rechtsstaatliches Bewerbungsverfahren stoppen.

Dass dieses Gesetz mit heißer Nadel gestrickt wurde - auf die einzelnen Abläufe im Ältestenrat darf und will ich auch gar nicht hinweisen -, um eine Stellenbesetzung zu verhindern, zeigt auch der Ge-

**setzentwurf** selbst. Im Gesetzentwurf ersparen Sie sich eine Begründung, die der Kollege Weber jetzt offenbar versucht nachzuliefern. Die Kosten sind gar nicht berücksichtigt worden. Der Pfusch geht sogar so weit, dass SPD, Grüne und SSW nicht einmal ein Datum für das Inkrafttreten festlegen. Das ist peinlich, kann ich dazu nur sagen. Das zeigt doch, mit welcher Motivation dieser Gesetzentwurf geschrieben worden ist.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf ist nicht nur eine Missachtung des Parlaments, sondern auch ein beispielloser Vorgang für eine politisch motivierte Postenbesetzung. Es ist unglaublich, was Sie Schleswig-Holstein alles zumuten. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor wir die Debatte fortsetzen, bitte ich Sie, gemeinsam mit mir Mitglieder des SPD-Ortsvereins Steinbergkirche auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau.

**Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte einen Blick in die Vergangenheit der **Landeszentrale für politische Bildung** werfen, bevor ich zur Gegenwart komme, weil ich glaube, dass dies zu einem besseren Verständnis unseres Gesetzentwurfs beiträgt.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat eine bewegte Vergangenheit. Sie wurde im Jahr 2003 als Eigenbetrieb der Landesregierung eingerichtet und dem Bildungsministerium zugeordnet. 2005 folgte ein Wechsel zur Staatskanzlei, 2009 die Rückkehr zum Bildungsministerium. Zum 1. Januar 2011 beschloss der Landtag nach einer zweijährigen Beratung fraktionsübergreifend, die Landeszentrale für politische Bildung zukünftig dem **Landtag** zuzuordnen.

Hauptgrund war, dass sich die Position als Eigenbetrieb nicht bewährt hatte. Ziel eines Eigenbetriebs ist es eigentlich, ein Plus zu erwirtschaften, sich also von Zuwendungen des Landes unabhängig zu machen. Eine Landeszentrale für politische Bildung

(Ines Strehlau)

kann sich aber nicht allein durch Verkäufe von Materialien oder Veranstaltungen finanzieren. Die Konstruktion war also nicht gelungen.

Außerdem wollte man mit der Anbindung an den Landtag die **Unabhängigkeit** von Regierungsmeinungen erreichen. Als die Landeszentrale bei der Landesregierung angesiedelt war, mussten die Tätigkeitsberichte im Kabinett verabschiedet werden. Es war also nicht ausgeschlossen, dass es im Kabinett zu einer Glättung im Sinne der Regierungsmeinung kommen konnte. Wo blieb da die Unabhängigkeit der Landeszentrale?

Die Unabhängigkeit der Landeszentrale beim Landtag sollte durch eine Dienstordnung erreicht werden, die ein weisungsunabhängiges Agieren ermöglicht. Die Landeszentrale für politische Bildung ist im Moment dem Landtagsdirektor als Stabsstelle zugeordnet. Dienstrechtlich und organisatorisch untersteht sie dem Landtagspräsidenten, der diese Befugnisse dem Landtagsdirektor übertragen kann.

Ein weiterer Grund für die Ansiedlung der Landeszentrale beim Landtag war, dass durch eine personelle Verzahnung mit dessen Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit sowohl inhaltliche als auch finanzielle Synergien geschaffen werden sollten. Dies war bis zum 31. Juli 2013 der Fall. Die Leitung der Landeszentrale und die der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags wurden von einer Person in Personalunion wahrgenommen.

Die angestrebten personellen Synergien bestehen nicht mehr, weil die Leitung der Öffentlichkeitsarbeit inzwischen mit der Pressestelle zusammengelegt wurde. Somit sind auch die inhaltlichen Synergien schwieriger zu realisieren.

Zwei der Hauptargumente sind also weggefallen. Es stellt sich die Frage, ob dann die Ansiedlung beim Landtag noch sinnvoll und sachgerecht ist. Mit der Ansiedlung beim Landtag hatten wir Neuland betreten. Einige Stellungnahmen hatten schon 2010 bezweifelt, ob das der richtige Weg sei. Ein Argument war, dass es keine Kontrolle durch das Parlament gebe wie bei der Angliederung an ein Ministerium. So habe das Parlament zum Beispiel nicht die Möglichkeit der Anfragestellung gegenüber der Landtagsverwaltung.

Außerdem gibt es, vorsichtig formuliert, Unstimmigkeiten zwischen den Fraktionen und den Landtagsspitzen um die Neubesetzung der **Leitung der Landeszentrale**. Die Leitungsstelle droht im politischen Streit unterzugehen. Ist da die Unabhängigkeit der Landeszentrale noch gewahrt? Oder wird sie zum Spielball widerstreitender politischer Inter-

essen? - Dies ist jedenfalls nicht ganz auszuschließen. Es muss uns aber gelingen, unsere Landeszentrale gut aufzustellen - unabhängig und überparteilich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Da ist die Position eines **Beauftragten**, angelehnt an den Status der Bürgerbeauftragten oder des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, eine nach Auffassung der Koalitionsfraktionen tragbare Lösung. Dort könnte die Landeszentrale ihre Funktion als „Spinne im Netz“ der politischen Bildungslandschaft gut umsetzen. Dort könnten Projekte gebündelt werden, die jetzt in unterschiedlichen Häusern verwaltet werden, um so ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Auf diesem Weg könnte besser das Ziel erreicht werden, Menschen aller Altersgruppen und Interessenlagen für unsere Demokratie zu begeistern oder zumindest zu interessieren. Wir werden zu unserem Gesetzentwurf natürlich eine Anhörung durchführen. Wir Grüne gehen offen in dieses Verfahren.

Zu fragen wäre beispielsweise, ob nicht das **Kuratorium** der Landeszentrale den Beauftragten für politische Bildung auswählt. Dem Kuratorium gehören sowohl je ein Vertreter oder eine Vertreterin der Fraktionen sowie sachverständige Persönlichkeiten und Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen oder Verbänden an, die mit Fragen der politischen Bildung befasst sind. Wir haben es in der Vergangenheit in den meisten Fällen geschafft, Anträge zur politischen Bildung fraktionsübergreifend zu stellen. Lassen sie uns die Beratung im Bildungsausschuss nutzen, um zu versuchen, diesen Konsens wieder herzustellen.

Noch einmal: Eine starke Landeszentrale für politische Bildung muss unabhängig und überparteilich sein mit einer qualifizierten Leitung an der Spitze. Je unabhängiger die Landeszentrale ist, desto besser kann sie arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Weber, ich habe bei politischen Debatten selten so viel Unauf-

(Wolfgang Kubicki)

richtigkeit in der Begründung eines Gesetzentwurf erlebt - das ist jetzt kein persönlicher Vorwurf - wie bei dem, was Sie haben vortragen müssen und was ich hier gehört habe.

Wir saßen heute gar nicht hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der von den regierungstragenden Fraktionen als geeigneter Bewerber ausgeguckte Mensch aus Mecklenburg-Vorpommern die Stelle angenommen hätte.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Herr Dr. Stegner, nur weil das nicht zustande kam und weil Ihnen mitgeteilt werden musste, dass rechtlich eine neue Ausschreibung gar nicht möglich ist und Sie anschließend vom Wissenschaftlichen Dienst erfahren haben, dass die Grundlagen komplett verändert werden müssen, um überhaupt etwas verändern zu können, müssen wir heute diesen Gesetzentwurf beraten, der einen Einmaligkeitscharakter hat. Es gibt in keinem anderen Bundesland eine vergleichbare Stellung eines **Landesbeauftragten für politische Bildung**.

Wir müssen auch noch darüber nachdenken, ob das unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten überhaupt das ist, was wir uns vorstellen könnten, ob diejenigen, die im Landtag sitzen, anschließend darüber bestimmen, wie politische Bildung im Allgemeinen und im Besonderen auszusehen hat.

Wie schlimm das ist, können Sie bei Paste and Copy nachschauen, Herr Kollege Dr. Stegner, was Sie veranlasst haben, um das noch schnell genug ins Werk zu setzen. Denn Sie wollten versuchen, ein Besetzungsverfahren, was im Übrigen rechtswidrig wäre, wie mir mitgeteilt worden ist, zu torpedieren.

Kommen wir nun zum **Gesetzentwurf**. Zunächst komme ich zu § 2 - Aufgaben - und hier zunächst zu Nummer 2. Unklar ist, warum besonders Schulen und Hochschulen beraten werden sollen. Eine breite Beratungstätigkeit ist mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten. Sie schweigen sich komplett darüber aus, welche personellen und fiskalischen Auswirkungen - das ist ja für einen Gesetzentwurf notwendig - das Gesetz auf den Landshaushalt des Landes Schleswig-Holstein hat.

§ 2 Nr. 4 haben Sie weitgehend aus einer Bekanntmachung des Landtagspräsidenten von Baden-Württemberg über die Einrichtung einer Landeszentrale für politische Bildung aus dem Jahre 2013 übernommen. Zitat:

„Praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der politischen Bildung sollen gesammelt, ausge-

wertet und Interessierten bereitgestellt werden.“

Das ist ein so gehöriger Aufwand, den man vielleicht in Baden-Württemberg mit 50 Mitarbeitern leisten kann, aber nicht mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wir gegenwärtig in der Landeszentrale haben.

Auch § 2 Nr. 5 haben Sie aus der Bekanntmachung des Landtagspräsidenten von Baden-Württemberg übernommen. Zitat:

„Tagungen, Lehrgänge und andere Veranstaltungen sollen durchgeführt werden, in deren Rahmen Themen der politischen Bildung unter Mitwirkung von Fachleuten aus Wissenschaft, Politik und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erörtert werden sollen.“

Tagungen kann die **Landeszentrale** vielleicht durchführen, für Lehrgänge hat in Schleswig-Holstein weder Personal noch Geld zur Verfügung gestanden.

Es fehlt vor allem, Herr Dr. Stegner, und das macht mich besonders stutzig, die erst in der Februar-Tagung beschlossene Mitwirkung bei der politischen Jugendbildung. Das kommt in Ihrem Gesetzentwurf gar nicht vor. Es wird nichts über die neuen Medien gesagt, stattdessen werden Aufgaben genannt, die die Landeszentrale überhaupt nicht leisten kann.

Das Mitbestimmungsgesetz spielt in Ihrem Gesetzentwurf überhaupt keine Rolle, obwohl das doch für Sie als Sozialdemokrat besonders interessant sein müsste. Das muss sich ein Sozialdemokrat zu Gemüte führen, was das eigentlich bedeutet.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Kollege Dr. Stegner, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den regierungstragenden Fraktionen, die Beauftragten, die wir ansonsten kennen, haben Aufgaben, die im Zweifel auch damit zu tun haben, dass man sich mit Behörden anlegen muss. Zum Beispiel die Bürgerbeauftragte, der Landesdatenschutzbeauftragte genauso wie der Behindertenbeauftragte, die für bestimmte Bevölkerungsgruppen, Personen oder Persönlichkeiten Interessen wahrnehmen sollen. Das haben Sie bei dem Bereich der politischen Bildung nicht. Deshalb sage ich Ihnen, dass wir intensiv darüber diskutieren sollten, auch im Ausschuss, ob der von Ihnen gewählte Weg eines Landesbeauftragten für politische Bildung der richtige ist.

(Wolfgang Kubicki)

Es gibt in der Vorlage übrigens zweimal den § 5. Das kann ein Fehler in der Redaktion gewesen sein oder auch ein Hinweis auf die mangelnde Professionalität der Arbeit.

Es gibt ein **Kuratorium**. Die Zahl der Mitglieder des Kuratoriums ist nicht bestimmt. Der Landtagspräsident ist nicht Mitglied des Kuratoriums. Und interessant ist, vielleicht ist dies für die Grünen ganz wichtig, dass in den Absätzen 3 und 4 jeweils die weibliche Form in der Benennung fehlt. Das kann auch etwas damit zu tun haben, dass beim Zusammenkopieren vielleicht noch aus anderen Dingen etwas genommen worden ist, bei dem die weibliche Form nicht enthalten war. Ein einziges Mitglied kann das Kuratorium zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenrufen.

Herr Kollege Dr. Stegner, ich weiß es ja, Sie haben mir einmal erklärt, dass man Ihren politischen Willen zur Grundlage machen sollte und nicht mehr die bestehenden Gesetze. Ich sage Ihnen, wir hatten einmal Persönlichkeiten in Schleswig-Holstein, die dachten, ihr persönlicher Wille sei Gesetz. So weit sind wir noch nicht,

(Beifall FDP und CDU)

und deshalb werden wir in den Beratungen darauf drängen, dass die wahren Hintergründe dieser Vorlage erörtert werden. Wir werden dieser so auf jeden Fall nicht zustimmen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Torge Schmidt.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte eigentlich eine ganz andere Rede vorbereitet, aber ich habe mich entschieden, sie ein wenig abzuändern.

Ich denke, in dieser Debatte fehlt es ein wenig an Unaufrichtigkeit.

(Lachen bei der SPD - Zuruf Dr. Stegner:  
Wir beklagen diesen Mangel an Unaufrichtigkeit nicht!)

- Herr Dr. Stegner, würden Sie mich bitte erst einmal ausreden lassen? Zur Sache muss man erst einmal sagen, dass mir nicht klar ist, wo der große Unterschied bei dem neuen Verfahren ist, wenn wir

den Beauftragten hier in das Parlament einführen, außer dass das Parlament dies will. Die Aufsicht, das Kuratorium, selbst die Budgetverwaltung muss doch irgendjemand übernehmen. Der **Landesbeauftragte** kann doch sein Budget nicht wahllos überziehen. Irgendjemand muss doch die Budgetverantwortung haben. Es gibt einen Posten von meines Erachtens 90.000 €, der für die sachlichen Ausgaben der **Landeszentrale für politische Bildung** zur Verfügung steht.

Der **Landesbeauftragte** ist für diesen Posten als Titelverwalter verantwortlich. Wenn dieser Posten überstiegen wird, muss doch jemand einen Blick darauf haben. Das hat jedoch nichts mit der sachlichen Leitung zu tun. Derzeit gibt es eine Dienstordnung für die Landeszentrale für politische Bildung, in der die **Unabhängigkeit** und alles andere geklärt sind.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Erklären Sie mir doch einfach den Mehrwert des neuen Beauftragten. Der einzige Mehrwert ist, dass der Beauftragte vom Parlament gewählt werden soll. Vorher gab es ein Bewerbungsverfahren, das gesetzlichen Regelungen unterliegt, zum Beispiel der **Bestenauslese**. Das war ein offenes Verfahren mit Bestenauslese. Dieses Verfahren hat für einen Kandidaten gesorgt. Dieser Kandidat ist abgesprungen. Das Richtige wäre es nun gewesen, dieses Verfahren zu Ende zu führen und den nächstbesten Kandidaten zu nehmen. Zusätzlich war in dieses Verfahren auch der Ältestenrat eingebunden, obwohl er eigentlich gar nicht hätte eingebunden werden müssen.

Ich habe den Eindruck, dass das große Problem in dieser ganzen Sache ist, dass die eine Seite der anderen Seite misstraut und man sich gegenseitig Personalpolitik und Machtpolitik vorwirft. Das kann doch nicht die Grundlage sein, auf der wir im Parlament Gesetzentwürfe machen und solche Sachen debattieren.

(Beifall PIRATEN - Serpil Midyatli [SPD]:  
Das sagt der Richtige!)

Ich habe einen großen Vorteil - vielleicht bin ich deshalb der Richtige, um das hier zu sagen -; denn ich habe nicht die letzten 50 Legislaturperioden in diesem Parlament gegessen, sondern bin erst frisch dazugekommen. Ich muss mir nicht die Vergangenheit anschauen, sondern sehe, was heute passiert.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind doch erst in der 18. Wahlperiode!)



(Torge Schmidt)

- Herr Andresen, es geht doch darum, dass die Mehrheitsfraktionen Angst haben, dass CDU und FDP ihren Kandidaten durchsetzen. Deshalb will die SPD-geführte Koalition ein Gesetz schaffen, um diesen Kandidaten zu verhindern. Sie will über das Parlament gehen und den Landesbeauftragten mit einfacher Mehrheit bestimmen. Das ist doch Fakt.

Wenn uns die Unabhängigkeit des Landesbeauftragten so wichtig ist - ich habe keine Fraktion gehört, die das bestreitet -, warum machen wir dann dieses Gesetz und erwecken durch solche Debatten im Plenum den Eindruck, als werde es ein politisches Geschacher?

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Glauben Sie wirklich, das führt zu mehr Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für politische Bildung? Glauben Sie, das macht die Situation besser? Ich bezweifle das ganz stark. Ich meine, ein solcher Gesetzentwurf, der mitten in das **Bewerbungsverfahren** kommt, schadet dem Parlament, dem Beauftragten und der Situation.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Sachlich kann man das durchaus diskutieren. Da sind wir nicht unbedingt weit auseinander. Diese Diskussion kann man ja führen. Aber sie kommt wirklich zum falschen Zeitpunkt und schadet dem Amt.

Wenn Sie diese Sorgen gehabt hätten, dann hätten Sie den Gesetzentwurf vor Beginn des Auswahlverfahrens in das Parlament eingebracht. Dann wäre alles gut gewesen. Aber warum jetzt? Warum begehen wir jetzt diesen großen Fehler und beschädigen dieses Amt? Ich verstehe es nicht. Vielleicht können Sie es uns noch erklären. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schicke gleich die Erklärung voraus: Die Koalitionsfraktionen wollen, dass die **Landeszentrale für politische Bildung** noch unabhängiger von Politik und Verwaltung agieren kann als bisher.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist Ihnen jetzt gerade eingefallen?)

Das ist der Grund, aus dem wir den Gesetzentwurf eingebracht haben. Diesen Gedankengang haben wir in diesem Parlament schon in der Vergangenheit diskutiert, zuletzt als wir die Landeszentrale für politische Bildung aus der Landesverwaltung herausgelöst und der Landtagsverwaltung zugeordnet haben.

Seinerzeit war der Hauptgedanke, dass die politische Bildung formal nicht einer Landesregierung gleich welcher Couleur zugeordnet sein sollte. Damals gab es durchaus schon die Diskussion darüber, ob es sinnvoll sei, die Landeszentrale für politische Bildung beim Landtag anzusiedeln, und wie dies geschehen könnte. Seinerzeit wurde übrigens auch bereits der Gedanke diskutiert, die Landeszentrale für politische Bildung nicht in die Landtagsverwaltung einzugliedern, sondern sie einem Beauftragten zuzuordnen, um sie noch unabhängiger von der täglichen Politik zu machen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Schmidt?

**Lars Harms [SSW]:**

Ja, gerne.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:** Danke, Herr Harms. - Vielleicht können Sie mir das erklären. Sie wollen den Landesbeauftragten für politische Bildung noch unabhängiger machen. Schaffen Sie dann auch eine eigene Behörde ähnlich dem ULD, die komplett unabhängig agiert, mit eigener Budgetverantwortung und so weiter? Das ist es doch, was die Unabhängigkeit ausmacht. Ein Beauftragter des Parlaments kann nicht so unabhängig agieren wie eine eigene Behörde wie zum Beispiel das ULD. Wollen Sie darauf hinaus?

- Lieber Kollege Schmidt, zunächst müssen wir überhaupt die gesetzlichen Grundlagen für einen Beauftragten schaffen. Wenn wir dann einen Beauftragten haben, werden wir in den Haushaltsberatungen auch den Haushalt so ausgestalten, dass dem Beauftragten entweder ein Haushaltstitel oder sogar die Budgetverantwortung überstellt wird. Wie wir das genau machen wollen, müssen wir noch diskutieren. Letztendlich sind wir als Landtag in der Gesamtheit Haushaltsgesetzgeber und können das selbst gestalten. Wir werden das tun und freuen uns, wenn die PIRATEN dann entsprechende Vorschläge zu diesem Thema unterbreiten.

(Lars Harms)

(Vereinzelter Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Schmidt, möchten Sie noch eine weitere Bemerkung machen?

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Ich möchte noch eine weitere Frage stellen.)

- Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Schmidt?

**Lars Harms [SSW]:**

Klar.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:** Wer hat denn derzeit die Budgetverantwortung für die 90.000 € für die Landeszentrale?

- Die hat auch der Landtag,

(Beifall PIRATEN)

aber er gestaltet sie anders aus, lieber Kollege.

Im Übrigen hat der Landtag bei allen Beauftragten die Budgetverantwortung. Das war nie anders. Jetzt ist nur die Frage, wo im Budget man es wiederfindet und wer beispielsweise auch das Vorschlagsrecht darüber hat, wie das Budget aussehen sollte. Es gibt durchaus auch Beauftragte, die uns Vorschläge machen, welche Ausgestaltung ihres Haushalts sie sich wünschen. Das können sie machen. Zum Beispiel macht uns der Landesbeauftragte für Datenschutz immer sehr deutlich, was er gerne hätte. Das finde ich vernünftig. Er kämpft für seinen Laden. Er kann das tun, weil er unabhängig ist, erstens weil er **Beauftragter** ist, zweitens weil er auf längere Frist gewählt werden kann und drittens weil er nur mit einer Zweidrittelmehrheit abgewählt werden kann. Das macht ihn super unabhängig. Einen solchen super unabhängigen Beauftragten, wie es ihn für den Datenschutz gibt, sollten wir auch für die **politische Bildung** haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Präsidentin, ich würde weitere Fragen zulassen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Sie würden es zulassen. Es gibt noch weitere Fragewünsche. Ich will darauf hinweisen, dass wir nicht in solche dialogischen Verfahren kommen sollten.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:** Entschuldigung, Herr Garg, ich habe noch eine weitere

Frage. - Ist das, was Sie gerade ausgeführt haben, nicht zum größten Teil bereits jetzt in der Dienstordnung für den Landesbeauftragten für politische Bildung, die der Landtag beschlossen hat, so geregelt?

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP]: Sagen Sie einmal Ja!)

**Lars Harms [SSW]:**

Nein. Wie der Landtag seine Haushaltsberatung gestaltet, ist nicht in der Dienstordnung geregelt, weder eines Beauftragten noch eines Leiters und auch nicht der Landeszentrale, sondern das müssen wir selber politisch entscheiden. Das hängt davon ab, wie die Stelle ausgestattet ist, ob man also „nur“ eine Landesstelle oder ob man sogar einen Beauftragten hat. Damit wird sich möglicherweise auch das Verfahren ändern. Diese Diskussion haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen zu führen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich frage den Abgeordneten Harms, ob er eine Bemerkung oder Zwischenfrage des Kollegen Dr. Garg zulässt.

**Lars Harms [SSW]:**

Sehr gern.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Vielen Dank, Herr Kollege Harms. - Da Sie ordentliches Mitglied des Ältestenrats sind und gerade so vehement auf die Fragen des Kollegen Schmidt damit geantwortet haben, Sie wollten einen „super unabhängigen“ Landesbeauftragten für politische Bildung, möchte ich Sie fragen:

Erstens. Zwischen welchen Ältestenratssitzungen ist Ihnen der Zweifel an der Unabhängigkeit des bisherigen Konstrukts gekommen?

Zweitens. Zwischen welchen der zahlreichen Sitzungen des Ältestenrats, in denen über das Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren gesprochen wurde, sind Ihnen Zweifel daran gekommen?

Drittens. Warum haben Sie Ihre Bedenken, wenn sie denn zwischen den Ältestenratssitzungen gekommen sind, nicht in einer der darauffolgenden Ältestenratssitzungen vorgebracht, möglicherweise für die Regierungsfaktionen?

(Lars Harms)

Viertens. Finden Sie es nicht auch etwas merkwürdig, dass just in dem Moment, in dem es im Zweifelsfall zu einer neuen Besetzung gekommen wäre, diese Bedenken in dieser Form vorgetragen werden, die nur ausgeräumt werden können - das wissen Sie ja aus einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes auf Ihre eigene Anregung hin -, wenn dieses Verfahren zum Zuge kommt?

- Das waren recht viele Fragen. Hoffentlich kann ich sie alle beantworten, ohne mitgeschrieben zu haben. Ich versuche es mit einer gesamten Antwort zu diesem Thema. Was die Stellenausschreibung angeht, werde ich darauf gleich noch eingehen, so dass Sie dann Ihre Antwort zu dieser Frage erhalten.

Was die Fragestellung angeht, wann in meinem Leben als Ältestenratsmitglied ich mir darüber Gedanken gemacht habe - ich fasse das ein wenig allgemein -, möchte ich sagen: Ich mache mir nicht als Ältestenratsmitglied Gedanken darüber, sondern als Abgeordneter in diesem Hause.

Das erste Mal, dass ich über die Frage nachgedacht habe, ob ein Beauftragter vielleicht doch die bessere Lösung sein könnte, war im Jahr 2010. Das war der Zeitpunkt, zu dem wir das erste Mal darüber nachdachten, ob diese Stelle von der Zuständigkeit der Landesregierung in die Zuständigkeit des Landtags wechseln sollte. Zu der Zeit hatte sich diese Diskussion ergeben, und zu der Zeit hatte ich mir zum ersten Mal Gedanken darüber gemacht. Das ist ja schon fast ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, wenn man so antwortet.

(Heiterkeit)

Diese Gedanken - das nehme ich für mich in Anspruch - habe ich über mehrere Jahre hinweg gehabt, und ich habe sie abgewogen. In der Tat: In der letzten Zeit kam ich im Rahmen dieses Abwägungsprozesses immer mehr zu dem Schluss, dass ein **Beauftragter des Parlaments** doch die bessere Lösung wäre. Dies nehme ich für mich in Anspruch. Wie das bei den anderen Abgeordneten ist - es gibt in der Koalition ja noch 34 andere Abgeordnete -, wann die damit begonnen haben, über dieses Thema nachzudenken, kann ich Ihnen natürlich nicht sagen.

Wenn ich noch etwas vergessen habe, dann helfen Sie mir bitte auf die Sprünge, damit ich das gerne auch noch beantworten kann.

**Dr. Heiner Garg** [FDP]: Herr Kollege Harms, selbstverständlich haben Sie das

Recht, auch auf nicht gestellte Fragen zu antworten; denn meine Frage lautete, wann zwischen den Ältestenratssitzungen, die sich mit dem Verfahren beschäftigt haben, Ihnen diese Bedenken gekommen sind. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie seit vier Jahren Zweifel daran haben, diese Zweifel im laufenden Verfahren aber niemals geäußert haben.

(Beifall FDP und CDU)

- Lieber Kollege Garg, auch wenn dies Ihrerseits nur eine Stellungnahme war, möchte ich trotzdem darauf antworten, damit hier nichts in einen falschen Hals gelangt. Wenn sich ein Abgeordneter wie ich - es ist völlig wertfrei, wer das ist - über Dinge Gedanken macht und möglicherweise auch dann, wenn, wie vor vier Jahren, Entscheidungen getroffen worden sind, trotzdem nicht mit dem Denken aufhört, sondern auch in den kommenden vier Jahren mit dem Denken weitermacht, dann finde ich das für den Parlamentarismus nicht unbedingt schlecht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Lars Harms** [SSW]:

Ja, aber gerne doch. Mensch, das macht ja jetzt richtig Spaß.

(Heiterkeit - Zuruf: Schade nur, dass Sie so lange stehen müssen!)

- Nein, nein, ich habe noch gesunde Beine, es geht noch.

**Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]: Lieber Herr Kollege Lars Harms, wenn es bei diesem Gesetzentwurf tatsächlich nicht um eine Personalie geht, sondern nur um die Stellung und die Unabhängigkeit einer bestimmten Person, würde es sich dann nicht anbieten, diese Neugestaltung mit Wirkung zu einem Zeitpunkt zu machen, zu dem die nächste Stellenbesetzung ansteht?

(Beifall PIRATEN)

- Lieber Kollege Breyer, in dem Augenblick, in dem ich eine dauerhafte Beamtenstelle schaffe und

(Lars Harms)

sage: „Lieber dauerhafter Beamter, ich habe dich unter einer ganz bestimmten Voraussetzung - -“

(Zuruf PIRATEN)

- Nun hören Sie doch mal zu! In dem Moment, in dem ich eine Stelle geschaffen habe, jemanden dauerhaft in Lebensstellung mit den entsprechenden Kündigungsfristen einstelle, die es dabei gibt, und dem sage: „Du machst das jetzt“, und ich als Politiker danach dahergelaufen komme und sage: „Danach mache ich ein Gesetz und sage, das war es jetzt, jetzt wirst du auf eine andere Stelle innerhalb der Verwaltung versetzt, weil mir ein neuer Gedanke gekommen ist“, finde ich das verkehrt. Dann fände ich es schlauer, so ehrlich zu sein und zu sagen: „Ja, wir haben einen anderen Gedankengang, und den formulieren wir nun so, dass sich mögliche Bewerber auf diese politische Haltung entsprechend einstellen können.

(Beifall SSW und SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Nun hat der Herr Kollege Kubicki den Wunsch, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen beziehungsweise eine Bemerkung zu machen. Gestatten Sie dies?

**Lars Harms [SSW]:**

Den Wunsch will ich gerne erfüllen.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Lieber Herr Kollege Harms, ich habe nachvollzogen, wie Sie vier Jahre lang mit Ihren inneren Zweifeln gerungen haben. Aber meine spannende Frage ist nun diese: Hielten Sie es nicht für sinnvoll, gerade wenn man ein neues Amt schaffen will, das geradezu zur Überparteilichkeit nötig, nicht mit einer Mehrheit, die ja parteilich ist, ein solches Amt ins Werk setzt und vorher überhaupt keine Gespräche mit den anderen Fraktionen des Hauses führt, die ja im Vorfeld auch daran mitwirken sollen, mit der Folge, dass die anderen Fraktionen dieses Hauses von einem solchen Ansinnen völlig überrascht werden? Wäre es aus Ihrer Sicht nicht sinnvoller gewesen, zunächst einmal Gespräche darüber zu führen, ob es eine grundsätzliche Bereitschaft des gesamten Hauses gibt, gemeinsam ein entsprechendes Amt zu schaffen?

- Lieber Kollege Kubicki, vom Grundsatz her gebe ich Ihnen recht, dass es immer schöner ist, parteiübergreifend Lösungen zu finden. Das gilt für jeden Tagesordnungspunkt, den wir hier verhandeln. Sie

können sich ja einmal Gedanken darüber machen, wie das in der Vergangenheit, auch heute Vormittag, gelaufen ist.

Jetzt ist das formale Verfahren so, dass wir diesen Gesetzentwurf in die erste Lesung geben. Das bedeutet, dass sich nun jede Partei und jeder Anzuhörende, den man möglicherweise benennt, im Rahmen dieses Gesetzgebungsverfahrens entsprechend dazu äußern kann. Somit können wir uns die gebührende Zeit dafür nehmen, diese Gedankengänge einzuflechten.

Sie haben vorhin durchaus auch Anmerkungen dazu gemacht, wo der **Gesetzentwurf** möglicherweise noch korrekturbedürftig sein könnte. Wenn Sie dann sehen, dass wir auch Ihre Anregungen aufnehmen und wir Sie für die Annahme dieses Gesetzentwurfs gewinnen können, dann wäre ich sehr froh.

(Beifall SSW und SPD)

Ich schaue mich verzweifelt um. Ich glaube, meine Zeit läuft gleich weiter. Aber im Moment will tatsächlich niemand mehr Fragen stellen.

Meine Damen und Herren, der Gedanke, einen Beauftragten einzurichten, wurde dann in der Tat - das habe ich eben schon gesagt - nicht mehr weiterverfolgt, weil man sich auch - das muss man auch sagen, und das hat vorhin auch die Kollegin Strehlau gesagt - von einer Zusammenlegung von Stellen in diesem Bereich personelle Synergieeffekte erhoffte. Das war damals ein durchaus opportunes Ziel. So wurde dann erst einmal die Landeszentrale für politische Bildung in die Landtagsverwaltung eingliedert. Die Kollegin Strehlau hat bereits deutlich gemacht, was danach gelaufen ist und dass dieser Synergieeffekt jetzt eben nicht mehr gegeben ist.

In der Tat, unsere Initiative kommt zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Deswegen läuft ja nebenher auch diese Diskussion. Allerdings, meine Damen und Herren, hat unser Gesetzentwurf nichts mit einer **Stellenbesetzung** zu tun,

(Lachen CDU, FDP und PIRATEN)

sondern vielmehr ist es so, dass die Schwierigkeit bei der Stellenbesetzung die eine Seite ist, die Neuausrichtung der Stelle aber eine andere Seite. Was die Schwierigkeit bei der Stellenbesetzung angeht, ist in den Medien bereits viel spekuliert worden. An diesen Spekulationen will ich mich nicht beteiligen.

Ich verweise auch liebend gerne auf die Aussagen des Kollegen Weber, der das sehr gut dargestellt hat. Lieber Herr Kollege Kubicki, bevor Sie nun Ihre nächste Zwischenfrage stellen: Der am besten



(Lars Harms)

geeignete und ursprünglich ausgewählte Kandidat stand weder der SPD noch einer anderen Koalitionsfraktion nahe. Hier eine Parteibuchpolitik zu konstruieren, geht völlig an der Realität vorbei, was dieses Verfahren angeht.

Jetzt kann Herr Kubicki seine Zwischenfrage stellen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Lars Harms [SSW]:**

Selbstverständlich.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Harms, da Sie insgesamt sehr lange nachgedacht und auch solide Vorarbeit für den Gesetzentwurf geleistet haben, frage ich Sie: Würden Sie mir freundlicherweise erklären, warum das Kuratorium gemäß § 5 ausschließlich befugt ist, einen männlichen Vorsitzenden zu wählen? Dies ist eine Lex Stegner. Da sonst im Gesetzentwurf überall die weibliche Form mit verwandt wird, wäre es unabdingbar, dass hier ein Vorsitzender männlichen Geschlechts gewählt werden muss. Denn ansonsten hätte man die weibliche Form aufnehmen müssen.

- Wenn ich ehrlich bin, lieber Herr Kollege Kubicki, hatte ich an Sie gedacht.

(Heiterkeit)

- Herr Kollege Harms, da ich weiß, dass Sie das ernst meinen, kann ich mich nur herzlich bedanken. Dieses Amt wäre bei mir auch in guten Händen, ganz anders als im Falle des Herrn Kollegen Stegner.

(Heiterkeit)

- Faktisch ist es im Übrigen so, meine Damen und Herren, und das ist auch ganz wichtig, dass eine Person, die sich beworben hat, eine Stelle in der Landesverwaltung antreten und die Leitungsfunktion in Bezug auf die Landeszentrale übernehmen kann. Das ist derzeit so. Am Ende des Jahres müsste dann aber wohl eine Versetzung innerhalb der Landesverwaltung vorgenommen werden, wie es im Übrigen durchaus üblich ist, weil der Beauftragte dann ja auch die Leitungsfunktion übernehmen würde. Hier wird also kein Bewerber in irgendeiner Weise vor den Kopf gestoßen, sondern wir sorgen lediglich für Klarheit, damit ein Bewerber, wenn er

diese Stelle übernimmt, auch weiß, dass an seine Stelle ein Beauftragter treten könnte, weil es eine entsprechende Gesetzesinitiative gibt. Aber einer Person, die sich für die Leitungsstelle beworben hat, könnten wir durchaus eine andere Perspektive bieten.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, jetzt bewirbt sich der Herr Abgeordnete Dr. Stegner noch darum, eine Zwischenfrage stellen oder eine Bemerkung machen zu dürfen. Erlauben Sie dies?

**Lars Harms [SSW]:**

Selbstverständlich komme ich dieser Bewerbung nach.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Dann hat Herr Dr. Stegner jetzt das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Ich bin gerührt, lieber Kollege Harms. - Können Sie sich vorstellen, dass wir den engagierten gleichstellungspolitischen und mitbestimmungspolitischen Vorstößen der FDP im Gesetzgebungsverfahren, wenn deren Vorstellungen darin eingebracht werden, so viel Zuwendung schenken, dass wir sie in den Gesetzestext aufnehmen?

**Lars Harms [SSW]:**

Ja, auch wenn der Kollege Kubicki dann möglicherweise weniger Chancen hat, werden wir das im Sinne der Gleichstellung tun.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, der neue Beauftragte wird nach unserem **Gesetzentwurf** im Übrigen fachlich völlig unabhängig sein und der Dienstaufsicht des Landtagspräsidenten unterstellt. Darüber, ob das so sein soll, kann man natürlich noch einmal diskutieren. Es wäre sicherlich auch vorstellbar, dass der Beauftragte und sein Ziel völlig unabhängig von der Landtagsverwaltung angesiedelt werden. Dann müsste allerdings auch die Dienstaufsicht entsprechend geregelt werden. Das können wir dann aber noch in den Ausschussberatungen erörtern, wie so viele andere Fragen auch.

Viel wichtiger für uns ist eine absolut unabhängige Stellung. Deshalb wird sich ein zukünftiger **Beauftragter** auch immer wieder einer Wahl stellen müssen. Wir wollen, dass der Beauftragte am besten

(Lars Harms)

immer wieder durch eine breite Mehrheit im Parlament bestätigt oder neu gewählt wird. Er soll eben nicht Dauerbeamter werden und sich in der festen Struktur einer Verwaltung wiederfinden, sondern betont unabhängig agieren können. Er soll nur mit einer Zweidrittelmehrheit abgewählt werden können. Das stärkt die **Unabhängigkeit** dieser Stelle, sowohl nach innen als auch nach außen. Das wiederum stärkt auch die Landeszentrale an sich.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich durfte damals für die CDU-Fraktion an der **Ältestenratssitzung** teilnehmen, in der sich die drei Bewerber für das Amt vorgestellt haben. Ohne die Vertraulichkeit der Ältestenratssitzung zu verletzen, kann ich sagen, dass wir uns über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig waren, drei interessante Bewerber erlebt zu haben. Alle drei Bewerber sind grundsätzlich geeignet gewesen, diese Leitungsfunktion zu übernehmen. Deshalb darf doch niemand glauben, dass wir heute diese Debatte führen würden, über einen Gesetzentwurf der Regierungsfractionen beraten würden, wenn der von Herrn Dr. Stegner favorisierte Bewerber seine Bewerbung nicht zurückgezogen hätte.

(Zuruf)

Die Stelle wäre doch längst besetzt. Die Stelle wäre besetzt, und zwar für die nächsten 20, 30 Jahre. Sie wären im Traum nicht darauf gekommen, heute ein solches Gesetzgebungsverfahren zu starten.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wer weiß!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Tobias Koch [CDU]:**

Ja, sehr gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Herr Kollege Koch, wie kommen Sie eigentlich dazu, aus einem internen Personalauswahlgespräch, in dem

sich Bewerber vorgestellt haben, hier vorzutragen? Wie kommen Sie dazu, die Behauptung aufzustellen, dass der eine oder andere ein von mir favorisierter Kandidat gewesen sei?

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das hat er gesagt! Ich war ja auch dabei!)

Das steht Ihnen in dieser Form nicht zu. Die Unterstellung, die damit verbunden ist, wie wir es die ganze Zeit in der Debatte gehört haben, ist, dass von irgendjemandem irgendwelche Kandidaten durchgesetzt werden sollen. Das ist abwegig. Ich verwehre mich dagegen. Sie sollten sich angewöhnen, dass Sie künftig aus Gremien berichten, aus denen Sie berichten dürfen und hier nicht über Auswahlverfahren berichten.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Heute reden wir über die Landeszentrale für politische Bildung und wie wir sie ausgestalten wollen, nicht jedoch über Ihre Erlebnisse bei Auswahlverfahren, zu denen Sie Ihre persönlichen Wertungen anbringen. Das würde ich hier gern festgestellt wissen.

(Beifall SPD und SSW)

- Herr Dr. Stegner, diesen Hinweis nehme ich zur Kenntnis. Ich bleibe aber dabei, dass ich hier keine Informationen aus vertraulichen Beratungen preisgegeben habe. Das Statement, dass wir drei interessante Bewerber gehabt haben, ist keine vertrauliche Information gewesen. Alles andere konnte man schon öffentlich nachlesen.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf SPD)

Wenn man sich die heutige Argumentation anschaut, ist die politische **Unabhängigkeit** offenbar größer, wenn der Bewerber zukünftig mit Einstimmenmehrheit hier im Parlament gewählt wird.

(Beifall CDU und FDP)

Jetzt haben wir ein öffentliches **Ausschreibungsverfahren**, bei dem nach klaren Kriterien der beste Bewerber ausgewählt wird, bis hin zur Möglichkeit der Konkurrentenklage. Das wird jetzt durch einen politischen Prozess ersetzt. Mit politischen Mehrheiten wird eine Entscheidung getroffen. Das soll für noch größere politische Unabhängigkeit sorgen? Wer soll das denn bitte schön glauben?

(Beifall CDU, FDP, Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Torge Schmidt [PIRATEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Weber?

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Kollege Weber, auch von Ihnen gern.

**Jürgen Weber [SPD]:** Lieber Kollege Koch, könnte es sein, dass Sie die Begriffe Qualität und Unabhängigkeit verwechseln? Das eine ist sozusagen ein Bereich der Auswahl. Da reden wir über Qualität. Wer immer ausgewählt wird, hat dann in dieser Funktion zu arbeiten. Die entscheidende Frage ist dabei: Wie unabhängig kann er in der Struktur arbeiten? Es gibt einen erheblichen Unterschied, ob wir einen Beauftragten haben oder jemanden, der Teil einer Verwaltung ist. Das ist der zentrale Punkt. Könnte es sein, dass Sie diese beiden Dinge miteinander verwechseln?

- Herr Kollege Weber, das kann nicht sein. Denn wieso sollte der Bewerber mit der besten Qualität, der in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren ausgewählt worden und nicht durch politische Entscheidungen in dieses Amt gekommen ist, nicht politisch unabhängig sein?

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Olaf Schulze [SPD])

Der hat doch die besten Voraussetzungen, politisch unabhängig zu agieren.

(Beifall CDU und FDP)

Da sich der Kollege Harms jetzt meldet, würde ich gern noch einen Gedanken anfügen, auf den er vielleicht gleich Bezug nehmen kann. Denn das Scheinargument war hier das Budgetrecht des Parlaments, das durch einen Beauftragten gestärkt werden soll. Die **Landeszentrale für politische Bildung** ist jetzt Bestandteil des Einzelplans 01. Ein **Landesbeauftragter** wird ebenso Bestandteil des Einzelplans 01 sein.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

In beiden Fällen entscheidet dieses Haus über das Budget, und in beiden Fällen wird das im Vorfeld mit den Parlamentsfraktionen abgestimmt. Es gibt keinen Unterschied, wie Sie es hier zu konstruieren versuchen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich habe Sie vorhin so verstanden, dass Sie die Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Lars Harms zulassen.

**Tobias Koch [CDU]:**

Ja, jetzt sehr gern.

**Lars Harms [SSW]:** Ich wollte nur eine Zwischenbemerkung machen, damit hier kein falscher Zungenschlag entsteht. Glücklicherweise leben wir in einem freien Land, in dem sich Menschen um eine Stelle bewerben können, die sich auch vorher um eine Stelle beworben haben. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass sich Menschen, die sich um die Leitung beworben haben, jetzt auch um die Beauftragtenstelle bewerben können. In diesem Land ist es so schön, weil es ein freies Land ist und das möglich ist.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das hat hier wirklich niemand in Abrede gestellt. Es stellt sich nur umgekehrt die Frage, weshalb man in ein laufendes Bewerbungsverfahren eingreift und die bisherigen Bewerber dazu zwingt, ein neues Verfahren einzuschlagen. Die Frage müssen aber dann eher Sie beantworten und nicht ich.

(Beifall CDU, FDP, Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Kurzum: Die politischen Absichten sind klar erkennbar. Die vorgebrachten Argumente sind alle nur Scheinargumente. Das werden die weiteren Beratungen sehr deutlich zeigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP, Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Torge Schmidt [PIRATEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1750 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will - -

(Zuruf)

- Okay, hier in der Vorlage ist Innen- und Rechtsausschuss vermerkt. Ich höre, Sie wollen es im Bildungsausschuss beraten. Das ist auch kein Problem.

(Zuruf: Beide! - Weitere Zurufe)

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

- Mitberatend? - Den verschiedenen Stimmen aus dem Plenum entnehme ich, dass Sie den Gesetzentwurf Drucksache 18/1750 sowohl im Bildungs- als auch im Innen- und Rechtsausschuss beraten möchten. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

**Horizonte eröffnen, Chancen erkennen, Möglichkeiten aufzeigen - Fachkräfte willkommen heißen!**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1732

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gut ausgebildeten **Asylbewerbern** bessere Chancen auf dem deutschen **Arbeitsmarkt** zu eröffnen und damit zugleich ihre Chancen auf ein Verbleiben in Deutschland zu erhöhen, ist ein Anliegen, das sowohl für diesen Kreis von Asylbewerbern Vorteile bringt als auch für unser Land, das ja in vielen Bereichen immer stärker auf Zuzug von ausländischen Fachkräften angewiesen ist.

Die FDP-Fraktion spricht sich deshalb dafür aus, entsprechende Vorschläge des Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, aufzugreifen. Dieser regt an, eine Art Vorstufe zum formellen Asylverfahren einzuführen, in deren Rahmen geprüft wird, ob man den Bewerbern alternativ einen Aufenthaltstitel als **Arbeitsmigrant** anbieten kann. Auf diese Weise könne ihrem Wunsch, nach Deutschland zu kommen, oft besser entsprochen werden als durch ein Anerkennungsverfahren für Asylbewerber, das oft aussichtslos ist, weil tatsächlich keine politische Verfolgung im Herkunftsland stattgefunden hat.

Oft ist es nämlich so, dass die Schlepper ihren Kunden erzählen, sie sollten das Wort Asyl sagen und ihre Papiere wegwerfen. Auf diese Weise landen dann offenbar auch qualifizierte Fachkräfte in einer Falle, die meistens für sie mit ihrer Abschiebung endet. Rund 70 % der Asylanträge werden heute abgelehnt, weil es sich um Menschen handelt, die

ihr Land aus wirtschaftlicher Not verlassen haben und nicht wegen politischer Verfolgung.

Das vom Präsidenten des Bundesamts vorgeschlagene Vorverfahren eignet sich dazu, die vielfach durch das Asyl-Anerkennungsverfahren eröffneten Sackgassen, die oft auch mit einem großen persönlichen Unglück für die Betroffenen verbunden sind, zu schließen und ihnen als Alternative ein ebenso humanes wie sinnvolles Aufnahmeverfahren für Wirtschaftsimmigranten anzubieten.

(Beifall FDP)

Wir Liberale halten dies für einen Weg, der in beiderseitigem Interesse liegt, im Interesse vieler Flüchtlinge, die zu uns kommen wollen, aber auch im Interesse unseres Landes, das auf den Zuzug engagierter, leistungsbereiter Zuwanderer in immer stärkerem Maße angewiesen ist.

Ein weiterer Ansatz, der nach unserer Auffassung ebenfalls viel stärker genutzt werden sollte, bietet § 18 c des Aufenthaltsgesetzes. Danach können Personen mit **Hochschulabschluss** bis zu sechs Monate eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, um sich einen ihrer Qualifikation entsprechenden Job in Deutschland zu suchen.

Diese Möglichkeit ist unseres Erachtens viel zu wenig bekannt, und sie wird bisher auch zu wenig bekannt gemacht. Auch dies wollen wir ändern, weil wir es auch auf diesem Wege schaffen können, qualifizierte Zuwanderer aus dem Ausland in unsere Gesellschaft, auf unseren Arbeitsmarkt zu holen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU erteile ich der Frau Kollegin Astrid Damerow das Wort.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Vormittag schon das Thema Chancen für Fachkräfte diskutiert. Wir sind uns alle einig darüber, dass wir in Zukunft **Zuwanderung** brauchen, um Fachkräfte gewinnen zu können, um den **Fachkräftemangel**, der in Zukunft kommt, auffangen zu können. Das alles wissen wir. Wir unternehmen eine ganze Menge. Die Verabschiedung des Anerkennungsgesetzes heute Vormittag war ein weiterer Schritt in diese Richtung. Selbstverständlich sind uns auch diese Zuwanderer herzlich will-



(Astrid Damerow)

kommen, und bei der Weiterentwicklung unserer Willkommenskultur können wir noch eine ganze Menge tun.

Ebenso willkommen sind uns aber auch all die Menschen, die bei uns **Schutz** suchen. Die Menschen, die bei uns vor Vertreibung und Krieg um **Asyl** bitten, sind uns alle - ich betone: alle - willkommen, und sie alle haben ein Anrecht auf ein faires und gleichberechtigtes Anerkennungsverfahren.

(Beifall)

Den Vorschlag der FDP, während des laufenden Asylverfahrens auch andere **Aufenthaltstitel** erwerben zu können oder sich darum bewerben zu können, sehen wir deshalb kritisch. Zum einen sind wir der Ansicht, dass die dann notwendigen, parallel laufenden Verfahren einen ungeheuren Verwaltungsaufwand nach sich ziehen werden. Zum anderen - dieser Punkt ist für mich ganz wichtig - habe ich große Probleme damit, dass wir hier möglicherweise zwei Arten von Asylbewerbern schaffen, nämlich die hochqualifizierten und die Asylbewerber, die nicht ganz so qualifiziert sind und deshalb in ein längeres und vielleicht auch ungewisseres Verfahren gehen. Ich halte das für sehr problematisch und schwierig.

(Vereinzelter Beifall CDU und PIRATEN)

Im Bereich der Asylbewerberverfahren haben wir eine Menge anderer Aufgaben. Wir haben nach wie vor sehr lange Bearbeitungszeiten bei den Verfahren. Diese zu verkürzen, ist eine der Herausforderungen, vor denen wir stehen. Ebenso ist es notwendig, dass wir diesen Menschen einen schnelleren **Zugang zum Arbeitsmarkt** ermöglichen.

Beide Themenbereiche hat die Große Koalition in ihren Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Im Moment laufen in der Bundesregierung die Vorbereitungen für einen Entwurf, um den Zugang zum Arbeitsmarkt auf drei Monate zu verkürzen. Das soll noch vor der Sommerpause durch den Bundestag laufen. Hier sind wir gespannt. Ebenso hat sich die neue Bundesregierung dazu verpflichtet, die **Bearbeitungszeiten in den Asylverfahren** entscheidend zu verkürzen. Angepeilt sind auch hier drei Monate.

Ich glaube, dass wir mit diesen Instrumenten den Betroffenen - ich betone noch einmal: allen Betroffenen - wesentlich mehr helfen können, als wenn wir jetzt anfangen, unterschiedliche Arten von Asylbewerbern zu schaffen.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Meine Damen und Herren, im Übrigen bin ich überzeugt davon, dass sich die hochqualifizierten Menschen, die zu uns kommen, ihrer Möglichkeiten, die sie im Zuwanderungsrecht haben, meistens durchaus bewusst sind und die auch nutzen. Infolgedessen glaube ich, dass wir, selbst wenn wir das machen würden, keinen wirklich messbaren Effekt erzielen würden.

Was den zweiten Teil Ihres Antrags anbelangt, sind auch wir selbstverständlich dafür, dass man die Möglichkeiten, die wir haben, entsprechend bekannt macht und bewirbt. Da kann es nie ein Zuviel geben. Allerdings weise ich darauf hin, dass das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesarbeitsministerium sowie die Bundesagentur bereits eine **Internetseite** haben - [make-it-in-germany.com](http://make-it-in-germany.com) -, die alle wichtigen Informationen in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung stellt. Auch im Ausland werden Menschen, die ein Interesse daran haben, bei uns zu arbeiten oder hier ihre Ausbildung zu machen, über unsere Botschaften über unsere Kammern informiert. Sollten Sie weitere konkrete Vorschläge zu diesem Thema haben, sind wir selbstverständlich gern bereit, sie zu diskutieren.

Sie sehen, dass wir recht große Bauchschmerzen mit Ihrem Antrag haben. Möglicherweise haben wir Sie auch missverstanden. Um den Antrag nicht ganz harsch abzulehnen, plädiert meine Fraktion dafür, dass wir uns das Thema im Ausschuss genauer anschauen. Vielleicht kann da auch das Ministerium das eine oder andere im Gespräch beitragen. Deshalb beantrage ich für meine Fraktion, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Neben der Sprache ist und bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt eine der wichtigsten integrationspolitischen Maßnahmen. Das ist uns allen bewusst. Der demografische Wandel ist zurzeit der beste Anwalt der Flüchtlinge, nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in Deutschland. Denn erst der demografische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel machen diese Diskussion im Land endlich möglich.

(Serpil Midyatli)

Daher ist alles gut, was den **Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge** erleichtert. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, eigentlich haben wir bereits im September vergangenen Jahres hier einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, der genau das zum Inhalt hat, was die Kollegin Damerow gerade ausgeführt hat. Es geht um den erleichterten **Zugang für Flüchtlinge**, die bereits im **Asylverfahren** sind. Verehrter Kollege Klug, dieser Gesetzentwurf ist auf Bundesebene in Arbeit, sogar schon in der Feinabstimmung. Daher muss ich Ihnen leider mitteilen: gut gemeint, aber es läuft schon.

Auch die von Ihnen jetzt geforderte erleichterte **Zugangsmöglichkeit von hochqualifizierten Flüchtlingen** aus dem Asylverfahren zur Blue Card ist nach Auskunft des Innenministeriums bereits möglich.

Wenn ich die bereits erfüllten Forderungen von Ihrem Antrag abziehe - den Zugang zur Blue Card und den vereinfachten Zugang -, bleibt von der Substanz nicht mehr sehr viel übrig. Zwar regen Sie auch noch an, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen soll, dass die Regelungen des Aufenthaltsgesetzes zur Arbeitsplatzsuche für qualifizierte Fachkräfte an ausländischen Hochschulen besser bekannt werden. Aber bedarf es zur Optimierung der **Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung** wirklich eines Landtagsbeschlusses, und ist dieser auch nötig? Diese Frage hat sich offenbar auch meine Kollegin Astrid Damerow gestellt.

Alle, die ihre Laptops und Tablets vor sich liegen haben, bitte ich, einmal „Working in Germany“ einzugeben. Dann werden Sie feststellen, dass da diverse Links auftauchen, wo relativ einfach in fünf Schritten gezeigt wird, wie Sie sich aus dem Ausland um einen Arbeitsplatz hier bemühen können. Wie gesagt - Kollegin Damerow sagte das schon -: Bundesinnenministerium, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesagentur für Arbeit haben dies bereits alles in die Wege geleitet.

Was soll denn konkret der Inhalt des Antrags sein? Dass wir die Bundesregierung auffordern sollen, auch noch Plakate in der Uni-Mensa in Singapur aufzuhängen? Auch das wäre vielleicht eine Maßnahme, die hilft. - Das geht zu weit, sagt Kollege Martin Habersaat.

Meine Damen und Herren von der FDP, wir helfen ja gern, wo wir können, und versuchen immer wieder, Ihre Anträge durch Änderungsanträge auf-

zupäppeln, damit wir die Anträge zumindest in den Ausschuss überweisen können. Sehen Sie es mir aber bitte nach, dass uns dieser Antrag inhaltlich wirklich nichts bietet, um zumindest noch einmal zu gucken, ob wir einen Aspekt finden, der vielleicht neu oder in irgendeiner Form zu erörtern wäre. Wenn es nach meiner Fraktion geht, würden wir den Antrag heute hier in der Sache ablehnen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das ist wieder euer Dialog!)

Denn ich finde, dass weder der eine Punkt noch der andere Punkt - - Wenn Sie genau zugehört hätten, geht es hier weder um kühles politisches Machtkalkül noch um Arroganz der Macht. Ich habe Ihnen gerade aufgezeigt, dass die zwei Punkte, die Sie fordern, schon gemacht werden.

Da möchte ich gern von Ihnen wissen, welche anderen Argumente infrage kommen, um den Antrag noch einmal in den Ausschuss zu schieben. Aber ich bin immer sehr zu Kompromissen bereit, insbesondere bei der Beratung von Flüchtlingsthemen. Es ist wirklich heute eine Premiere, dass CDU, SPD und - so nehme ich einmal an - Grüne und SSW sowie die PIRATEN auf der einen Seite stehen und leider diesmal die FDP ein wenig isoliert ist. Aber wie Sie wissen, bin ich immer wieder gern bereit und helfe auch aus, wenn es darum geht, inhaltlich vielleicht einmal etwas Neues zu wagen. Ich wäre bereit, mit Ihnen über den nachrangigen Arbeitsmarkt zu diskutieren.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD])

Denn Fakt ist immer noch, dass, wenn ein Flüchtling eine Arbeit findet - hören Sie genau zu -, zuerst ein Deutscher gefragt wird, dann ein EU-Bürger, dann ein Ausländer mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus und erst dann, wenn diese drei Gruppen den Job ablehnen, dieser Flüchtling diese Arbeit annehmen darf. Das ist eine Diskriminierung, wie ich finde. In Zeiten des Fachkräftemangels müssten wir mittlerweile so weit sein zu sagen, dass wir diese Beschränkung aufheben können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie also Lust haben, wäre das zum Beispiel ein Bereich, in dem wir auch bundesweit eine Vorreiterrolle übernehmen könnten.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Es ist wirklich Zeit, dass wir die Flüchtlingspolitik an den Problemen und den Realitäten, die hier bestehen, ausrichten und wir nicht immer nur schauen, wann uns ein Flüchtling helfen kann und wann er uns nützlich ist. Wir müssen wirklich gucken, was die Probleme sind, die den Zugang erschweren, und hier gute und **humanitäre Flüchtlingspolitik** machen, und dürfen nicht immer nur gucken, wenn uns ein paar Leute fehlen, ob unter den Flüchtlingen mögliche Kandidaten sind. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Eka von Kalben das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zugegeben: Wir müssen etwas gegen den **Fachkräftemangel** tun, und wir können die **Integrationspolitik für Flüchtlinge** ebenfalls noch verbessern. Aber, liebe FDP, Ihre Vorschläge helfen unseres Erachtens nicht weiter. Ziemlich wahllos kippen Sie zwei dünne Wässerchen zusammen, rühren um und nennen das dann ganz modern: Fachkräfte willkommen heißen. Ihr Antrag kann sich unseres Erachtens irgendwie nicht entscheiden. Für einen Antrag zum Thema Fachkräfte hätte es ein paar mehr Ideen und etwas mehr Substanz bedurft. Frau Midyatli hat das eben ausgeführt. Sie wollen, dass ein bisschen Werbung bei Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen gemacht wird, und Sie wollen die Möglichkeit schaffen, sich für eine Blue Card zu bewerben. Da kann ich nur sagen: Das ist nichts Neues, das gibt es schon, und ein substanzieller Ansatz zur Bekämpfung von Fachkräftemangel ist das nicht.

Doch unabhängig davon richtet sich Ihr Antrag einseitig auf die **Werbung um Hochqualifizierte**. Diese enge Fokussierung halten wir für falsch. Es kann nicht sein, anderen Ländern die Ausbildung zu überlassen, um die ausgebildeten Menschen dann in unser Land zu locken.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das!)

Das ist europäisch und global zutiefst unsolidarisch: Sollen doch die anderen Länder die Qualifikation übernehmen, wir übernehmen die Eliten gern. - Insbesondere ist so ein Ansatz aber in der Flüchtlingspolitik für uns inakzeptabel. Wir Grüne lehnen eine selektive Flüchtlingspolitik ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Klug?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:** Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass auf dem deutschen Arbeitsmarkt derzeit rund eine halbe Million Menschen aus südeuropäischen Ländern der EU tätig sind und etwa 450.000 Menschen aus osteuropäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union? Halten Sie das in den Auswirkungen für genauso negativ für die Heimatländer dieser Mitbürger, die oft seit langer Zeit bei uns in Deutschland leben? Würden Sie das genauso negativ bewerten, wie Sie das eben für Ausländer aus Nicht-EU-Ländern getan haben?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich halte es überhaupt nicht für negativ, unabhängig davon, ob jemand aus einem EU- oder Nicht-EU-Land kommt, wenn er hier Arbeit findet und hier arbeitet. Natürlich bin ich für unser Land auch froh um jede Ärztin und jeden Arzt, also jeden hochqualifizierten Menschen, den wir bekommen. Wir halten es nur für falsch, dass, wenn wir Fachkräftekonzepte fordern oder wenn wir eine intensivere Werbung für Fachkräfte wollen, wir uns dann nur oder in erster Linie an Hochqualifizierte richten, weil wir wissen, dass zum Beispiel Rumänien mittlerweile auch große Probleme hat, selbst Arztstellen zu besetzen, und weil in vielen Ländern Fachkräftemangel herrscht. Wir halten es für falsch, dass wir als das reichere, besser ausgestattete Land Fachkräfteeinheiten aus anderen Ländern abziehen.

**(Eka von Kalben)**

Meine Damen und Herren, Sie wollen gut ausgebildeten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern bessere Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt einräumen. Wir sagen: Nicht nur die gut ausgebildeten, sondern **alle Asylsuchenden** müssen das Recht bekommen, von Anfang an am **Arbeitsleben** teilzunehmen zu können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Serpil Midyatli [SPD] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Sie können sich nicht nur die Rosinen herauspicken und nur die gut ausgebildeten Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren. Das ist vielleicht liberale, aber keine humane Flüchtlingspolitik. Vor allem ist es keine grüne Flüchtlingspolitik. Sie bringen damit aus unserer Sicht einen falschen Ton in die Flüchtlingsdebatte. Eine humanitäre Flüchtlingspolitik, die Integration von Anfang an mitdenkt, verpflichtet uns dazu, allen Asylsuchenden ihr Recht auf Arbeit zu verschaffen. Es geht nicht darum, brachliegendes Humankapital zu nutzen, um in erster Linie volkswirtschaftlichen Interessen zu dienen.

Natürlich schadet es nicht, wenn sowohl der Arbeitsmarkt als auch der einzelne Mensch von einer Arbeitsstelle profitieren, aber Flüchtlingspolitik hat sich nicht an wirtschaftlichen Bedarfen zu orientieren. Flüchtlinge haben einen Anspruch auf Integration. Dazu gehört auch ein selbstbestimmtes Leben.

(Beifall Lars Winter [SPD], Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was mich wundert, ist, dass Sie offensichtlich auch vergessen haben, dass wir im letzten September - das ist noch nicht so lang her - genau jenes gemeinsam beschlossen haben. Da hat nämlich der Landtag mit Ihren Stimmen beschlossen:

„Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für einen Zugang von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Geduldeten zum Arbeitsmarkt von Anfang an einzusetzen.“

Und das fand ich auch sehr gut so. Das meint aber alle Asylsuchenden und nicht nur die gut ausgebildeten.

Das meint zum Beispiel auch die armenische Familie Hakopjan aus Nahe, die durch die Entscheidung der Härtefallkommission jetzt die Chance hat, in Deutschland zu bleiben, wo die Eltern zum Beispiel nicht besonders gut ausgebildet sind, aber deren Kinder - so sagte zumindest ihre Lehrerin, als wir sie besucht haben - sehr gute Chancen auf einen gu-

ten Schulabschluss und eine gute Hochschulausbildung haben. Das ist auch eine Chance, und das ist Flüchtlingspolitik, wie wir sie uns vorstellen.

Die Öffnung des Arbeitsmarktes ist überfällig. Die IHK und die Wirtschaftsverbände drängen lange darauf und tun auch viel in dem Bereich. Auch die Bundesagentur für Arbeit führt ein Modellprojekt in Kooperation mit dem BMBF durch, das Potenziale abfragt und Möglichkeiten zur Integration fördert. - Ich muss etwas überspringen.

Für eine **echte Integrationspolitik** brauchen wir hier das **Willkommen**. Dafür haben wir mehr Geld in Sprachkurse gesteckt, mehr Geld für Sprachklassen bereitgestellt und jetzt auch eine schnelle Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen auf den Weg gebracht. Das sind die Punkte für eine echte Integrationspolitik. Das ist moderne Flüchtlingspolitik.

Ihren Antrag lehnen wir ab und werden gleich darüber diskutieren, ob wir ihn überweisen. - Danke sehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Absolventen der Förde-Volkshochschule aus Kiel und Gäste von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Kreis Pinneberg. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Qualität des FDP-Antrages haben sich meine Vorrednerinnen Damerow, Midyatli und von Kalben ausführlich geäußert. Im Prinzip bin ich dergleichen Auffassung. Vieles ist unterwegs, vieles wird schon gut gemacht. Das muss nicht noch einmal gemacht werden. Trotzdem kann man über das Thema trefflich reden, und die Präzision, die ich in dem Antrag vermisse, kann ich ein bisschen nachliefern.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat sich im Mai letzten Jahres kluge Gedanken gemacht, wie man das **Migrationserwerbsproblem** besser angehen kann. Sie hat einen umfangreichen



(Wolfgang Dudda)

**Maßnahmenkatalog** von 24 Punkten vorgestellt, von denen ich einmal vier herausgreife.

Dazu gehört zum Beispiel, die Vorabzustimmung für das Einreisevisum und die Aufenthaltserlaubnis nach § 31 Abs. 3 der Aufenthaltsverordnung flächendeckend einzuführen.

Ein wichtiger Punkt ist, die Zuständigkeit der Ausländerbehörde zu vereinfachen und im Fall von Erwerbsmigration den Sitz des Arbeitgebers dort als Ersatz für das Wohnortprinzip einzurichten. Die Kompetenz der Mitarbeiter in den Ausländerbehörden ist deutlich hin zu Welcome-Centern zu steigern.

Jetzt komme ich zu dem Punkt Blue Card. Die für die Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse zuständige Datenbank anabin der Zentralstelle zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse ist dadurch zu verbessern, dass diese Datenbank vollständig ist und Antworten auf Abfragen nicht bis zu vier Monaten dauern. Denn das macht die Blue Card im Fall eines nicht gelisteten Hochschulabschlusses unattraktiv, und man weicht in andere Aufenthaltstitel aus - was keiner haben will.

Auch die anderen 20 Vorschläge bedienen im Grunde genommen dasselbe Prinzip. Es muss ein **Mentalitätswechsel** bei den **Behörden** und in der **Verwaltung**, die für Erwerbsmigration zuständig sind, stattfinden. Genau dieser Mentalitätswechsel ist auch noch an anderer Stelle gefragt, wenn wir dem Fachkräftemangel durch Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund begegnen wollen. Auch mit Blick auf den demografischen Wandel muss es uns gelingen, Potenziale für den Arbeitsmarkt möglichst optimal zu erschließen. Denn der Fachkräftemangel trifft uns ja nicht nur im akademischen Bereich.

Ich möchte gern auf die Engpassanalyse aus dem Februar 2014 hinweisen. Hier bei uns im Land fehlen in den Bereichen Mechatronik, Automatisierungstechnik, Körper-, Kranken- und Altenpflege, Heizung, Sanitär und Metallbearbeitung sehr viele Arbeitskräfte. Dort sind unglaublich viele Stellen vakant.

Auch die Arbeiterwohlfahrt hat sich tolle Gedanken gemacht, wie man das attraktiver gestalten kann, indem man zum Beispiel schon in den **Herkunftsländern** beginnt, die sprachliche und kulturelle **Vorbereitung auf das Hiersein** anzuregen, um damit auf einen dauerhaften Aufenthalt hier bei uns hinzuwirken.

Genauso wichtig ist ein anderer Punkt, den ich bei Ihnen von der FDP nicht erwartet habe. Das ist der Punkt: **gleiche Arbeit - gleicher Lohn**. Dieser muss auch gesetzlich definiert werden, damit wir nicht einen Zweiklassenmarkt wie in den 60er-Jahren bekommen.

Letztlich müssen wir uns auch um die **Familien der künftigen Fachkräfte** kümmern, ihr Zuzug muss unkompliziert und schnell regelbar sein. Nur dann eröffnet sich eine tatsächliche Perspektive für einen dauerhaften Verbleib bei uns.

Den meiner Meinung nach wichtigsten Punkt bedient der FDP-Antrag überhaupt nicht, und der betrifft die **Fachkräfte unterhalb der akademischen Qualifikation**. Wenn wir an dieser Stelle die gleiche Willkommenskultur für die bereits hier lebenden Asylbewerber schaffen würden, wie sie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände für die hochqualifizierten Menschen fordert, dann könnten wir eine sehr gute Fortbildungs- und Ausbildungskultur etablieren. Damit lösen wir dann übrigens gleich mehrere soziale Probleme auf einmal hier bei uns vor Ort. Den Luxus der Rosinenpickerei - das wurde ja schon mehrmals angesprochen -, können wir uns nicht leisten, dafür ist das Problem zu nah und auch viel zu groß.

Wir müssen äußerst sensibel damit umgehen - die Kollegin von Kalben sagte es ja schon -, damit wir Süd- und Osteuropa nicht möglicherweise die akademische Zukunft stehlen, indem wir uns dort einfach nur bedienen. Das dürfen wir nicht tun, da müssen wir sehr sensibel sein und genau hinschauen, was wir da tun. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass wir in Schleswig-Holstein **Fachkräfte** willkommen heißen wollen und dies auch tun, darüber besteht Einigkeit. Dass dies gleichermaßen auch für **Migranten und Flüchtlinge** gilt, leuchtet unserer Meinung nach ein. Jedoch sollte an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht werden, dass man diese Gruppen nicht immer gleichsetzen kann. Denn für uns als SSW sollte auch selbstverständlich sein, dass wir alle Menschen in unserem Land willkommen heißen - unabhängig vom beruflichen oder Ausbildungsstatus. Denn nicht jeder Asylbewerber

(Lars Harms)

oder Migrant ist eine sogenannte Fachkraft. Er kann vielleicht auch nicht umgehend einen Status als Fachkraft erlangen, und trotzdem verdient er Berücksichtigung und Anerkennung.

Der vorliegende Antrag spricht von Fachkräftemangel, Blue Card und Hochschulabsolventen aus Drittstaaten. Wovon er nicht spricht, ist, dass alle Flüchtlinge, Asylbewerber oder auch weniger qualifizierte ausländische Menschen von Anfang an eine **Chance auf dem Arbeitsmarkt** bekommen sollen.

Der Antrag nimmt einige Vorschläge aus Nürnberg auf. So hat der dortige Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eine Eingangsprüfung noch vor dem eigentlichen Asylverfahren angeregt. So könnten in seinen Augen Fachkräfte herausgesucht werden, die sich dann ein wahrscheinlich erfolgloses Asylverfahren ersparen könnten. Rosinenpickerei könnte man dazu sagen. Wir vom SSW wollen weder gut ausgebildete Asylbewerber auf dem Arbeitsmarkt bevorzugen, noch wollen wir darüber urteilen, was eine „gute“ und eine „weniger gute“ Ausbildung ist.

Das Verfahren wirkt beinahe so, als ob ein Asylbewerber mit einer guten Qualifizierung aus wirtschaftlichen Gründen plötzlich mehr Wert ist als ein Bewerber, der in seinem Lebenslauf weniger gute Punkte vorzuweisen hat. Die Vorschläge des Präsidenten Schmidt sind aus unserer Sicht gut gemeint, aber eben auch mit Vorsicht zu genießen; schließlich dürfen wir nie vergessen, worum es hier eigentlich geht, nämlich um Menschen. Es geht um Menschen, die ihre Heimat verlassen haben, um sich bei uns eine stabilere Zukunft aufbauen zu können. Dazu gehört unserer Meinung nach auch das Arbeiten.

Ein **Arbeitsplatz** ist mehr als nur der Verdienst des täglichen Brotes, er kann zu einem sozialen Netzwerk werden und fördert die Akzeptanz und Integration mit Blick auf die Verbindung zwischen Neuankömmlingen und Einheimischen. Vor allem trägt ein Arbeitsplatz aber auch dazu bei, soziale Kosten zu verringern. Diesen Ansatz dürfen wir nicht vernachlässigen, denn die Erfahrung zeigt, dass die meisten Asylbewerber bei uns bleiben. Dann sollten wir für sie auch die Möglichkeit schaffen, dass sie auf eigenen Füßen stehen können. Für uns als SSW geht es darum, dass jeder, der hierher kommt, die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme bekommt und das unabhängig von Ersparnissen, Herkunftsland oder Ausbildungsabschluss. Jeder Tag zwischen Warteschleife und Verschiebebahnhof ist ein verlorener Tag.

An dieser Stelle müssen **Arbeitsvermittlung und Sprachkurse** greifen. In diesen Fällen müsste es primär um eine Arbeitsvermittlung im Allgemeinen gehen und nicht um eine PC-Kursvermittlung. Des Weiteren ist wichtig, dass umgehend Sprachkurse angeboten werden. Dafür haben wir haushaltstechnisch im letzten Jahr für dieses Jahr auch schon Gelder zur Verfügung gestellt. Diese Sprachkurse sollten nicht nur unsere Sprache vermitteln, sondern auch die hiesige Kultur veranschaulichen. Wir müssen dazu beitragen, dass diese Menschen zu einer Perspektive in unserem Land gelangen können. Das setzt voraus, dass alle die Chance auf Arbeit so früh wie möglich bekommen und dass wir ihnen die Möglichkeit geben, die deutsche Sprache zu lernen und sich die hiesige Kultur so schnell wie möglich anzueignen.

Nur wenn wir ehrlich sind und anerkennen, dass die meisten Asylbewerber bei uns bleiben, werden wir eine vernünftige Integrationspolitik hinbekommen. Wir als SSW machen da keinen Unterschied zwischen gut qualifizierten und weniger gut qualifizierten Asylbewerbern. Uns geht es ausschließlich um Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Es liegen keine Meldungen zu Dreiminutenbeiträgen vor. - Dann hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, das Wort.

(Zurufe)

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verwirrung war einen Moment vorhanden, denn ich stehe hier in Vertretung des Innenministers, der leider verhindert ist.

Der Antrag der FDP-Fraktion greift in seinem ersten Teil - darüber wurde schon gesprochen - eine Anregung des Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge auf, die auch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene erneut in den Blick genommen wurde, den sogenannten **Spurwechsel im Asylverfahren**.

So ein Wechsel von einem Aufenthalt zur Durchführung eines Asylverfahrens in einen Aufenthalt zu einem anderen Zweck, zum Beispiel zur Ausbildung, zur Erwerbstätigkeit oder zum Studium, ist

**(Minister Reinhard Meyer)**

nach geltender Rechtslage grundsätzlich ausgeschlossen. Er kommt nur in Fällen eines gesetzlichen Anspruchs auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder mit Zustimmung der obersten Landesbehörde infrage, wenn wichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland es erfordern. Klammer auf: Ob das dann immer so gerecht ist, wenn dies beispielsweise für Spitzensportler geschieht, mag dahingestellt sein.

Die Idee ist, dass Schutzsuchende ein rechtmäßiges Aufenthaltsrecht zur Prüfung ihres Schutzantrages von Gesetz wegen haben, während Menschen, die zu anderen Zwecken nach Deutschland kommen wollen, ein Visumverfahren durchlaufen müssen. Im Visumverfahren wird vor der Einreise festgestellt, ob die Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels bestehen.

Wenn die FDP nun die Erteilung einer Blue Card als Beispiel für einen solchen Spurwechsel hinein in einen **Aufenthalt zur hochqualifizierten Beschäftigung** nennt, so ist festzustellen: So ein Wechsel ist schon jetzt möglich, denn auf die Erteilung einer Blue Card besteht ein gesetzlicher Anspruch, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. In Schleswig-Holstein ist das nach hiesiger Kenntnis allerdings bisher noch nicht vorgekommen.

Zum Unterschied zwischen Hochqualifizierten und dem, was wir im Land darüber hinaus an beruflich Qualifizierten brauchen, habe ich heute Morgen an anderer Stelle schon Stellung genommen.

Meine Damen und Herren, die Idee des Spurwechsels ist bislang in Berlin auf der Bundesebene gescheitert, auch Untersuchungen des Bundesamtes zu Qualifikationsprofilen von Asylsuchenden haben daran nichts geändert. Wir als Landesregierung sagen ganz offen, dass wir daher keine Erfolgsaussichten eines möglichen Einsatzes auf der Berliner Ebene für entsprechende Überlegungen sehen.

Ganz anders verhält es sich dagegen bei der Verkürzung der Frist des **Arbeitsverbotes für Asylsuchende**. Mit Beschluss vom 25. September 2013 hatten Sie, meine Damen und Herren, die Landesregierung unter anderem aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, den Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende von Anfang an zu öffnen. Hier sind wir inzwischen ein erhebliches Stück vorgekommen. Gilt aktuell für Asylsuchende und Geduldete noch eine Wartezeit von neun Monaten für den Zugang zum Arbeitsmarkt, so ist es mit dem Berliner Koalitionsvertrag gelungen, eine Frist von nur noch drei Monaten zu vereinbaren. Es wurde schon gesagt: Der entsprechende Referentenent-

wurf aus dem Bundesinnenministerium liegt vor, und wir sind zuversichtlich, dass diese wichtigen Neuerungen kurzfristig geltendes Recht werden.

Meine Damen und Herren, die FDP will die Landesregierung im zweiten Teil ihres Antrags auffordern, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Regelung des § 18 c des Aufenthaltsgesetzes unter **Hochschulabsolventen aus Drittstaaten** bekannter zu machen. Die entsprechenden Hinweise für das Internet wurden bereits gegeben: Make-it-in-Germany.com. Der entsprechende Hinweis ist mehrfach gefallen. Das Bundesministerium für Wirtschaft, das Bundesministerium für Arbeit und die Bundesagentur für Arbeit halten hier ein umfassendes Informationsangebot für Menschen vor, die eine berufliche Zukunft bei uns anstreben.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Bundesregierung setzt das Ansinnen schon um. Wir sollten nicht einzelne Punkte herausgreifen, um das umfassende Thema zu bearbeiten, wie wir im Zuge einer Willkommenskultur mehr ausländische Menschen nach Deutschland bekommen, die insbesondere auf dem Arbeitsmarkt aktiv werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1732 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12 und 31 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Keine Änderung des Konjunkturbereinigungsverfahrens bei der Festlegung des Trendsteuerpfades**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1713

**b) Geeignete Methodik zur Ermittlung des Trendsteuerpfades einführen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/1762

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag zu b) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich Frau Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat am Dienstag die **Eckwerte** für die **Finanzplanung** 2015 bis 2024 vorgestellt: Haushaltskonsolidierung und -modernisierung sowie Gestaltungsanspruch; wir zeigen, dass Gestaltung und Einhaltung unserer Schuldenbremse kein Widerspruch sein müssen. Daher liegt Ihnen eine sehr gute Finanzplanung vor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Grundlage für die Eckwerte unserer Finanzplanung des Landes ist ein **Trendsteuerverfahren**, das zwischen strukturellen und konjunkturellen Einnahmen unterscheidet. Das Trendsteuerverfahren schafft Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Es stellt vor allem sicher, dass konjunkturell bedingte Mehreinnahmen nicht ausgegeben werden, sondern zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden. Dass dieses Verfahren funktioniert, hat der hervorragende **Haushaltsabschluss 2013** gezeigt.

(Tobias Koch [CDU]: Dann war es ja noch unsere Arbeit!)

- Bitte? - 2013?

(Weitere Zurufe CDU)

- Herr Koch, den Haushaltsabschluss 2013 haben Sie nicht gemacht. Ich komme aber noch dazu, was bei der Trendsteuer methode von Ihnen und von uns kommt, keine Sorge.

Vorsichtige Haushaltsplanung, Ausgabendisziplin und eine kräftige Portion Glück waren die Merkmale unseres Haushaltsabschlusses. Damit auch die kommenden Haushaltsabschlüsse wieder erfreulich ausfallen, müssen wir die Trendsteuereinnahmen so zielgenau wie möglich bestimmen. Ein **rechtlich verbindliches Verfahren** gibt es dazu bislang nicht. Der Landtag hat 2012 mit den Stimmen von CDU und FDP der Landesregierung den Auftrag erteilt, das Verfahren zur Ermittlung der Trendsteuer

ab 2013 per **Rechtsverordnung** festzulegen. Für die Jahre 2011 und 2012 stand im Gesetz eine Zahl. Herr Koch, Sie werden sich daran erinnern: Es hat damals eine Debatte darüber gegeben, dass der Rechnungshof eine gesetzliche Regelung des Trends wollte. Die damalige Mehrheit von CDU und FDP wollte dies nicht, sondern hat der Landesregierung diese Aufgabe mitgegeben, und zwar als Rechtsverordnung, also als eine Aufgabe der Regierung. Nun stehen wir da und wollen das auch gern umsetzen.

Mit der Trendbestimmung wird der mögliche **Ausgabenrahmen** für die nächsten Haushaltsjahre festgelegt. Plant ein Land dauerhaft mit zu niedrigen Trendsteuern, wird der Gestaltungsspielraum des Parlaments über Gebühr eingeschränkt. Plant ein Land dauerhaft mit zu hohen Trendsteuern, gerät es schnell wieder in die Schuldenspirale. Deshalb ist gesetzlich geregelt, dass sich konjunkturell bedingte Mehr- und Mindereinnahmen mittelfristig per Saldo ausgleichen sollen. Das steht im Gesetz. Machen wir uns nichts vor: Die Bestimmung der Trendsteuer ist ein hochpolitischer Akt, auch wenn die Festlegung des Trends nur eine Ausgabenverpflichtung ist.

Um das anstehende Verfahren methodisch auf eine gesicherte Basis zu stellen, haben wir zwei unabhängige **Gutachten** eingeholt. Das Ergebnis haben wir gemeinsam mit den Gutachtern, den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen und mit dem Landesrechnungshof sehr transparent beraten. Die Gutachter empfehlen uns ganz klar eine **Umstellung der bisherigen Methode**, und zwar mit guten Argumenten. Sie sagen: Statt nur Vergangenheit zu analysieren, soll künftig die Zukunft - also die Steuerschätzungen - mit einbezogen werden. Das würde zu erheblichen Veränderungen führen. Die **Konjunkturkomponente**, die nach der bisherigen Methode aufgrund der Steuerschätzung bis 2018 auf 500 Millionen € anwachsen könnte, würde mit der neuen Methode auf 250 Millionen € reduziert, und der Ausgabenspielraum würde dementsprechend steigen.

(Tobias Koch [CDU]: Da geht es Ihnen ja gut!)

- Ja. Schön, dass Sie mir recht geben. Das ist kein Geheimnis. Das ist nichts, was Sie explizit durchschaut haben. Herr Koch, das ist etwas, was wir miteinander diskutiert haben. Ich freue mich aber, wenn Sie gedanklich noch bei mir sind.



**(Ministerin Monika Heinold)**

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Frage ist, was für Schlussfolgerungen Sie ziehen!)

- Genau, die Schlussfolgerungen sind das Spannende. Allerdings, und auch das wurde im Gespräch deutlich, birgt das neue Verfahren auch Unwägbarkeiten, da der Zeitraum der Auswertung unserer **Schuldenbremse** noch sehr kurz und damit nicht zwingend belastbar ist. Darauf hatte auch der Rechnungshof deutlich hingewiesen. Die Schuldenbremse ist ein hohes Gut. Deshalb ist es wichtig, dass wir sehr vorsichtig damit umgehen. Wir haben uns deshalb dazu entschieden, zunächst die Belastbarkeit des von den Gutachtern empfohlenen Verfahrens in einer Art Trockenübung zu testen:

2015 bis 2017 lassen wir deshalb die **neue Methode** nur **probehalber** in unserer Finanzplanung mitlaufen. Erst für 2018 ist die neue Methode Grundlage unserer Finanzplanung. Mit diesem Schritt ist das neue Verfahren aber noch nicht verbindlich beschlossen. Davor steht eine **Evaluierung** im Herbst 2017. Erst danach, also in der neuen Legislaturperiode, kann eine neue Landesregierung entscheiden, welche Methode sie wählt und rechtsverbindlich festschreibt. Der Unterschied zu jetzt ist, dass es dann dafür eine sehr gute Grundlage gibt.

Wir empfehlen dem Landtag demzufolge, mit der Verabschiedung des Haushalts 2015 das Datum für die zu erstellende Rechtsverordnung im Gesetz von 2013 auf 2018 zu verschieben. Ferner empfehlen wir, die Höhe der Trendsteuereinnahmen für die Jahre 2015 bis 2017 gesetzlich festzuschreiben; so, wie es der damalige Landtag auch für die Jahre 2011 und 2012 gemacht hatte.

Bisher geht die mittelfristige Finanzplanung von 2,6 % Trendaufwuchs und einer einmaligen Nachsteuerung aus. Sie haben in dem Bericht des Rechnungshofs lesen können, dass diese einmaligen Nachsteuerungseffekte in der Vergangenheit wie auch in der Zukunft anders verlaufen als der theoretische Trend, und zwar deutlich anders.

Wir empfehlen dem Landtag, die Trendsteuern 2015 bis 2017 darauf auszurichten, allerdings mit einer leichten Anpassung des Trendaufwuchses auf 2,87 %. Das entspricht dem Durchschnittswert der Jahre 1988 bis 2013. Diese Anpassung würde den Ausgaberaumen im nächsten Jahr um circa 20 Millionen € erhöhen.

Die Landesregierung schlägt dem Parlament außerdem vor, einen Webfehler im Ausführungsgesetz zu bereinigen, um den Landshaushalt besser planbar zu machen. Meine Damen und Herren, derzeit muss das Land **konjunkturbedingte Mehreinnahmen**

in voller Höhe zur Senkung der Nettoneuverschuldung einsetzen, zusätzlich aber auch noch 17,74 % genau dieser Einnahmen an die Kommunen weiterleiten. Das führt zu dem paradoxen Ergebnis, dass eine gute Konjunktur das Ausgabenbudget des Landes sogar verkleinert.

Meine Damen und Herren, das kann nicht richtig sein. Deshalb wollen wir diesen Effekt korrigieren. Wir schlagen vor, dass künftig der **kommunale Anteil** von der Konjunkturkomponente abgezogen und der danach beim Land verbleibende Anteil wie bisher eins zu eins für die Schuldenreduzierung eingesetzt wird.

Meine Damen und Herren, mit den Eckwerten 2015 und mit der Bestimmung der Konjunkturkomponente setzt diese Landesregierung erneut das klare Signal, dass Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen gleichermaßen hohe Priorität haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ja, es ist richtig: Wir bauen Personal in der Verwaltung ab. Wir schließen Finanzämter. Wir schließen den Hafen Friedrichskoog. Wir können nicht alle Lehrerstellen halten, auch wenn wir dies gern tun würden. Wir können nicht jede Baumaßnahme sofort umsetzen - die Investitionsquote sinkt -, und nicht jeder in einem Verein tätige Ehrenamtliche kann so gefördert werden, wie er es verdient hätte. - Haushaltskonsolidierung findet nicht nur auf dem Papier statt.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Wer hier ein härteres Trendverfahren einfordert, der sollte dies auch in seinen Haushaltsanträgen zum Ausdruck bringen. Haushaltskonsolidierung findet also nicht nur auf dem Papier statt, sondern sie ist in der Realität mit all ihren Schwierigkeiten spürbar. Ich wünsche mir, dass die Opposition sich sehr genau überlegt, auf welche Seite sie sich bei Demonstrationen stellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wir scheuen uns nicht zu sagen, dass es auch gut ist, Geld auszugeben. Wir freuen uns darüber, dass wir durch **Sonderfonds** in Bildung und Infrastruktur investieren können. Wir freuen uns, wenn es gelingt, neue Handlungsspielräume zu eröffnen. Der **Abbau von Schulden** und die **Modernisierung des Landes** sind für uns gleichgewichtige Ziele.

**(Ministerin Monika Heinold)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir definieren den milliarden schweren Sanierungsstau nicht einfach weg, sondern wir reden über Konzepte und schaffen Sondervermögen.

Meine Damen und Herren, die Debatte über den Trendsteuerepfad ist keine theoretische Debatte, sondern eine Debatte über die Zukunft unseres Landes. Diese Koalition wird eine Trendsteuerbestimmung auf den Weg bringen, die dem Haushaltsgesetzgeber die Freiheit lässt, in Zeiten schuldenfreier Haushalte souverän zu entscheiden, wie hoch der Anteil von Tilgung und Investition jeweils sein soll. Darum geht es, wenn wir eine Nettoneuverschuldung erreicht haben.

Wir nehmen die Neubestimmung des Trendsteuersatzes in Angriff. Wir tun dies vorsichtig, ausgewogen, verantwortbar und zukunftsorientiert. Ich würde mich freuen, wenn wir dafür eine große Mehrheit bekommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 6 Minuten überzogen. Diese Redezeit steht allen Fraktionen zu, zunächst der CDU-Fraktion mit dem Abgeordneten Tobias Koch.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, zunächst einmal herzlichen Dank für die zusätzliche Redezeit. Vielen Dank auch an die Regierungsfaktionen, dass sie wieder einmal die Rechte der Opposition mit ihrer Vorgehensweise ausgehebelt haben, indem sie zu einem **Sachantrag** der Opposition einen mündlichen **Berichtsantrag** eingebracht haben,

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Der war innerhalb der Frist!)

der der Opposition das Recht nimmt, als Erstes zu einem eigenen Sachantrag zu sprechen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das war innerhalb der Antragsfrist!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie gelingt es uns, das strukturelle **Haushaltsdefizit** bis 2020 auf Null zu reduzieren? Das

ist doch die zentrale finanzpolitische Frage in Zeiten der Schuldenbremse.

(Zuruf SPD: Lassen Sie uns einmal machen!  
- Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Müssen deshalb Steuererhöhungen vorgenommen werden, um die Einnahmeseite zu stärken, wie es SPD, Grüne und SSW regelmäßig fordern, oder gelingt ein Defizitabbau durch die Begrenzung und Reduzierung von Ausgaben, wie wir es immer präferiert haben? Über diese beiden unterschiedlichen Wege ließe sich trefflich politisch streiten.

Ich glaube, niemand in diesem Hause hätte es bisher für möglich gehalten, dass die Vorgaben der **Schuldenbremse** eingehalten werden können, ohne dass weitere Maßnahmen ergriffen werden, sondern dass die Vorgaben der Schuldenbremse einzig und allein dadurch eingehalten werden können, dass auf dem Papier Buchungstricks und Rechentricks durchgeführt werden.

Genau das ist es aber, was Ministerin Heinold mit ihrer in dieser Woche vorgelegten **Finanzplanung** tut und was sie vorhin von diesem Rednerpult aus ausgeführt hat.

(Wortmeldung Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage, sondern möchte diesen Gedanken zunächst einmal zu Ende führen. Zu einem späteren Zeitpunkt gestatte ich aber gern eine Zwischenfrage.

Die **strukturellen Steuereinnahmen** werden jetzt für den Zeitraum von 2015 bis 2020 um mehr als 2 Milliarden € erhöht. Das sind 2 Milliarden € mehr als das, was Monika Heinold zu Beginn der Regierungszeit selbst in ihre Finanzplanung hineingeschrieben hat. Das können Sie gar nicht glauben. Rechnen Sie das einmal nach. Schauen Sie sich einmal Ihre Finanzplanung aus dem Jahr 2012 an. Legen Sie dann einmal das daneben, was Sie am vergangenen Dienstag präsentiert haben. Sie rechnen die strukturellen Steuermehreinnahmen für den Zeitraum von 2015 bis 2020 einfach um 2 Milliarden € hoch. Das ist eine unglaubliche Zahl, die die Ministerin selbst nicht fassen kann. Das ist aber so.

Die geplante Methodenänderung bei der Berechnung des Trendsteuerepfades ab 2018, die vollzogene Heraufsetzung der Wachstumsrate von 2,6 % auf 2,9 %, die veränderte Berücksichtigung der Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich, all diese Rechentricks dienen doch einzig und allein dazu, die Vorgaben der Schuldenbremse zu umgehen und Spielraum für **zusätzliche strukturelle Ausgaben**

(Tobias Koch)

zu schaffen, wie es die Ministerin vorhin freimütig eingeräumt hat, um damit die Ausgabenwünsche von SPD, Grünen und SSW zu bedienen. Das ist doch die Motivation, die hinter Ihren Rechentricks steht.

(Beifall CDU)

Mit einer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltskonsolidierung hat diese Vorgehensweise nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall CDU)

Jeder Euro an konjunkturell bedingten Steuereinnahmen werde für den Schuldenabbau eingesetzt, hat die Finanzministerin ausgeführt. Bevor das aber passiert, kommt Monika Heinold ganz schnell und tauscht das Namensschild aus. Das ist doch reiner Etikettenschwindel, der hier betrieben wird.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist doch reiner Etikettenschwindel, wenn in großem Stil **konjunkturelle** Steuereinnahmen einfach zu **strukturellen Steuereinnahmen** umetikettiert werden. Nichts anderes machen Sie doch mit Ihrer Vorgehensweise.

Meine Damen und Herren, der **Landesrechnungshof** hat in der vergangenen Woche klar und deutlich festgestellt, dass die bisherige Berechnungsmethode die Symmetrieanforderungen der Landesverfassung eindeutig erfüllt. Konjunkturell bedingte Steuermehreinnahmen gleichen sich über den Konjunkturzyklus hinweg mit konjunkturell bedingten Steuermindereinnahmen vollständig aus.

Wenn man die Methode aus dem Jahr 2010 auf das heutige Datum fortschreibt, dann stellt man fest, dass die 20-jährige Wachstumsrate trotz Rekordsteuereinnahmen nicht gestiegen ist. Im Gegenteil, sie ist von 2,6 % auf 2,4 % gesunken. Es besteht also doch überhaupt kein Anlass, an der bisherigen Berechnungsmethode irgendetwas zu ändern. Mit Ihren Begründungsversuchen für Ihre Rechentricks entlarven Sie sich doch im Grunde selbst.

(Beifall CDU)

Vor zwei Wochen hieß es noch, man dürfe nicht nur in den Rückspiegel schauen, sondern man müsse auch nach vorn blicken.

Jetzt wollen Sie nicht nur 20 Jahre rückwärts rechnen, sondern sogar 25 Jahre. Das ist nicht nur willkürlich, sondern auch sachlich falsch. Denn der symmetrische **Ausgleich** über den **Konjunkturzy-**

**klus** hat sich in 20 Jahren und nicht in 25 Jahren, die Sie hier zugrunde legen wollen, abgespielt.

Und dann hieß es vor zwei Wochen - die Ministerin hat es eben wieder ausgeführt - Sie würden jetzt per **Rechtsverordnung** die Auflagen des Gesetzes erfüllen. Denn das hätten CDU und FDP in ihrer Regierungszeit ja versäumt. Heute haben wir gehört, dass es keine Rechtsverordnung gibt, sondern erst im Jahr 2018, und bis dahin sollen die Ergebnisse Ihrer Rechentricks, Herr Kollege Andresen - -

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Rechentricks?)

- Na gut, die der Ministerin, das will ich Ihnen zugute halten. Es sind die Rechentricks der Ministerin.

Dann sollen die Ergebnisse dieser Rechentricks als Zahl in das Gesetz direkt hineingeschrieben werden. Sie manipulieren hier an der Schuldenbremse herum. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, wie es die Ministerin hier heute vorgestellt hat.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Matthiessen?

**Tobias Koch [CDU]:**

Zu diesem Zeitpunkt gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Koch, ist Ihnen bekannt, dass die Fehlerquote mit der Ausdehnung einer Zahlenreihe über stochastische Ereignisse bei Konjunkturschwankungen mit der Ausdehnung der Jahre sinkt? Das gewählte Modell der Ministerin ermöglicht eine höhere Genauigkeit hinsichtlich der Abweichungen der konjunkturellen Ereignisse.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann müssen wir 100 Jahre nehmen!)

**Tobias Koch [CDU]:**

Das schauen wir uns einmal kurz an, Herr Kollege Matthiessen. Wir haben konjunkturelle Schwankungen, wir haben ein Auf und ein Ab. Wenn ich jetzt einen Zeitraum nehme, in den sowohl ein Auf- als auch ein Abschwung hineinfällt, komme ich zu ei-

(Tobias Koch)

nem guten Durchschnittsergebnis. Wenn ich aber einen längeren Zeitraum nehme, in dem zwei Aufschwünge und nur ein Abschwung liegen, muss ich Sie fragen, ob Sie das für einen fairen Durchschnittswert halten würden. Ich denke nicht, ich finde diese Berechnungsweise falsch.

(Beifall CDU, FDP und Abgeordneter Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine Zusatzfrage des Abgeordneten Matthiessen?

**Tobias Koch [CDU]:**

Wenn die Antwort noch nicht befriedigend war, dann gern, Herr Kollege.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Es ist nur eine Bemerkung, dass Ihre Ausführungen meine Gedanken nicht widerlegt haben. Es ist tatsächlich so, wenn ich den Betrachtungszeitraum verlängere und mich in demselben Wirtschaftssystem befinde, führt das grundsätzlich zu einem genaueren Ergebnis hinsichtlich der konjunkturellen Stochastik. 100 Jahre wären jetzt nicht geeignet, da wir uns dann im Kaiserreich befänden, Herr Garg, aber 25 Jahre ist ein Zeitraum, der selbstverständlich geeignet ist, da wir damals ein ähnliches wirtschaftliches System hatten.

- Ein Angebot zur Güte, Herr Kollege Matthiessen, je länger ich den Betrachtungszeitraum wähle, umso genauer wird das Ergebnis. Ich muss jedoch darauf achten, dass ich die Konjunkturzyklen richtig abgrenze und nicht willkürlich zwei Hochs einrechne, wenn in den gleichen Zeitraum nur ein konjunktureller Abschwung fällt.

(Wortmeldung Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Lassen Sie mich das kurz als Antwort noch einmal ausführen. Sie hatten mich gefragt, ich antworte Ihnen. Sie haben an den Berechnungen des Landesrechnungshofs sehen können, dass über den 20-Jahres-Zyklus die Symmetrie genau eingehalten ist. Das bedeutet, dass sich konjunkturelle Mehreinnahmen und konjunkturelle Mindereinnahmen genau ausgleichen. Das ist bei dem 25-Jahres-Zeitraum nicht der Fall, sodass er nicht zu einem präziseren Ergebnis führt. Dies ist eine willkürlich gewählte Abgrenzung, denn die Länge macht es anscheinend auch nicht aus.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Koch, erlauben Sie eine weitere Zwischenbemerkung?

**Tobias Koch [CDU]:**

Ich denke, das haben wir hier ausdiskutiert, es ist alles ausreichend beantwortet.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Frage wäre auch nur sehr kurz!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Mikrofon ist abgeschaltet. Sie können sprechen, Herr Kollege Koch.

**Tobias Koch [CDU]:**

Ich sage noch einmal, Frau Ministerin: Wer so an der Schuldenbremse herummanipuliert wie Sie, und es auch noch offen einräumt, der zerstört den parteiübergreifenden Konsens in dieser wichtigen Frage, den wir bisher in diesem Haus immer gehabt haben.

(Beifall CDU und FDP)

Es ist noch gar nicht so lange her, wir müssen nur ein paar Jahre zurückgehen, da hat die SPD die Schuldenbremse noch als unverantwortliche Zukunftsbremse tituliert. Auch Monika Heinold hat oft genug in Abrede gestellt, dass Schleswig-Holstein die Vorgaben der Schuldenbremse aus eigener Kraft einhalten könnte. Ihre jetzigen Rechentricks sind doch die logische Konsequenz dieser Geisteshaltung, die heute hier zutage tritt. Was Sie hier betreiben, ist eine reine Schönwetterpolitik, die den Menschen in guten Zeiten die Einhaltung der Schuldenbremse vorgaukelt.

Was passiert denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der nächste **Konjunkturabschwung** kommt und die von Ihnen künstlich hochgerechneten strukturellen Steuereinnahmen nicht mehr erreicht werden, Frau Ministerin?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann wird es problematisch!)

Dann werden Sie doch die Ersten sein, die argumentieren werden, das es sich bei der Unterschreitung der von Ihnen gewählten Phantasiewerte um konjunkturell bedingte Steuermindereinnahmen handeln würde. Und diese könnten dann ja auch nach den Regeln der Schuldenbremse durch neue Kredite ausgeglichen werden. Dann, liebe Kollegin-



(Tobias Koch)

nen und Kollegen, sind wir wieder genau dort, wo wir zu rot-grünen Regierungszeiten vor Einführung der Schuldenbremse schon einmal gewesen sind: In guten Zeiten wird das Geld mit vollen Händen ausgegeben, so wie wir es im Augenblick auch erleben, und in schlechten Zeiten werden neue Schulden gemacht.

Damals war der Haushaltstrick die wiederholte Rechtfertigung durch Feststellung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Zukünftig ist es dann der Ausgleich konjunkturell bedingter Mindereinnahmen, die Sie selbst aber erst mit Ihren Rechenricks herbeigeführt haben. Deshalb, meine Damen und Herren, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und SSW, manipulieren Sie nicht an der Schuldenbremse herum, zerstören Sie nicht den parteiübergreifenden Konsens, den wir bisher in diesem Hause gehabt haben.

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Lassen Sie uns die **bisherige Berechnungsmethode** so in die Rechtsverordnung hineinschreiben. Sie hat sich bewährt. Der gute Abschluss des Jahres 2013 geht genau auf diese Berechnungsmethode zurück. Wir haben im Jahr 2013 Schulden getilgt. Das hätten wir nicht getan, wenn wir es so gerechnet hätten, wie Sie es vorschlagen. Deshalb bitten wir Sie, stimmen Sie dem Antrag der CDU-Fraktion zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Lars Winter das Wort.

**Lars Winter [SPD]:**

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für den Bericht, Frau Ministerin. Wir hielten es für sinnvoll, dass Sie den Bericht zu der Trendsteuer hier noch einmal darlegen, weil wir über die neuen **Mechanismen des Trendsteuersatzes** hier nur in einem kleinen Kreis gesprochen haben. Somit wurde das nun dem gesamten Parlament zur Kenntnis gegeben. Auf Ihre Punkte gehe ich nachher noch ein, ich möchte zunächst meine Rede halten.

Kurz vor Ende der letzten Legislaturperiode haben CDU und FDP noch schnell ihre Vorstellungen zur Haushaltspolitik in Beton gegossen. Mit dem Gesetz zur **Ausführung von Artikel 53 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein** verabschie-

deten sie eine Reihe von Festlegungen, wie die Schuldenbremse genauer eingehalten werden muss. Dazu zählte auch die Methode zur Berechnung des Trendsteuerpfads.

„CDU verheddert sich in Schuldenbremsen-Debatten“ stellten meine Vorgängerin als finanzpolitische Sprecherin, Birgit Herdejürgen, sowie die heutige Finanzministerin Monika Heinold und der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms, fest. Herr Koch, Sie konstatierten in der damaligen Debatte:

„SPD, Grüne und SSW denken die Haushaltskonsolidierung vom falschen Ende her.“

Das haben Sie heute auch wiederholt. Weiter führten Sie aus:

„Ob es am Ende wirklich gelingt, spätestens 2020 einen Landeshaushalt ohne neue Schulden zu verabschieden, ist keine Frage von einzelnen Paragraphen im Ausführungsgesetz.“

- Hört, hört.

„Es ist auch keine Frage von noch so wohlklingenden Formulierungen in Anträgen und Resolutionen. Es ist am Ende einzig und allein die Frage, ob man dieses Ziel wirklich erreichen will und ob man sich dieser Verantwortung stellt.“

- Herr Kollege, ich denke, Sie lagen damals falsch, und Sie tun es auch noch heute.

(Tobias Koch [CDU]: Ach!)

Wir haben sehr offensichtlich unterschiedliche Vorstellungen. Und wir denken die **Haushaltskonsolidierung** nicht vom falschen Ende her, sondern von einem anderen Ende.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist der Haushalt das Mittel zum politischen Zweck. Er ist nicht der Zweck selbst, dem sich alles unterzuordnen hat.

Wir meinen, Haushaltskonsolidierung muss man gestalten. Dazu gehört zuallererst die Feststellung, welche Schwerpunkte wir setzen. Unsere Schwerpunkte sind Bildung, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haben Sie keine Sorge: Wir wissen, dass wir wenig Geld haben. Deshalb kann es nicht darum gehen,

(Lars Winter)

auf einmal beschlossenen Festlegungen zu beharren, auch wenn sie nicht mehr taugen.

Das **Trendsteuerverfahren** ist ein Eckpfeiler für die Haushaltskonsolidierung.

Es ist die Grundlage dafür, dass wir identifizieren können, welche Mehreinnahmen konjunkturell bedingt sind. Diese Mittel werden nämlich nicht ausgegeben, sondern zur **Haushaltskonsolidierung** herangezogen. Das funktioniert sehr gut. Damit wir weiterhin so erfolgreich sein können, müssen wir diesen Spielraum für unsere Ausgaben so gut wie möglich festlegen.

Ich bin 51 Jahre alt.

(Olaf Schulze [SPD]: So alt siehst Du noch gar nicht aus!)

Das ist kein Geheimnis. Das kann man im Handbuch nachlesen. Mein ganzes Leben lang war Schleswig-Holstein abgeschlagen in den Miesen, quer durch alle politischen Verantwortlichkeiten - bis auf 2013.

(Zuruf - Heiterkeit)

- Das habe ich jetzt leider nicht verstanden. - Bei dem guten Ergebnis, das wir im vergangenen Jahr erreicht haben, verkennen wir nicht, dass die gute **Konjunktur** und die niedrigen Zinsen mitgeholfen haben, mehr Geld einzunehmen und weniger Geld auszugeben als geplant. Wie viel dieser Aspekt ausgemacht hat, muss berechnet werden. Diese Rechnung muss stimmen.

Die Ministerin Heinold hat darlegt, dass es eine lange **Testphase** für ein neues **Trendsteuertestverfahren** geben wird. Wir werden bis in die nächste Legislaturperiode hinein Gelegenheit haben, das neue Verfahren auf Herz und Nieren zu prüfen. Wir wollen darüber hinaus dort nachsteuern, wo die aktuelle Berechnungsmethode offensichtlich nicht richtig funktioniert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bei der **Aufnahme der Schuldenbremse** in die Verfassung gab es hier im Landtag eine große Übereinstimmung. Tatsächlich gibt es für die Umsetzung unserer selbstgegebenen Verfassung ebenso wie der Schuldenbremse im Grundgesetz aber unterschiedliche Wege. Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein haben entschieden, dass nicht mehr Sie auf der rechten Seite des Hauses die Regierung stellen. Daher sind es nun SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SSW, die diese Aufgabe umsetzen. Wir tun es auf unsere Weise.

Wir laden Sie herzlich dazu ein, konstruktiv mitzuarbeiten. Was den Abbau des strukturellen Defizits bis 2020 angeht, so sind wir, meine ich, bislang auf einem guten Wege. Unsere Zahlen zeigen das. Daher ist noch überhaupt nicht zu kritisieren, ob wir das erreichen werden.

Noch einige Worte zur **generationengerechten Konsolidierung**, wie Sie es bezeichnet haben. Man kann darüber streiten, was denn generationengerecht ist. Ist es generationengerecht, alles plattzumachen, um das strukturelle Defizit in zwei oder drei Jahren abzubauen, und dann wieder viel Geld in die Hand zu nehmen, um eventuell Strukturen wieder aufzubauen? Oder ist es generationengerecht, es so zu machen, wie wir es vorhaben, es nämlich maßvoll anzugehen und Strukturen zu erhalten, auch wenn wir sie vielleicht etwas abflachen müssen? Ich denke, das Letztere ist der bessere Weg. Diesen Unterschied habe ich in meiner Rede darzulegen versucht. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Debatte im Ausschuss. Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Vorbemerkungen: Es ist schon interessant, Herr Koch, welchen Popanz Sie hier aufbauen. Das einzige, was zum Günther-Niveau noch gefehlt hätte, wäre eine Rücktrittsforderung an die Ministerin gewesen.

Zweite Vorbemerkung: Sie werfen uns beziehungsweise der Ministerin Buchungstricks vor. Dieses Wort haben Sie in den Mund genommen. Werfen Sie eigentlich auch dem Institut für Weltwirtschaft und der Christian-Albrechts-Universität Buchungstricks oder Ahnungslosigkeit vor, die eine viel radikalere Variante vorgeschlagen haben, wie Sie sehr genau wissen, weil Sie bei der Vorstellung anwesend waren? - Nein, da schütteln Sie mit dem Kopf. Aber damit hängt Ihr Vorwurf nicht zusammen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dritte Vorbemerkung: Schauen Sie sich an, mit welchen **Konjunkturannahmen** Ihr Bundesfinanz-

**(Rasmus Andresen)**

minister Wolfgang Schäuble arbeitet. Der Bund und Wolfgang Schäuble als Bundesfinanzminister gehen davon aus, dass wir jetzt noch in einer Phase schlechter Konjunktur sind. Von einer solchen Annahme gehen wir hier im Land nicht aus.

(Tobias Koch [CDU]: Das sollten Sie aber!)

Das heißt, wenn Sie uns vorwerfen, dass wir bei den Konjunkturprognosen zu optimistisch seien, dann müssten Sie eigentlich scharf geißeln, was Ihr Parteikollege in Berlin verzapft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich kann es leider der Besuchertribüne nicht ersparen, jetzt noch etwas Technisches zur Trendsteuer auszuführen. Die **Trendsteuer** wird ab 2020 ein wesentlicher Maßstab zur Festlegung der politischen Gestaltungsspielräume sein. Sie stellt dar, wie sich die Einnahmen des Landes jenseits konjunktureller Schwankungen entwickeln und mit welchen Budgets geplant werden kann, sodass im Mittel keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen. Das heißt, dass zukünftige Ausgaben an den Trendsteuerpfad gekoppelt sind.

Die **Konjunkturkomponenten** - auch das haben Kollegen vor mir bereits gesagt -, die die Mehr- oder Mindereinnahmen widerspiegeln, die durch die aktuelle Wirtschaftslage entstehen, müssen sich über die Zeit ausgleichen. Alles das wird in § 6 des Ausführungsgesetzes zur Schuldenbremse geregelt. Das ist der Paragraph zum sogenannten Konjunkturvereinbarungsverfahren.

**Kreditaufnahmen** sind weiterhin zulässig, um in schlechten Jahren konjunkturelle Schwankungen auszugleichen. In guten Jahren müssen diese Kredite in gleicher Höhe abgetragen werden. Das beschreibt die Symmetrie, auf die wir uns damals im Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse verständigt haben. Dieser **Ausgleich von Überschüssen und Defiziten** findet unabhängig von der **Tilgung der Altschulden** statt, die parallel mit dem Erreichen der schwarzen Null einsetzt.

Nun geht es darum, das langfristige Steuereinnahmenniveau politisch so objektiv wie möglich zu ermitteln, ohne dass ständige Korrekturen nötig sind. Das Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse verpflichtet uns dazu. Natürlich muss der Kurs immer dann, wenn neue Ist-Zahlen vorliegen, neu berechnet werden. Auch das steht übrigens im Gutachten.

Das Verfahren selber muss so zuverlässig sein, dass es nicht je nach politischer Couleur abgeändert wird. Das heißt, dass verschwenderische Regierun-

gen durch pauschale Erhöhungen mit übertrieben optimistischen Einschätzungen den Ausgaberrahmen nicht einfach ausdehnen können, aber andererseits auch extrem konservative Korrekturen nach unten den politischen Gestaltungsspielraum nicht zu sehr einschränken.

Für jedes Problem gibt es eine Lösung, die kurz, einfach - und falsch ist. Damit bin ich auch schon beim CDU-Antrag. Die CDU drängt darauf, den bisherigen Kurs beizubehalten, also die ausschließliche Berücksichtigung der **Wachstumsraten** der vergangenen Jahre. Auch der Landesrechnungshof springt leider komplett mit auf diesen Zug auf. Das bedauern wir sehr. Er äußert sich allerdings etwas widersprüchlicher, als Sie es hier getan haben, Herr Koch. Sie schlagen nämlich vor, Szenarien mit verschiedenen Wachstumsraten darzustellen, kritisieren dann aber, dass von 2011 bis 2017 nicht immer nur die feste Zunahme von 2,6 % angewendet wird. Bei der Rückbetrachtung seit 1990 sei kein Anpassungsbedarf aus Symmetriegründen gegeben. Die **Symmetrie** kann jedoch auch zufällig sein und hängt vom Betrachtungszeitraum ab. Das war ebenfalls gerade schon Gegenstand der Debatte.

Das Finanzministerium schlägt nun vor, die durchschnittliche **Steigerungsrate** seit 1988 von 2,87 % fortzuführen und eine neue Methode parallel bis 2018 im Testlauf nebenherzuführen. Es ist eine Abwägung zwischen konservativer Finanzplanung und finanzwissenschaftlichen Empfehlungen.

Die vom Finanzministerium beauftragten Gutachten kommen nämlich zu dem Schluss, dass eine zuverlässigere Prognose möglich ist, wenn nicht nur Daten der Vergangenheit, sondern auch die Erkenntnisse der Steuerschätzungen in die Berechnung des Trendsteuerpfades einfließen. Auch die Symmetrieeigenschaften würden durch einen Methodenwechsel verbessert werden, so die Gutachten.

Eine überstürzte Einführung eines neuen Verfahrens will niemand. Aber ich sage für die grüne Fraktion, dass wir diesen **Testlauf** sehr vernünftig finden und ihn für den richtigen Weg halten. Wir können aber auch damit leben, in Zukunft noch etwas mehr auf die Finanzwissenschaftler zu hören und den Empfehlungen des Gutachtens zu folgen.

Es scheint zunächst gar nicht falsch, wenn die CDU eine höhere **Trendstabilität** erreichen möchte, um Planungssicherheit zu garantieren. Das klingt ja gut. Konservative Fiskalpolitik klingt meistens erst einmal gut.

(Tobias Koch [CDU]: Das finden wir auch!)

**(Rasmus Andresen)**

Das ist auch ihr Vorteil in der Argumentationskette: Sie soll uns nämlich in Sicherheit wiegen. Sie irrt aber leider in der Sache sehr oft und nimmt zukunftsfeindliche Schäden in Kauf.

Deshalb ist es gut, dass die Finanzministerin eine Methode gewählt hat, die auch bei der Trendsteuer neue Wege geht, ohne sich gleichzeitig in ein waghalsiges Abenteuer zu stürzen und alles über Bord zu werfen.

Unsere Pflicht ist es - das ist meine feste Überzeugung -, auch erweiterte Informationen aus der Finanzwissenschaft einfließen zu lassen und nicht einfach nur dort stehenzubleiben, wo man schon immer stand und wo die Argumentation vielleicht am besten klingen mag. Wir meinen, dass die Debatte zur Trendsteuer heute nicht zum Abschluss gebracht wird.

Ich habe gehört, es gab einen Antrag auf Ausschussüberweisung. Wir wären in der Lage gewesen, uns für unseren Antrag zu entscheiden und Ihren Antrag abzulehnen. Falls es aber den Wunsch gibt, das Ganze im Ausschuss noch in den Details zu diskutieren, wie der Kollege Winter es beantragt hat, dann ist das aus Sicht der Grünen auch völlig in Ordnung. Allerdings werden wir die massiven Unterschiede in der Bewertung auch durch eine Ausschussberatung nicht aufheben.

Wir stehen vor der Frage, ob wir zur Kenntnis nehmen, dass uns von der Finanzwissenschaft andere Dinge und eine Weiterentwicklung empfohlen werden, und ob wir dem nachkommen wollen oder nicht. Dazu sind Sie anscheinend nicht bereit und versuchen daher, einen Popanz aufzubauen, der durch nichts gerechtfertigt ist. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst bedanke ich mich bei allen drei Vorrednern, weil ich nun nichts mehr zum trockenen Verfahren der Trendsteuer sagen muss. Ich glaube, man kann Ihnen ersparen, dass nun auch noch der Vierte erzählt, worum es dabei geht.

Zweitens möchte ich mich ausdrücklich bei der Frau Finanzministerin bedanken. Ich fand, sie hat

dieses Thema sehr launig dargestellt. Wir werden noch darauf zu sprechen kommen, warum sie - vermutlich jedenfalls - bis 2017 das vorhat, was sie hier dargestellt hat.

Drittens möchte ich dem Kollegen Andresen ein Kompliment machen. Ich finde es klasse, dass Sie nun auch Finanzwissenschaftler hören oder zumindest deren Rat in Ihre Überlegungen einbeziehen wollen. Es gibt durchaus Kollegen, die von Wirtschaftswissenschaftlern - zu denen gehören Finanzwissenschaftler nun mal - eine weniger hohe Meinung haben als Sie, wenn ich den Kollegen Stegner so ansehe. Ich denke an die richtigen Finanzwissenschaftler und an den richtigen Stegner.

(Heiterkeit)

Ich erinnere mich an Aussagen von Herrn Dr. Stegner, zum Beispiel an Aussagen darüber, was er von der **Prognosefähigkeit** von Wirtschaftswissenschaftlern hält. Insofern also sollte man selbstverständlich dann und wann auch einmal auf Wirtschaftswissenschaftler hören.

Frau Heinold, auch wenn ich nichts zur Methodik der Trendsteuer sagen muss und sagen will, möchte ich doch anmerken: Ich fand es schon sehr interessant, dass Sie insbesondere in Richtung Opposition gesagt haben, konsolidieren nicht nur auf dem Papier. Ich glaube, Sie müssen gerade dieser Opposition nicht erklären, dass Konsolidieren nicht nur auf dem Papier geht. Ich glaube, wir haben bei aller Kritik sehr deutlich gezeigt, wie Konsolidieren geht. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei. Im unmittelbaren Anschluss daran möchte ich sagen: Wenn Sie der heutigen Opposition den Rat mit auf den Weg geben wollen, sich nicht in jede Demonstration vor dem Landeshaus einzureihen, dann kommt mir die Frage in den Sinn: Galt das eigentlich auch zu Ihren Oppositionszeiten?

(Beifall FDP)

Ich kann mich noch an ganz andere Begegnungen erinnern.

Ich würde es nicht ganz so hart bewerten wie der Kollege Koch, aber ich finde es völlig in Ordnung, dass Sie ein neues Verfahren zur Ermittlung der Trendsteuer - Sie haben es, glaube ich, Trockenübung genannt - einführen wollen. Das finde ich absolut in Ordnung. Dann lassen Sie das Verfahren nebenher laufen, und dann schauen wir als Mitglieder des Finanzausschusses, was dabei im Zweifel herauskommt.



(Dr. Heiner Garg)

(Ein Mobiltelefon klingelt)

- Ja, schöne Grüße, grüßen Sie herzlich!

(Heiterkeit)

Ernsthaft könnte man im Ausschuss aber durchaus über folgende Fragestellung reden: Wenn Sie vorhaben, erst in einer neuen Legislaturperiode komplett zu einem neuen Verfahren zu kommen, warum wollen Sie dann vom 2,6-prozentigen Verfahren abweichen?

(Beifall FDP)

Frau Heinold, der Punkt ist doch: Sie haben den **Betrachtungszeitraum** von 20 Jahren kurzerhand um fünf Jahre erweitert, und damit erhöhen Sie die durchschnittliche Wachstumsrate auf 2,87 %. Betrachtet man allerdings den Zeitraum ab 2013 und rechnet man die letzten 20 Jahre zurück, dann haben wir - Sie wissen das - eine Wachstumsrate von durchschnittlich 2,4 %. Da klafft dann ein Gap von 0,4 Prozentpunkten, und dann liegt man mit 2,6 % ziemlich genau in der Mitte. Warum Sie davon abweichen, kann man natürlich dadurch erklären - der Kollege Koch hat es ja bereits wunderbar vorge-rechnet -, dass Sie sich Luft in Höhe von 20 Millionen € verschaffen wollen. Ich hatte scherzhaft gesagt, damit finanziere man dann in Zukunft die Pläne für die Universität Flensburg. Das wäre dann eine gute Idee, wenn es sich wirklich um reales Geld handeln würde und nicht einfach nur Haushaltspolitik auf dem Papier wäre.

(Beifall FDP und CDU)

Frau Finanzministerin, das haben Sie mitbekommen. Ich beziehe mich dabei auch auf eine Pressemitteilung des Kollegen Andresen, der zu Recht beklagt hat, das Land würde von seiner Substanz leben. Nein, lieber Kollege Andresen, es ist noch schlimmer. Wir sind inzwischen dabei, diese Substanz zu verzehren.

Das ist der eigentliche Vorwurf, den Ihnen meine Fraktion bei der Haushaltskonsolidierung macht. Der eigentliche Vorwurf lautet tatsächlich, dass das von Ihnen immer wieder verbal vorgetragene Konsolidieren und Investieren in Wahrheit bei der **Investitionsquote** nicht funktioniert. Ich will mich heute gar nicht auf eine feste Quote festlegen; denn darüber müsste man noch einmal gesondert nachdenken.

Aber es ist doch unbestritten - und hier nehme ich den Begriff der **generationengerechten Finanzpolitik** in den Mund -: Es macht aus meiner Sicht keinen Sinn, künftigen Generationen einen auf dem

Papier ausgeglichenen Haushalt bei einer zugleich komplett verrotteten öffentlichen Infrastruktur, und zwar nicht nur Verkehrsinfrastruktur, sondern auch Bildungsinfrastruktur und Kommunikationsinfrastruktur, zu hinterlassen.

Darüber sollten wir dann im Zusammenhang mit dem **Trendsteuerverfahren** im Ausschuss sehr wohl noch einmal ernsthaft miteinander diskutieren, um herauszufinden, wie man es gemeinsam fertigbringt, Investitionen in die Infrastruktur dieses Landes wieder zu erhöhen. Nur das wäre eine generationengerechte Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, und nicht das, was der Kollege Winter hier gerade vorgestellt hat. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat nun der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das jährliche Ritual der Haushaltsberatung hat sich mit der Bekanntgabe der Eckwerte für den Zeitraum 2014 bis 2024 wieder einmal - wie sollte es auch anders sein? - erste Bahnen gebrochen. Die Regierung und insbesondere die Finanzministerin erstrahlen in hellem Licht, rühmen sich ihrer guten Arbeit und ihrer guten konjunkturellen Aussichten, während die Opposition mit dem Säbelrasseln beginnt.

Die CDU setzt dabei ganz im Sinne ihrer konservativen Grundhaltung mal wieder auf Altbewährtes und sperrt sich bei der **Berechnung des Trendsteuerpfades** gänzlich neuen Ideen. Sie zeigt sich vergangenheitsorientiert und agiert leider mal wieder ganz getreu dem Motto „Das haben wir schon immer so gemacht“.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

An dieser Stelle würden wir uns vonseiten der CDU mehr Courage wünschen, mehr Gestaltungswillen und mehr Mut, auch einmal über neue Wege nachzudenken.

Die Regierung hat mit der Anforderung der bereits erwähnten Gutachten beim Institut für Weltwirtschaft und bei der Christian-Albrechts-Universität nicht nur Veränderungsbereitschaft, sondern auch Willen dazu gezeigt. Noch vor kurzer Zeit schien die Regierung ziemlich entschlossen, es nicht nur beim Gutachten zu belassen, sondern eines der vor-

(Torge Schmidt)

geschlagenen Verfahren sofort per Verordnung, wie es das Ausführungsgesetz schon für das letzte Jahr verlangt hatte, festzulegen.

Von diesem vermeintlichen Schnellschuss sind Sie, Frau Heinold, inzwischen erfreulicherweise abgewichen.

(Beifall PIRATEN)

Sie möchten jetzt den Empfehlungen des IWF und des Landesrechnungshofs folgen und das in Rede stehende Verfahren anhand der Ergebnisse in den kommenden Jahren erst einmal testen und wissenschaftlich begleiten. Wir begrüßen dieses Vorgehen außerordentlich.

Eine abschließende Bewertung des neuen Verfahrens ist in Anbetracht der großen Schwankungen des untersuchten Zeitraums kaum möglich. Es wäre fahrlässig, dieses nicht erprobte Verfahren bereits jetzt in geltendes Recht umzusetzen,

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

zumal aktuell auch keine Not besteht, das derzeitige Verfahren zu ändern; denn es hat sich in den 20 Jahren bewährt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das in Artikel 53 der Landesverfassung geforderte **Symmetriekriterium** hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung ist erfüllt; da hat die CDU schon recht. Die mit der bisherigen Methode ermittelten Konjunkturkomponenten gleichen sich über den Konjunkturzyklus von 1990 bis 2009 vollständig aus.

Auch die überplanmäßigen positiven Konjunkturkomponenten der vergangenen Jahre sind kein hinreichender Grund, das Verfahren jetzt sofort zu ändern.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Anders als die CDU sind wir aber auch offen für Neues und geben **alternativen Berechnungsmethoden** gern eine Chance, zumal der Mehraufwand an dieser Stelle auch kaum spürbar ins Gewicht fallen würde.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Lieber als eine Abstimmung in der Sache wäre uns allerdings eine Ausschussüberweisung, da wir hinsichtlich der Festlegung des Trendsteuerpfades durchaus noch offene Fragen sehen. Nicht zuletzt stellen wir uns die Frage, ob der durch die Landesregierung Kraft der Kompetenz aus § 6 Abs. 6 Satz 1 des Ausführungsgesetzes festgesetzte Trend-

steuerwert nicht das **Haushaltsrecht des Parlaments** einschränkt; denn aufgrund von Artikel 53 in Verbindung mit dem Ausführungsgesetz zu Artikel 53 erlangt die Landesregierung eine Möglichkeit, auf den Umfang des Haushalts Einfluss zu nehmen. Damit könnte in das Haushaltsrecht des Parlaments eingegriffen werden. Der Eingriff erfolgt an dieser Stelle aber nur, weil das Parlament dies durch Gesetz zugelassen hat. Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch bereits in mehreren Entscheidungen dargelegt, dass sich auch das Parlament nicht ohne Weiteres seiner Kernrechte entledigen kann. Diese Frage ist ebenso wie viele andere noch zu klären. Aber, wie gesagt, das würden wir dann gern noch im Ausschuss klären.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Ihnen, Frau Heinold, aus dem letzten Jahr, auch wenn es ein bisschen länger ist:

„Die Steuereinnahmen wachsen nicht in den Himmel. Umso richtiger ist es, dass sich die Landesregierung nicht auf konjunkturbedingte Steuereinnahmen verlässt, sondern eine langfristig ausgerichtete Konsolidierungspolitik betreibt. Wir senken das strukturelle Haushaltsdefizit jedes Jahr um 10 %, egal ob die Steuern sprudeln oder plätschern. Deshalb führen veränderte Steuerschätzungen bei uns weder zur Verschärfung des Sparkurses, noch zum Aufweichen der Zielvorgaben. Wir bleiben im vorgesehenen Konsolidierungstakt und setzen auf Verlässlichkeit statt Aktionismus.“

Frau Heinold, in diesem Sinn: Abgerechnet wird zum Schluss. Zum einen werden wir sehen, wie sich das neue Verfahren in der Praxis bewährt, und zum anderen ist für uns nur das entscheidend, was im Haushalt steht. Frau Ministerin, daran werden wir Sie messen. Wir hoffen, Sie halten am bislang bestehenden **Konsolidierungskurs** fest. Wir danken Ihnen.

(Beifall PIRATEN und Birgit Herdejürgen [SPD])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Konjunkturbereinigungsverfahren oder Trendsteuerpfad, wie man es auch dreht, es bleib

(Lars Harms)

komplex. Deshalb ist dieser Pfad jedoch nicht weniger wichtig. Um den Haushalt vernünftig zu planen, brauchen wir einen Pfad, nach dem wir uns richten können und das natürlich auch längerfristig. Dieser Pfad soll von **konjunkturellen Schwankungen** noch unabhängiger sein und nicht gänzlich auf ihnen beruhen, wie es vielleicht von der einen oder anderen Seite dargestellt wird. Das Land braucht ein weiterentwickeltes Berechnungsmodell, denn die realen Einnahmen sind zu stark abweichend. Deswegen wollen wir bei der Berechnung einen größeren, in die Zukunft gerichteten Zeitraum mit berücksichtigen.

Die Aufstellung des Modells beruht auf dem Ergebnis von gleich zwei **Gutachten**, die jeweils unabhängig voneinander von der Universität Kiel und dem Institut für Weltwirtschaft erstellt wurden. Diese empfehlen, das aktuelle Modell noch einmal zu überarbeiten. Mehr ist es ja auch nicht. Das Einholen der Gutachten zeigt jedoch, dass sich die Zuständigen nicht nur mit sich selbst beschäftigen, sondern vielmehr auch auf Expertisen von außen zurückgreifen. Das stärkt das Verfahren hinsichtlich der Weiterentwicklung von derzeitigen Berechnungsmodellen und macht sie zukunftsfähig.

Ab 2018 soll nach dem neuen Verfahren agiert werden. Bis dahin gilt das derzeitige Modell, jedoch in einer leicht abgewandelten Variante, die sich nach dem zukünftigen Trendsteuerpfad richtet und auch die Veränderungen des FAG berücksichtigt. Diese aktuelle Entwicklung bezüglich der **Kommunen** lässt sich haushaltstechnisch nicht einfach so ausklammern. Es soll sichergestellt werden, dass die höheren Steuereinnahmen auf kommunaler Ebene von den zusätzlichen **Konsolidierungspflichten** des Landes getrennt werden.

Von daher müssen einige Punkte schon jetzt korrigiert werden. Bis dahin sollen Erkenntnisse gesammelt werden, eine Testphase also, und spätestens bis Ende 2017 wird sich dann zeigen, ob es richtig war, diesen Weg einzuschlagen, oder ob an der einen oder anderen Stelle noch reguliert werden muss. Die Kritik, dass sich die regierungstragenden Fraktionen oder die Landesregierung mit dieser Maßnahme vor der **Schuldenbremse** drücken wollen, kann ich nur zurückweisen. Das ist schlichtweg auch gar nicht möglich. Denn wie wir alle wissen, ist diese in der Landesverfassung fest verankert.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Verfassungsrang führt kein Weg vorbei, und das wollen wir auch gar nicht. Denn die Reduktion

der Schulden aus dem Landeshaushalt bildet gewissermaßen die Grundlage für jegliches Handeln, auch für Wachstum. Wachstum ist unsere Zukunft. Um Schleswig-Holstein zukunftsfähiger zu machen, brauchen wir **finanzielle Planungssicherheit**, womit wir dann wieder beim Trendsteuerpfad wären. Wichtig ist, dass wir jetzt dauerhafte nachvollziehbare Grundlagen bekommen. Die **Mehreinnahmen** müssen differenzierter berechnet werden. Die Haushaltskonsolidierung soll natürlich immer noch greifen. Wie bedeutend diese ist, hat sich im Zuge des letzten Jahresabschlusses bemerkbar gemacht. Es ist schön, dass sich in puncto Haushalt etwas getan hat und der erste **Haushaltsüberschuss** seit einem halben Jahrhundert verbucht werden konnte.

Wer jetzt meint, sich zurücklehnen zu können, um zu gucken, dass sich der Rest schon irgendwie von alleine finden wird, der irrt. Vielmehr sollte der zukünftige Haushaltsüberschuss jetzt unser Ansporn sein, beim Haushalt in Zukunft noch etwas genauer hinzusehen. Das vorgelegte Modell zur Berechnung des Trendsteuerpfads ist folglich ein weiterer Schritt in Richtung des genaueren Hinsehens und auch der Haushaltsentlastung. Er ist ein Hilfsmittel, mehr nicht. Die Haushaltssanierung müssen und werden wir auch weiterhin angehen. Die Zeit wird zeigen, dass wir das können.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Zunächst erteile ich Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Dr. Tietze, auch wenn wir das Thema während Ihrer Anwesenheit im Ausschuss weiter vertiefen werden, will ich doch kurz die Gelegenheit nutzen darzustellen, weshalb die Gutachten, auf die Sie sich so sehr berufen, und unser Vorwurf eines Buchungstricks kein Widerspruch sind.

Die Gutachter empfehlen, den bisherigen **linearen Trendsteuerpfad**, der geradlinig ansteigt, durch einen geglätteten Kurvenverlauf zu ersetzen, der dem zukünftigen Auf und Ab der Konjunktur folgt. Das ist aus statistischer Sicht vollkommen korrekt. Ein **geglätteter Kurvenverlauf** erfüllt auch perfekt das Symmetriekriterium. Was passiert aber bei ei-

(Tobias Koch)

nem zukünftigen Konjunkturabschwung, wenn mal wieder eine Krise eintritt? - Der Trendsteuerpfad geht dann auch einmal wieder nach unten. Für den Statistikprofessor ist das kein Problem. Die Symmetrie ist ja eingehalten, wenn ein geglätteter Trendsteuerpfad nach unten geht. Das ist alles wunderbar symmetrisch. Wir, die wir hier alle sitzen, wissen doch, dass es politisch praktisch unmöglich ist, in einer wirtschaftlichen Krise auf einmal strukturell dagegen anzusparsen. Wenn der Trendsteuerpfad nach unten geht, können wir nicht auf einmal Lehrer, Polizisten und Steuerbeamte entlassen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Deswegen funktioniert die Methode während eines Konjunkturabschwungs nicht. Das wissen Sie ganz genau. Deswegen ist das ein Buchungstrick. Das Ganze funktioniert nur so lange, wie wir uns konjunkturell nach oben bewegen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Andresen?

**Tobias Koch [CDU]:**

Ja, sehr gern.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, Herr Kollege. Was spricht aus Ihrer Sicht dagegen, so zu verfahren, wie die Landesregierung es vorschlägt, nämlich dass ein Testlauf durchgeführt wird und gleichzeitig auch noch das alte Verfahren läuft? Was ist daran genau Ihre Kritik? Das muss ja Gegenstand der Debatte sein. Gegenstand der Debatte ist ja das, was die Landesregierung jetzt vorhat.

- Vielen Dank, Herr Kollege, für dieses wunderbare Stichwort. Das ist eine wunderbare Überleitung zu meinen weiteren Ausführungen. In der Tat spricht nichts dagegen, jetzt einen parallelen Testbetrieb durchzuführen.

(Beifall SSW, Lars Winter [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

- Die Antwort ist noch nicht zu Ende. Ein Testbetrieb wird nur dann aussagekräftig sein, wenn es während der Zeitspanne des Testbetriebs konjunkturell nicht nur immer nach oben geht, sondern auch einmal nach unten. Ob das bis 2017 der Fall sein wird, wage ich einmal zu bezweifeln.

(Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU], Peter Sönnichsen [CDU] und Rainer Wiegard [CDU])

Herr Kollege Andresen, das eigentlich Kritische an diesem parallelen Testbetrieb ist das, was der Kollege Garg zu Recht schon moniert hat: Wenn die Ministerin bis dahin alles beim Alten lassen würde, wäre das fair und korrekt. Dann könnten wir die bisherige Methode mit dem parallelen Testbetrieb vergleichen. Was die Ministerin jetzt aber macht, ist, dass sie jetzt schon an der Berechnungsmethode herummauschelt. Sie lässt ja nicht alles beim Alten.

(Zurufe SPD: Oh! - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Dr. Stegner, von dem Thema verstehen Sie ja nun wirklich gar nichts.

(Beifall Dr. Axel Bernstein [CDU])

Die Ministerin setzt jetzt schon die Wachstumsrate einfach von 2,6 auf 2,9 % herauf. Sie nimmt jetzt schon eine Veränderung der Berücksichtigung der Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich vor. Wir werden im Ausschuss auch noch einmal genau untersuchen, wie es 2016 und 2017 mit den von Ihnen angekündigten willkürlichen pauschalen Heraufsetzungen des Trendsteuerpfads aussieht. Wenn Sie bis 2017 alles beim Alten lassen, dann sind wir uns einig.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dann ist ein Trendsteuertestbetrieb, wie Sie es wünschen, vollkommen in Ordnung. Dann müssten Sie aber unserem Antrag zustimmen. Lassen Sie uns jetzt in die Rechtsverordnung hineinschreiben, dass die bisherige Methode erhalten bleibt. Dann können wir gern parallel die andere Methode testen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Aber nicht schon vorher rummanipulieren und dann erst 2017 das Ergebnis abwarten - das sollten wir nicht tun. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Dreiminutenbeiträge liegen nicht vor. - Ich erteile Frau Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Herummanipulieren, mauscheln, Buchungstricks - würde ich ja alles



**(Ministerin Monika Heinold)**

gelten lassen, wenn Ihnen nicht alles in aller Transparenz vorliegen würde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir machen mit den Gutachtern eine zweistündige Sitzung. Wir beziehen das Parlament ein, bevor die Regierung beraten hat. Wir haben mehrere Gespräche mit dem Landesrechnungshof geführt. Wer mauscheln will, macht das - glaube ich - ein bisschen anders. Das ist das Erste.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Torge Schmidt [PIRATEN])

Das Zweite: Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, in den letzten Jahren sei beim Trend mit einem Aufwuchs von 2,6 % gearbeitet worden. Herr Koch, das ist falsch. Wir hatten mit Ihrer Methode im Jahr 2013 2,6 % Trend plus 2,2 % Aufholung Absenkungseffekt - wie Sie das damals so schön genannt. Das heißt, ein von Ihnen eingeplantes Trendwachstum in 2013 von 4,8 % und in 2014 von 4,6 %.

(Zuruf)

Das geht so weiter, weil Sie damals wahrscheinlich selbst gesehen haben, dass wir uns sehr weit von der Realität entfernen. Deshalb haben wir als neue Landesregierung - ohne dass widersprochen wurde, weil es richtig ist - für 2015 und 2016 einmalig nachgesteuert.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung?

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Es hätte mir gefehlt, wenn er nicht gefragt hätte. Weil er es vorhin nicht gemacht hat, bin ich jetzt noch einmal nach vorn gegangen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben die Gelegenheit. Die Frau Ministerin lässt Ihre Frage zu.

**Tobias Koch** [CDU]: Frau Ministerin, Sie sprachen den **Aufholeffekt** in den **Jahren 2012** folgende an. Auch das ist damals alles offen kommuniziert worden. Das ist das Ergebnis davon, dass wir 2010 - damals in der Finanz- und Wirtschaftskrise - einen 400-Millionen-€-Abschlag vom Trendsteuerpfad vorgenommen haben, den wir dann 2012,

2013 folgende wieder aufgeholt haben, um wieder auf den alten Trendsteuerpfad zu kommen, der bis 2010 gegolten hat. Nichts anderes ist das. Es waren keine zusätzlichen Aufschläge, wie Sie es jetzt machen, es war ein Aufholen zum alten Trendsteuerpfad vor der Finanz- und Wirtschaftskrise.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Sehr geehrter Herr Kollege Koch, es hat bis 2010 keine Planung auf einem Trendsteuerpfad gegeben. Das war ja gerade unser Desaster. Wenn Sie sich einmal die Ausgabequoten unter Ihrer Verantwortung angucken in den Jahren vor der Schuldenbremse, und einmal gucken, was wir bei sehr hohen Steuereinnahmen an hohen Ausgaben gehabt haben, sehen wir, dass wir nicht auf einem Trend geplant haben. Wir planen - Schuldenbremse neu - ab 2011 - Grundlage 2010 - auf dem neuen Trend. Weil die damalige Landesregierung davon ausgegangen ist, dass es Aufholeffekte gibt, hat sie diese eingeplant, nicht wissend, ob sie kommen. Sie standen von Anfang an drin; sie sind eingetreten. Sie sind sogar - da habe ich mich damals getäuscht; das haben wir hier schon einmal aufgearbeitet - deutlich höher als damals prognostiziert. Deshalb wird das auch weitergezogen.

(Unruhe)

- Ich lasse gern eine weitere Frage zu, aber ich weiß nicht so richtig, wen das außer uns beiden interessiert, Herr Koch.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, Sie haben die Gelegenheit, eine weitere Zwischenfrage zu stellen oder -bemerkung zu machen.

**Tobias Koch** [CDU]: Es mag sein, dass es nur uns beide interessiert, trotzdem ist es wichtig. Sie sagten gerade, die damalige Landesregierung hätte einen Aufholeffekt eingeplant, ohne zu wissen, ob dieser überhaupt eintritt. Nehmen Sie dann bitte auch zur Kenntnis, dass die damalige Landesregierung diesen Aufholeffekt mit der damaligen Erhöhung der Grunderwerbsteuer selber gestaltet hat. Denn die damalige **Grunderwerbsteuererhöhung** wurde auf diesen Aufholeffekt angerechnet, während Ihre Grunderwerbsteuererhöhung noch obendrauf gerechnet wurde.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Da muss ich Sie leider enttäuschen, weil die Grunderwerbsteueranhebung im Jahr 2012 nur ein Teil war, aber ihre Aufholeffekte im Jahr 2013 und 2014 stattfanden und sich durchziehen. Schauen Sie sich die Unterlagen an! Wir können alle immer klüger werden; das fällt unter lebenslanges Lernen.

Ich möchte noch einmal auf die Finanzplanung hinweisen. In der Finanzplanung ist nicht nur interessant, wie sich der Trend auswirkt, sondern auch, wie sich unser Abstand zur Verfassungsgrenze entwickelt. Ich sagte vorhin schon einmal: Die Ausgabemöglichkeit ist keine Ausgabeverpflichtung. Wenn Sie sich die Jahre anschauen, in denen die neue Methode in unserer Planung abgebildet ist, nämlich 2018 folgende, dann sehen wir, dass wir im Jahr 2020 bei 310 Millionen € Unterschreitung liegen. Das heißt, dies ist überhaupt nicht in die Ausgabebudgets eingeleitet.

(Tobias Koch [CDU]: Das kommt noch in den Fraktionsanträgen!)

- Das war zu Ihren Zeiten so. Ich erinnere mich an das Jahr 2008, als ich Opposition war und gar nicht mehr wusste, was ich alles beantragen sollte, weil die regierungstragenden Fraktionen sehr mutig waren.

Um das Ganze ernsthaft abzuschließen, möchte ich noch auf Herrn Garg eingehen. Was Herr Garg gesagt hat, ist genau richtig. Es geht um die Entscheidung: Tilge ich, oder saniere ich? Wie bekomme ich Sanierung im Rahmen der Schuldenbremse hin? Das ist die zentrale Frage, weil wir mit dem, was wir bisher machen, dazu beitragen, dass wir Substanz verbrauchen.

Ich nehme einmal den **Sanierungsbericht**, der dem **Stabilitätsrat** gemeldet worden ist, Umsetzung Konsolidierungsprogramm Schleswig-Holstein vom April 2012, unter der Verantwortung der alten Regierung. Was steht dort drin? Maßnahme im Bereich Hochbau: Die Hochbauausgaben betragen im Ist 2010 190 Millionen €, die Eckwerte 2014 betragen 147 Millionen €, im Masterplan waren sie auf ungefähr 120 Millionen € festgeschrieben. Es war Teil der Schuldenbremse, die Hochbaumaßnahmen von 190 Millionen € auf ungefähr 120 Millionen € herunterzuziehen.

Was hat das zur Folge? Ich lese Ihnen einmal einen Offenen Brief vor, den ich von der **Gewerkschaft der Polizei** gerade bekommen habe:

„Sehr geehrte Frau Ministerin Heinold, besorgte Kolleginnen und Kollegen der Polizei-

dienststellen in Neumünster sprechen uns an, wie es mit den versprochenen Bauvorhaben, insbesondere für das 1. Polizeirevier und die Kriminalpolizeileitstelle Neumünster, weitergehen soll. Im Frühjahr 2011 mussten ungefähr 100 Polizisten der Schutz- und Kriminalpolizei das Dienstgebäude in der Parkstraße mehr oder minder ad hoc verlassen. Ursachen waren erhebliche Baumängel, Schimmel und Kolibakterien-Belastungen und dadurch bedingte gesundheitliche Beeinträchtigungen.“

Diese Kollegen schreiben uns zu Recht. Wir sind jetzt drei Jahre weiter. Wie geht es weiter?

(Peter Sönnichsen [CDU]: Ja, was macht ihr denn nun?)

Die sind 2011 umgezogen. Parallel dazu ist das Baubudget massiv abgesenkt worden, was ich nicht kritisieren will, aber was natürlich dazu führt, dass wir solche Mängel nicht schnell beheben können. Herr Koch, wir alle sind verpflichtet - -

(Tobias Koch [CDU]: Sie investieren doch so wenig! - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn jetzt? - Unruhe)

- Wir investieren unter anderem zu wenig, weil 1 % unserer **Investitionsquote** als Absenkung des Hochbaubudgets gemeldet worden ist. Ich bitte Sie nur - ich glaube, das ist nicht zu viel verlangt -, dass wir immer zusammendenken: Wie viel Geld geben wir in unseren Haushalt, wie viel wollen wir zukünftig für die Tilgung von Schulden vorsehen - es ist ja schön, dass wir darüber überhaupt reden können -, und wie viel müssen wir investieren? Ich werde immer dafür eintreten, dass wir nicht nur die Absenkung der Schulden im Blick haben, sondern auch die Investitionen in unser Land. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/1762 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1713 dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe!

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

(Thomas Rother [SPD]: Punkt 2 ist kein Berichtsantrag!)

- Soll Punkt 2 der Drucksache 18/1762 mit überwiesen werden?

(Zurufe)

- Gut, Punkt 2 aus Drucksache 18/1762 hat noch nicht seine Erledigung gefunden, sondern soll im Finanzausschuss mit beraten werden. Dann lasse ich noch einmal abstimmen, damit das klar ist. - Wer Punkt 2 des Antrags Drucksache 18/1762 und den Antrag Drucksache 18/1713 dem Finanzausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen. - Ich danke für die Klarstellung.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt, Tagesordnungspunkt 13:

**Konzept für eine einzelbetriebliche Investitionsförderung**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1723

**Bericht zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/1792

**Einzelbetriebliche Förderung abschaffen**

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1794

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Bevor wir in die Aussprache eintreten, gebe ich folgenden geschäftsleitenden Hinweis: Mit dem Änderungsantrag Drucksache 18/1792 wird ergänzend ein mündlicher Bericht in dieser Tagung beantragt. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Aber am Ende!)

- Moment, Herr Abgeordneter. Wir sind gerade in der Abstimmung. - Wer für die Berichterstattung in dieser Tagung ist, den bitte ich um das Handzei-

chen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Weiter teile ich mit, dass der Bericht im Anschluss an die Debatte zu den Sachanträgen gegeben wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das macht auch wirklich Sinn!)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Volker Dornquast von der CDU-Fraktion.

**Volker Dornquast [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Herr Minister Meyer, der Koalitionsvertrag sagt aus, die einzelbetriebliche Förderung solle beendet werden. Die FDP begrüßt dies in ihrem vorgelegten Antrag. Ich sage gleich vorab: Wir lehnen diesen Antrag ab, aber das dürfte keine Überraschung sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hatten wir doch mal gemeinsam vereinbart, oder?)

- Nein, bestimmt nicht.

Sie, Herr Minister Meyer, halten sich diesbezüglich nicht an den Koalitionsvertrag, und wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie dieses nicht tun.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es geht bei dieser grundsätzlichen Diskussion auch nicht um irgendwelche Kronkorken oder Autohäuser, die Sie leider immer wieder als Beispiele anführen. Damit leugnen Sie lediglich das eigentliche Problem, das mit der einzelbetriebliche Förderung verbunden sein kann. Man sieht gerade am Beispiel Friedrichskoog, wie wichtig es ist, die Instrumente für regionale Wirtschaftsförderung voll auszunutzen. Da kann der Staat nicht alleine handeln. Da braucht man auch die Hilfe der Betriebe, die mutigen Entscheidungen, Risiken einzugehen. Deshalb ist diese **direkte, gezielte Förderung einzelner Betriebe** notwendig und erforderlich, um die Wirtschaft voranzubringen, um ihr zu helfen, sich den modernen Anforderungen zu stellen und um die Arbeitsplätze gerade in den benachteiligten Regionen unseres Landes zu sichern.

Aber eine solche **einzelbetriebliche Förderung** muss verlässlich sein. Sie braucht ein klares **Konzept**, und dieses muss vom Landtag getragen werden.

(Zuruf SPD: Genau!)

Knappe zwei Jahre nach Ihrer Regierungsübernahme bin ich doch erstaunt über das, was sich bisher

**(Volker Dornquast)**

in dem Bereich getan hat. Wollten Sie nicht alle Wirtschaftsförderprogramme und -instrumente überprüfen lassen? Was ist denn dabei herausgekommen? - Ich glaube, da ist zurzeit gar nichts erkennbar. Die fast wöchentlich erscheinenden Pressemitteilungen über Firmenbesuche des Ministers und seiner beiden Staatssekretäre zeigen, dass es den drei Herren verständlicherweise große Freude bereitet, bei diesen Besuchen auch entsprechende Finanzausgaben machen zu können.

(Regina Poersch [SPD]: Ärgert Sie das?)

- Nein, überhaupt nicht, das habe ich auch gern in der Zeit getan, sehr gern sogar.

Der Landtag bleibt hier allerdings im Dunkeln. Was macht eigentlich die Regierung anders als wir damals, als wir an der Regierung waren?

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gibt es inzwischen ein neues Konzept mit all den Kriterien, die im Koalitionsvertrag aufgezählt worden sind, mit der Höchstquote für Leiharbeiter, mit der Mindestquote von Langzeitarbeitslosen? Welche Nachweise über die Umweltverträglichkeit müssen die geförderten Betriebe vorlegen, und wie weisen sie ihre Orientierung an den ILO-Kernarbeitsnormen nach?

Für die nachhaltige Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und der dafür vorgesehenen Entwicklung weiterer Wachstumsindikatoren sollte unter Einbeziehung des Landtags eine **Kommission** eingerichtet werden. Wie oft hat diese bereits getagt, frage ich Sie, und welche Ergebnisse hat sie erarbeitet? Wer ist für den Landtag in diesem Arbeitskreis? Oder hat Herr Stegner wieder einmal einen Beauftragten benannt, der für den Landtag dort arbeitet?

(Lachen SPD - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie wurde die Ankündigung der Regierung umgesetzt, mehr Förderprogramme des Landes weitgehend auf revolving Fonds in Form von Krediten umzustellen? Bei welchen notwendigen Kofinanzierungen der EU-Förderprogramme ist, und wenn ja, wie, privates Kapital eingesetzt worden? Sie wollten über eine Bundesratsinitiative erreichen, dass in der Wirtschaftsförderung länder einheitliche Förderquoten vereinbart werden. All diese Fragen entstehen aus dem Koalitionsvertrag, der seit fast zwei Jahren in der Umsetzung sein sollte.

Lieber Herr Meyer, auch wenn bei Ihren oft eigenwilligen Interpretationen dieses Vertrages Ihr Lieblingssatz inzwischen lautet: „Als der Koalitionsvertrag abgeschlossen wurde, war ich ja noch nicht dabei“, brauchen die Unternehmen langfristig Klarheit. Die Unternehmen wollen ihr Risiko für Investitionen kennen. Legen Sie endlich ein klares Konzept auf den Tisch, und lassen Sie dieses im Landtag diskutieren.

Im Übrigen sei mir die Anmerkung noch gestattet: Wenn Sie nicht so viel von diesem Vertrag halten, dann tun Sie das auch in der Verkehrspolitik kund, und verstoßen Sie auch bei der A 20 gern gegen diesen Koalitionsvertrag. - Danke.

(Vereinzelter Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

**Olaf Schulze [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dornquast, wir haben einen Änderungsantrag gestellt, damit Sie dann jetzt auch heute Ihre Fragen beantwortet bekommen können, die Sie, wenn Sie aufgepasst hätten, im letzten Jahr schon hätten beantwortet bekommen können, weil damals der Minister genau diese Fragen schon einmal beantwortet hatte - hier im Plenarsaal und auch im Ausschuss. Insofern geben wir gern dem Minister noch einmal die Möglichkeit, das hier darzulegen - deswegen auch unser Änderungsantrag.

Die **einzelbetriebliche Investitionsförderung** ist ein schwieriges Thema. Nachhaltigkeit der Förderung muss an erster Stelle stehen, gute Arbeit für Schleswig-Holstein, die Stärkung der regionalen Wirtschaft im Einklang mit fairem Wettbewerb, EU-Recht und langfristigen Entwicklungschancen der Region. Darüber hinaus haben wir als Abgeordnete den Wunsch, bei größeren Entscheidungen und bei den strategischen Ausrichtungen eingebunden zu werden.

Über mehrere Wahlperioden hinweg haben wir um eine zukunftsorientierte Ausrichtung in diesem Sinne gekämpft. Wie Sie wissen, waren unsere Bemühungen nicht sehr erfolgreich. Allzu oft entstand in der Vergangenheit der Eindruck, dass verschiedene Institutionen nach dem Windhundprinzip Mittel vergeben und dass unsere politischen Anforderungen nur auf dem Papier beachtet wurden. Es ent-



(Olaf Schulze)

stand auch der Eindruck, einzelbetriebliche Förderung gehe gar nicht anders.

Übrigens haben wir auch in der Zeit der Großen Koalition immer wieder um **Transparenz** und **strategische Ausrichtung** der Wirtschaftsförderinstrumente gekämpft - oft vergeblich. Das hat uns bewogen - gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern - zu vereinbaren: Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wird abgeschafft.

(Beifall FDP)

Damals, im Frühjahr 2012, war uns klar, dass wir damit auch auf EU-Mittel in erheblicher Höhe verzichten. Was uns allerdings nicht klar war, und was wir jetzt mit Erstaunen und großer Freude wahrnehmen, ist, dass es doch anders geht.

(Christopher Vogt [FDP]: Ihr hattet also keine Ahnung! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihr hattet keine Ahnung!)

Ein Wirtschaftsministerium kann die Förderinstrumente bündeln und strategisch ausrichten, wenn es das will.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr schön! - Beifall FDP)

Ein Wirtschaftsministerium kann im Rahmen des Datenschutzes Transparenz herstellen, wenn es das will. Ein Wirtschaftsministerium kann strategische Ausrichtung, Stärkung der Region, gute Arbeit und fairen Wettbewerb ins Zentrum seiner Förderung stellen, wenn es das will.

Meine Damen und Herren, Minister Meyer hat in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit bewiesen, dass er all das will, kann und umsetzt.

(Beifall SPD und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Hervorragend!)

Für uns ist das Grund genug zu sagen: Jetzt, wo wir sehen, wie vernünftig diese Förderinstrumente eingesetzt werden können, finden wir es richtig, das zu nutzen. Die Voraussetzungen haben wir genannt. - Jetzt hören Sie zu! - Zuerst kommt die **strategische Ausrichtung**, also die Einbindung in unsere Entwicklungsziele, dann kommt der Abgleich mit den Kriterien, die vorher festgelegt wurden, und schließlich erfolgen die **Umsetzung** und anschließend eine verantwortungsvolle **Evaluation**. Was definitiv nicht geht - sollte denn jemand auf diese Idee kommen -, ist jegliche Förderung nach Guts-herrenart, Förderung nach dem Windhundprinzip oder Förderung nach Wahlkreiserwägungen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herzlichen Glückwunsch!)

Dem erteilen wir eine klare Absage.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Was auch nicht geht, sind unzählige vorzeitige Maßnahmen beginnend vor Abschluss der Prüfung. Gegen Ende der letzten Wahlperiode gab es davon zahlreiche. Solche Fälle kennt wohl jeder aus seinem Wahlkreis.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Tietze, du musst als Christ jetzt mal einschreiten! Das geht so nicht weiter!)

Meine Damen und Herren, am Anfang der Wahlperiode war es notwendig, eine ganze Reihe von Zusagen der Vorgängerregierung abzuwickeln. Die strategische Umsteuerung hin zu einer nachhaltigen Förderpolitik war dennoch von Anfang an das Ziel.

Natürlich nimmt die Landesregierung dabei auch einzelne **Anträge** in den Fokus, die **aus früheren Zeiten** stammen. Als Beispiel möchte ich das Unternehmen Dispatch Energy Innovations in Itzehoe nennen. Dort wurde der Förderbescheid Ende 2012 übergeben. Dieses Unternehmen arbeitet daran, Speichermöglichkeiten für Energie zu verbessern. Es passt zu unserer Vorreiterrolle bei den erneuerbaren Energien. Es arbeitet an Lösungen für die drängenden Fragen, die sich aus der Energiewende ergeben. Dazu hilft es dabei, den qualifizierten Fachkräften, die wir in Schleswig-Holstein ausbilden, hier eine gute Perspektive zu bieten, indem es hochqualifizierte Arbeitsplätze anbietet. Schließlich trägt es dazu bei, die Wertschöpfungskette im Land zu halten.

Bei alledem gilt: Der Kontext muss stimmen, dann geht auch gute Wirtschaftsförderung. Das finden wir wichtig. In dem Sinne können Sie gleich im Anschluss sicherlich dem Wirtschaftsminister noch einmal zuhören. Dann wissen Sie auch, wo es in diesem Land hingeht. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Geschichte der einzelbetrieblichen Förderung** in Schleswig-Holstein muss man differenziert betrachten - erstens -, und sie ist zweitens in großen Teilen keine Ruhmesgeschichte. Herr Dornquast, Sie haben gefragt: Was machen Sie eigentlich anders? - Wir machen vieles anders, vor allem machen wir es besser als Sie. Ich will an der Stelle ein paar Punkte nennen, die in der einzelbetrieblichen Förderung bei Ihnen an der Tagesordnung waren.

(Beifall Olaf Schulze [SPD], Dr. Ralf Stegner [SPD] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Mitnahmeeffekte, Gießkanne**, keine Strategie, nicht nachvollziehbare Subventionierung. Ich will einmal die großen Subventionslöcher nennen: allein auf der Insel Sylt die Keitumtherme. Da haben Sie 13 Millionen € versenkt und nichts erreicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war die Große Koalition, glaube ich!)

Aber ich will Ihnen auch die vielen kleinen Förderanträge vorhalten. Bei diesen vielen kleinen Förderanträgen - der Mittelstandsbeauftragte ist jetzt nicht hier - liest man Förderung von Potenzialanalysen, Förderung von Autohäusern, und da werden Potenziale gefördert von „so unbekanntem Firmen“ - die wirklich Hilfe brauchen - wie Porsche, wie Audi, wie BMW und Mercedes. Die werden jetzt von uns mit 3.000 € gefördert, um in Schleswig-Holstein ihre Potenziale zu entwickeln. Das ist doch verrückt!

Oder: Wellness-Hotels, Gastronomien, auch eigene Gasthöfe - das ist sozusagen Ihre Förderpolitik. Wenn man sich die Zeit zwischen 2009 und 2012 anschaut und dann das Ansteigen dieser kleinstteiligen Förderung sieht - ich habe mir die 248 Seiten, die Sie im Übrigen im Internet nachlesen können, angeschaut -, dann erkennt man plötzlich, dass die Ernennung des Mittelstandsbeauftragten und die Finanzierung dieser Projekte miteinander zusammenhängen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt nicht, weil wir die Summe heruntergefahren haben!)

Das hat uns bewogen, die bisherige Füllhorn-, Parteilichkeits- und Selbstbedienungspolitik zu beenden, denn dies ist kein Boden, auf dem gute Wirtschaft gedeihen kann. Deshalb sind wir in der Ten-

denz bei Ihnen in der FDP, bei dem Antrag, den Sie eingereicht haben.

(Christopher Vogt [FDP]: In der Tendenz? Es ist Ihr Koalitionsvertrag!)

Ich werde Ihnen auch sagen, warum dieser Antrag durch unseren Antrag und durch unsere Politik nicht infrage gestellt wird: Die künftige einzelbetriebliche Förderung muss in eine **Gesamtstrategie** eingebunden sein.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Außer bei grünen Körnermühlen!)

Wir wollen immer auch sehen: Wenn Sie **Forschung und Entwicklung** fördern, fördern Sie natürlich auch irgendwann einmal einen einzelnen Betrieb - das ist doch klar. Wir wollen aber keine Subventionierung. Wenn Sie die Klammer in unserem Koalitionsvertrag mitgelesen hätten - die haben Sie nämlich in Ihrem Antrag unterschlagen -, dann würden Sie das sehen, dort steht das nämlich drin, dass wir keine **Subventionierung von Unternehmen** wollen. Ja, es geht genau um die Frage: Unterschied zwischen Anreiz, zwischen klaren Transparenzkriterien und der Vermeidung von Konkurrenzen. Wir wollen keine Marktverzerrung haben, das heißt, dass Dinge gefördert werden, die andere Unternehmen in der Region möglicherweise in Probleme bringen.

Also: Es geht hier gerade nicht um eine Fundi-Haltung, sondern es geht um eine innovative und auch klare Strategie dieser Landesregierung hinsichtlich einer ökologischen Modernisierung und einer Gesamtstrategie für unsere Wirtschaft, die wir dringend brauchen, wenn wir von der Transformation dieser Wirtschaft reden und wenn wir wirklich Innovation und intelligente Wirtschaftspolitik zusammenbringen wollen, um damit qualitatives Wachstum zu erzeugen. Das ist unsere Strategie, und deshalb schließt sich das nicht aus, sondern bedingt einander. Man muss das - wie gesagt - differenziert sehen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Er ist ja selbsternannter Wirtschaftsexperte.

(Heiterkeit)

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege, im Gegensatz zu Ihnen habe ich Wirtschaftswissenschaften studiert und darin auch ein ordentliches Diplom gemacht.

- Allerdings habe ich Sozialökonomie studiert. Das unterscheidet uns beide.

- Das merkt man auch, weil Sie offensichtlich versuchen, einige Zusammenhänge euphemistisch darzustellen. - Meine Frage lautet: Was ist denn einzelbetriebliche Förderung anderes als Subventionierung? Worin besteht der Unterschied?

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

- Der Unterschied besteht im Folgenden: Nehmen wir einmal ein Beispiel. Sie wollen eine Fähre haben, oder Sie wollen den Schiffsbau voranbringen. Wenn Sie den Schiffsbau an die Erfordernisse des Klimawandels anpassen wollen, haben Sie das Problem, dass Sie ein grünes Ferry-Konzept, ein grünes Schiffsbaukonzept und andere Antriebstechniken fördern müssten. Das wird das Unternehmen in der Regel aber aus seiner eigenen Wertschöpfung selten tun, weil es heute für Unternehmen enorm schwierig wird, Innovation am Markt zu platzieren und voranzubringen. Wenn der Staat ein strategisches Ziel hat, nämlich den Klimawandel zu bewerkstelligen und eine Dekarbonisierung der Gesellschaft herbeizuführen,

(Heiterkeit und Zurufe)

dann muss der Staat Rahmenbedingungen dafür schaffen. Da bin ich im besten Sinne bei Ludwig Erhard und dem Ordoliberalismus, denn die soziale Marktwirtschaft ist tatsächlich die Antwort gewesen. Sie müsste heute nur um das kleine Wörtchen Ökologie erweitert werden, dann haben wir nämlich eine **sozialökologische Marktwirtschaft**. Und für die stehen wir als Grüne ein. War das jetzt ausreichend, Herr Kubicki?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf: Nee! - Christopher Vogt [FDP]: Das war zwar erschöpfend, aber nicht ausreichend!)

Herr Kubicki, lassen Sie uns einmal über die Erfindung des Katalysators reden. Der Katalysator wäre nicht entwickelt worden, wenn der Staat keine Abgasnormen erlassen und diese Entwicklung vorgeschrieben hätte. Das war eine **Innovation**. Niemand würde heute mehr ohne Katalysator Auto fahren. Sie müssen also immer die Innovation und die Gesamtstrategie mit der Wirtschaftsförderung zusammensehen. Das tun Sie leider an der Stelle nicht, und das unterscheidet uns voneinander. Und das ist auch gut so!

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Christopher Vogt [FDP]: Kommen Sie bitte zum Thema!)

Also es geht um die zentrale Frage: Förderung mit Strategie oder Förderung ohne Strategie. Und es geht um die Differenzierung: weg von der Gießkanne, weg von Mitnahmeeffekten, weg von blinden Verteilssystemen, die ohne Wirkung bleiben. Das ist das zentrale Ziel einer sozialökologischen Marktwirtschaft, zu der wir uns hier noch einmal sehr deutlich bekennen.

Also worum geht es? In Zukunft geht es um Klarheit und Wahrheit, um Transparenz, um eine ökologische und sozial gerechte Wirtschaftsförderung. Deswegen sagen wir: Schluss mit Wettbewerbsverzerrung, Schluss mit Gutsherrenart. Das gehört in die Mottenkiste der Geschichte. Und das ist auch gut so. - Vielen Dank.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Jetzt karbonisiert er! - Minister Reinhard Meyer: Dekarbonisierung! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Er karbonisiert!)

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist immer wieder eine Freude, nach dem Kollegen Dr. Tietze zu sprechen. Es ist allerdings schwer, dieses hohe fachliche Niveau und die Begrifflichkeiten zu steigern.

Herr Dr. Tietze, ich bin wirklich von der Konsequenz erstaunt, die Sie hier vorgetragen haben, nämlich dass Ihre Fraktion in der Tendenz bei unserem Antrag sei. Unser Antrag ist die Formulierung aus dem Koalitionsvertrag. Dass Sie in der Tendenz bei sich selber sind, ist wirklich erstaunlich und finde ich wirklich gut.

(Christopher Vogt)

(Beifall FDP)

Das ist wirklich stark. „Stark“, würde der Ministerpräsident dazu sagen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Echt stark!)

Meine Damen und Herren, dass sich der von mir an sich sehr geschätzte Wirtschaftsminister wenig bis gar nicht um den rot-grün-blauen Koalitionsvertrag schert, ist ja nun nichts Neues.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das ist meist auch nichts Schlimmes!)

Insbesondere bei der Verkehrspolitik finden wir das meistens auch genau richtig, weil es da auch vernünftig ist.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das ist nur dann richtig, wenn Sie es für vernünftig halten! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das müssen Sie schon uns überlassen!)

- Das ist doch konsequent, oder?

Meine Damen und Herren, der **rot-grün-blaue Koalitionsvertrag** lässt beim Thema **einzelbetriebliche Förderung** nur wenig Raum für Spekulationen, was der politische Wille ist. Herr Dr. Stegner, der politische Wille ist Ihnen ja immer so wichtig. Dort steht auf Seite 12 in Zeile 478 angenehm minimalistisch und äußerst präzise formuliert:

„Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wird abgeschafft.“

(Beifall FDP)

Herr Dr. Tietze, das ist nicht aus dem Zusammenhang gerissen. Sie können gleich wieder mit Ihrer Klammer kommen. Es ist kein Geheimnis - es wurde schon von allen Rednern gesagt -: Die FDP-Fraktion begrüßt dieses Vorhaben aus dem rot-grün-blauen Koalitionsvertrag. Wir hatten in unserer Regierungszeit - das haben Sie in Ihrer Rede vergessen - einen Anfang gemacht, diesen ewigen Subventionswettlauf der Länder zu beenden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollten wir schon immer!)

Dieser Weg sollte nun auch konsequent weitergegangen werden. Sie waren ja schon auf einem guten Weg.

(Beifall FDP)

Herr Dr. Tietze, deutlicher als in Ihrem Koalitionsvertrag kann man nicht formulieren, was nun passieren soll.

Herr Minister Meyer hat zwar Änderungen bei der Förderpolitik vorgenommen, aber von einer Abschaffung, die Sie ja festgeschrieben haben, ist die Landesregierung Lichtjahre entfernt. Es wurde schon angesprochen: Seit geraumer Zeit erreichen uns alle paar Tage Pressemitteilungen der Landesregierung, denen zu entnehmen ist, wo wieder der nächste Förderbescheid übergeben worden ist. Herr Dr. Tietze, das hat mit Ihrem Katalysator und Ihrem sonstigen Kurs, den Sie heute dargestellt haben, sehr wenig zu tun. Das sollten Sie an dieser Stelle eingestehen.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Fritzen?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Vogt, ich bedanke mich dafür, dass Sie unseren Koalitionsvertrag an dieser Stelle so umfangreich unterstützen.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Das ist schön.

- Ich frage Sie, wie in diese offensichtlich gemeinsame Haltung, die wir an dieser Stelle haben, die Forderung hineinpasst, die Ihr Kollege Kumbartzky gestern beim Tagesordnungspunkt zum Thema **Krabben- und Muschelfischerei** an der schleswig-holsteinischen Westküste aufgestellt hat, nämlich dass man die Muschelfischer unterstützt und Geld als Unterstützung dafür zur Verfügung stellt, dass sie ihre Flotte ertüchtigen können? Wie passt diese Forderung von gestern mit dem, was Sie heute in Ihrem Antrag formulieren, zusammen?

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das stimmt nicht! Ich habe das Protokoll hier!)

- Frau Kollegin - -

(Unruhe)



(Christopher Vogt)

- Wenn Sie einverstanden sind, Herr Dr. Tietze, würde ich gern auf Ihre Kollegin antworten, die eine sehr interessante Frage gestellt hat. Frau Kollegin, Sie haben das, was Herr Kumbartzky gestern gefordert hat, falsch wiedergegeben. Insofern erübrigt sich Ihre Frage.

(Beifall FDP)

Ich will nicht weiter darauf herumreiten, aber die Grünen brechen ein Wahlversprechen. Sie haben uns mit großer Lautstärke vorgeworfen, dass dies Subventionsirrsinn sei. Herr Dr. Tietze, Sie brechen damit ein Wahlversprechen. Das ist jetzt Ihr Problem. Wir bedauern das.

(Beifall Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wenn Sie schon einmal eine vernünftige wirtschaftspolitische Position haben, die wir unterstützen können, dann ziehen Sie diese zurück. Das ist wirklich bedauerlich.

(Beifall FDP)

Die anderen Sachen, die wir nicht gut finden, behalten Sie bei, das ist wirklich schade.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Fritzen?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja, wir kommen zu den Kuttern zurück.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Wir kommen zu den **Kuttern** zurück, weil ich eben nicht schnell genug geschaltet habe. Ich finde es interessant, wie Sie einfach abtun, was Ihr Kollege gestern zu Protokoll gegeben hat. Wir können das sicherlich nachlesen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben das hier! Wir können das vorlesen!)

- Ja, Sie können das gern nachlesen. Ich erinnere daran, dass der Minister in seiner Replik noch einmal darauf hingewiesen hat, dass nicht nur diese Landesregierung, sondern auch schon vorangegangene Landesregierungen allein aus EU-rechtlichen Gründen nicht in der Lage waren und sind, diesen **Forde-**

**rungen nach finanzieller Unterstützung** nachzukommen. Dies hätte er nicht tun müssen, hätte Herr Kumbartzky nicht vorher genau diese Unterstützung gefordert. Das wollte ich noch einmal sagen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Die Forderung gab es gar nicht!)

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Kollegin Fritzen, ich kann Ihnen hier nicht weiterhelfen. Der Kollege Kumbartzky sagt, er habe dies so nicht gesagt, wie Sie es vortragen. Vielleicht können Sie das untereinander klären und bei einem Kaffee das Protokoll noch einmal herausholen. Dann können Sie sich über diesen Punkt streiten. Dies bringt mich ehrlich gesagt herzlich wenig weiter.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Herr Habeck hat sowieso nicht zu dem geredet, was ich gesagt habe!)

Meine Damen und Herren, die CDU ist seit Jahrzehnten uneingeschränkt von dem Instrument der **einzelbetrieblichen Förderung** begeistert. Sie bleibt sich da treu, und das ist ihr gutes Recht. Meine Fraktion war da immer skeptischer, und ich möchte Ihnen kurz darlegen, welche Gründe wir dafür haben: Unser Bundespräsident hat kürzlich richtigerweise erklärt:

„Ungerechtigkeit gedeiht nämlich gerade dort, wo Wettbewerb eingeschränkt wird“.

Ich finde, hier hat er recht. Subventionen für einzelne Unternehmen sind immer **wettbewerbsverzerrend** und damit am Ende ungerecht. Sie bevorzugen Einzelne und verschaffen ihnen auf Kosten der Allgemeinheit Vorteile im Wettbewerb. Unternehmer, die keine Subventionen erhalten, sind nicht nur benachteiligt, weil sie keine Mittel erhalten, sondern sie müssen mit ihren Steuern die Subventionen für ihre Mitbewerber bezahlen, und das ist das Gegenteil von gerechter Politik.

(Beifall FDP)

Eine Vielzahl von Studien belegt: Außerdem löst die einzelbetriebliche Förderung **kaum neue Investitionen** aus, sondern verbilligt bereits geplante Investitionsvorhaben. Die einzelbetriebliche Förderung wird nicht durch einen positiven Effekt, sondern vielmehr durch einen **Mitnahmeeffekt** bestimmt.

Ich kann die strukturell schwächeren Regionen verstehen, die dieses Instrument einfordern. Das sind

(Christopher Vogt)

die Regionen im Norden und Westen unseres Landes, aber das sind auch die Regionen, in denen es ein Fördergefälle gibt. Ich selbst komme aus dem Herzogtum Lauenburg an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern. Dort gibt es eine unglaublich hohe einzelbetriebliche Förderung. Das ist natürlich ein Problem, wenn man bei der Ansiedlungspolitik dagegen argumentieren muss.

(Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Dr. Tietze, ich habe schon lange darauf gewartet. Jetzt endlich kommen Sie mit Ihrer Zwischenfrage.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Dr. Tietze, Sie haben soeben die Erlaubnis bekommen.

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herzlichen Dank, Herr Kollege Vogt. Da Sie jetzt der Retter der Abschaffung der einzelbetrieblichen Förderung sind: Können Sie mir bitte sagen, welche Projekte der einzelbetrieblichen Förderung Sie im Kabinett, als Sie zweieinhalb Jahre regiert haben, gestoppt haben? Wären Sie so freundlich, mir zu sagen, welche einzelbetrieblichen Fördermaßnahmen Sie als FDP in der Regierung verhindert haben?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben die Mittel gesenkt!)

**Christopher Vogt** [FDP]:

Herr Dr. Tietze, ich habe an dieser Stelle Ihre Helldenrolle übernommen. Das freut Sie sicher. Wir haben sie insofern eingeschränkt - -

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, dass Sie dazukommen, war klar.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bitte jetzt um eine Antwort!)

- Wenn er immer dazwischenredet, dann darf ich darauf reagieren.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich setze mich gleich hin!)

Herr Dr. Tietze, wir haben die **D-Fördergebiete ausgenommen**. Zum Beispiel gab es für den Kreis Herzogtum Lauenburg eine Übergangsregelung. Das Problem war gerade, dass es unterschiedliche Fördergebiete gibt. Schleswig-Holstein ist in ver-

schiedene Fördergebiete eingeteilt. Wir haben C- und D-Fördergebiete. Für die eher strukturstärkeren Regionen haben wir dies abgeschafft, für die anderen Gebiete haben wir dies beibehalten. Das war der Kompromiss in der Koalition. Insofern haben wir dies eingeschränkt, und wir sind einen Schritt in die richtige Richtung gegangen.

Natürlich muss man es **bundesweit** anpacken, den Subventionswettbewerb der Bundesländer einzuschränken. Das ist gerade an den Ländergrenzen zu den neuen Bundesländern ein Problem. Im Herzogtum Lauenburg hat dies nicht gerade Begeisterungstürme ausgelöst, weil es dort seit unserer Entscheidung gar keine einzelbetriebliche Förderung mehr gibt. In Mecklenburg-Vorpommern gilt weiterhin die alte Regelung. Da gibt es also an der Landesgrenze ein extremes Fördergefälle. Wir haben dies in bestimmten Gebieten abgeschafft, aber leider nicht komplett.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine weitere Zwischenbemerkung?

**Christopher Vogt** [FDP]:

Ja.

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wären Sie bereit zuzugestehen, dass die **Steuerentlastungen** für die **Mövenpick-Kette** im weitesten Sinne auch eine einzelbetriebliche Förderung darstellt?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe FDP)

- Herr Dr. Tietze, das Wort sagt es bereits: Eine einzelbetriebliche Förderung und ein Steuergesetz passen nicht zusammen, das sehe ich anders als Sie.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er geht zur DE-HOGA und lässt sich dort feiern! Unglaublich! - Weitere Zurufe)

Herr Kollege, beides ist eine Subvention, aber das ist keine einzelbetriebliche Förderung. Meine Fraktion war übrigens an dieser Stelle nicht begeistert, aber sei es drum. Wenn die Mövenpick-Steuer kommt, dann ist die Argumentationslinie nicht besonders stringent.

Meine Damen und Herren, ich empfehle deshalb: Lassen Sie uns Initiativen aufgreifen, die fordern, dass **GRW- und EFRE-Mittel** besser auch und gerade in die wirtschaftsnahe Infrastruktur fließen können. Davon würde die Wirtschaftskraft in einer

(Christopher Vogt)

strukturell schwächeren Region in Gänze profitieren, insbesondere der Mittelstand und das Handwerk.

Meine Damen und Herren, seien Sie an dieser Stelle konsequent und stimmen Sie unserem Antrag zu, der letztlich Ihre Position ist. Setzen Sie diesem unfairen und antiquierten wirtschaftspolitischen Instrument ein Ende. Der unsägliche Subventionswettbewerb der Bundesländer muss irgendwann ein Ende haben. Wer am Start aufgibt, der wird niemals ans Ziel kommen. Ich bin davon überzeugt, dass hier Bewegung sinnvoll und am Ende auch möglich ist. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und für die Koreferate.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! In der Tat, einzelne Unternehmen zu subventionieren, ist falsch. Das hat sich nicht bewährt, denn es hat sich herausgestellt, dass davon zu einem großen Teil ohnehin geplante Projekte profitieren. Das heißt, es gibt enorme **Mitnahmeeffekte**. Erstens. Untersuchungen haben ergeben, dass der Einfluss der Zuschüsse auf das Zustandekommen von Investitionen sowie auf deren Höhe und den Standort allenfalls gering sei. Eine Untersuchung des Brandenburger Rechnungshofs hat ergeben, dass in 85 % von 54 untersuchten Fällen zumindest teilweise Mitnahmeeffekte aufgetreten sind.

Zweitens. Es entstehen ein **Subventionswettbewerb** zwischen Bundesländern und eine Standortkonkurrenz, die wir nicht gebrauchen können.

Drittens. Es profitieren von solchen Subventionen überproportional sogar **Großunternehmen** oder Konzerne, die eine Förderung am allerwenigsten nötig haben.

Viertens. Es wird bemängelt, dass **strukturstarke Regionen** von solchen Subventionen profitieren, obwohl sie oftmals der Stärkung des ländlichen Raums dienen sollen.

Fünftens. Die Subventionen führen zu einer Beihilfe-problematik, nämlich zu einem verzerrten Wettbewerb.

Die **Evaluierung** des **EFRE-Förderprogramms** hier in Schleswig-Holstein hat ganz konkret ergeben - und ich zitiere; Herr Wirtschaftsminister, das ist vielleicht auch für Sie interessant - Die Förderung der betrieblichen Investitionen sei kaum problemadäquat erfolgt, und die Entwicklung der Tourismuswirtschaft sei ebenfalls kaum problem- und zieladäquat gefördert worden. Aus dem Bericht geht hervor, dass zum Beispiel Subventionen an das Atlantik-Hotel in Höhe von 1,8 Millionen € und an Dräger Medical in Höhe von 2,2 Millionen € gezahlt wurden.

(Christopher Vogt [FDP]: Dräger ist ein notleidendes Unternehmen!)

Ein Themenbad in Damp erhielt über 7 Millionen €, und es gab 5 Millionen € für die berüchtigte Dünentherme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen, dass die Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben oder die Änderung von Produktionsverfahren mit Millionenbeträgen gefördert wurden, obwohl sie sowieso geschehen wären. Hier haben sich also massive **Mitnahmeeffekte** ergeben, und das lehnen wir ab.

Nun wollen Sie sich leider keineswegs generell von dieser Praxis der Unternehmenssubventionierung verabschieden. Der Umweltminister hat in der letzten Tagung sogar angekündigt, demnächst sogar Wohlfühlställe für Schweine zu subventionieren. Wir PIRATEN erteilen dem ganz klar eine Absage und fordern eine Abschaffung der Subventionszahlungen an Einzelbetriebe.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Dr. Breyer, es käme beispielsweise die Firma Vosloh zu Ihnen und sagte: Wir haben ein interessantes Entwicklungskonzept, um elektrische Bahnen zu betreiben und um Innovationen zu fördern. Wenn Sie wüssten, der schleswig-holsteinische ÖPNV wäre in zehn Jahren frei von Diesel betreibbar, würden Sie dann sagen: Ich zahle diese Investition nicht, ich hel-

(Dr. Patrick Breyer)

fe nicht dabei? Ich möchte das versagen. Wäre das Ihre Position?

- Lieber Herr Kollege Dr. Tietze, ich glaube nicht, dass Unternehmenssubventionen das richtige Mittel sind, um solche Innovationen zu befördern. Sinn macht, zum Beispiel in den Ausschreibungsverfahren bestimmte Anforderungen zu stellen. Natürlich bezahlen wir mit, wenn wir solche Anforderungen in Ausschreibungen stellen, zum Beispiel im Zusammenhang mit umweltfreundlicher Technik und so weiter. Es sollten aber nicht einzelne Unternehmen durch einzelbetriebliche Subventionen begünstigt werden.

(Beifall FDP)

Wenn Sie mir weiter zugehört hätten, dann hätten Sie auch erfahren, was Sinn macht. Investiert werden sollte nämlich in die **öffentliche Infrastruktur**, in **Gründer- und Forschungszentren**, sodass die Mittel nicht nur einzelnen Unternehmen, sondern allen zugutekommen.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Wir PIRATEN fordern, alle **Subventionen** systematisch **auf den Prüfstand** zu stellen. Sie müssen degressiv angelegt oder enger als bisher zeitlich befristet werden und zudem regelmäßig auf ihren Sinn hin überprüft werden. Das ist bisher in Schleswig-Holstein überhaupt nicht erkennbar. Wir arbeiten daran, einen Antrag dazu auf den Weg zu bringen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben kein Verständnis dafür, dass auf der einen Seite zu wenig Geld für Bildung und andere Zukunftsinvestitionen da ist, auf der anderen Seite aber Millionen Subventionen an Großunternehmen quasi verschenkt werden. Das muss ein Ende haben. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Koalition hat es sich zur Aufgabe gemacht, **wirtschafts- und strukturpolitische Maßnahmen** des Landes neu zu gestalten, und zwar weg von der alten Gießkannenpolitik, hin zu Fördermaßnahmen, die speziell darauf ausgerichtet sind, die **strukturschwachen Regionen** zu entwickeln. So wollen wir insbesondere die Regio-

nen des Landes unterstützen, die eben nicht im unmittelbaren Bereich der Metropolregionen liegen und davon profitieren. Nur so wird es uns gelingen, dass diese Regionen weiterhin überlebensfähig sind. Wir wollen tragfähige Grundlagen in allen Landesteilen vorhalten und innovative Entwicklungen ermöglichen.

Die **einzelbetriebliche Förderung** war hierbei nicht immer das geeignete Instrument, um nachhaltige Strukturen zu stärken. Sie hat eben nicht zu einer tragfähigen Entwicklung im Betrieb oder in der Region geführt.

Der Umkehrschluss darf aber nicht sein, alles den Kräften des Marktes zu überlassen. Vielmehr hat die Politik die Aufgabe, lenkend einzugreifen. Genau das beabsichtigen wir mit den neuen Fördermaßnahmen.

Die **Wirtschaft des ländlichen Raums** wird häufig auf die Landwirtschaft reduziert. Neben der Landwirtschaft sind es aber insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die die Wirtschaftsstruktur des ländlichen Raums bilden. Der Mittelstand ist das Rückgrat der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Gerade diese Unternehmen zeichnen sich immer wieder durch Innovationen aus. Dabei ist gerade die Westküste ein hervorragendes Beispiel für betriebliche Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien, die mittlerweile nicht mehr wegzudenken sind. Solche Betriebe wollen wir mit einer Art **betriebsorientierter Innovationsförderung** unterstützen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Die Förderung von Betrieben wird sich künftig auf bestimmte **Schwerpunkte** beschränken. Genannt wurden bereits Nachhaltigkeit und Innovation. Dazu zählen sodann auch energieeffiziente und -einsparende Maßnahmen. Aber auch im Bereich des Tourismus wird es klare Kriterien geben, um den Tourismusstandort Schleswig-Holstein weiter zu stärken. Weitere Vorgaben beziehen sich auf gute Arbeit und Familienfreundlichkeit.

Für die Westküste möchte ich das Programm „**Integrierte Territoriale Investitionen**“, ITI, besonders hervorheben, das bei uns im Land mit dem Titel „Tourismus- und Energiekompetenzregion Westküste“ geführt wird. Die dafür vorgesehenen 30 Millionen € werden dort gezielt für die Maßnahmen zur Verfügung gestellt, die wir von vornherein als Schwerpunkt unserer Förderpolitik festgelegt haben. Für ITI wurden die Leitthemen „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ und „Ressourcenschonender Tourismus“ gewählt. Die Projekte wer-



**(Flemming Meyer)**

den im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens eingebracht und durch ein Gremium ausgewählt. Das ITI-Programm bietet große Potenziale und gibt der Westküste ganz neue wirtschaftliche Impulse.

Wir werden auch in anderen Regionen des Landes weitere Förderungen zulassen, sofern diese für die Region von besonderer Bedeutung sind.

Abschließend möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der insbesondere bei Neugründungen von großer Relevanz ist. Wir wissen, dass gerade bei Startup-Unternehmen die Kapitaldecke eng gestrickt ist. Daher ist es wichtig, dass wir Verfahren entwickeln, die mit einem **geringen bürokratischen Aufwand** verbunden sind, damit es zu schnellen Genehmigungen kommen kann. Nur so werden wir wirklich Neugründungen am Markt positionieren.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dornquast?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Volker Dornquast [CDU]:** Herr Tietze hat vorhin die 3.000er- und 5.000er-Beträge kritisiert. Sie haben die kleinen Betriebe an der Westküste genannt. Darf ich Sie fragen, ob Sie eine Mindestfördergröße für solche Projekte vorgesehen haben?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ich habe nicht von irgendwelchen Grenzen geredet. Die Idee, die dahinter steckt, die Innovation, muss doch entscheidend sein, aber nicht die Höhe.

- Also keine.

- Das habe ich nicht gesagt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den ersten drei Dreiminutenbeiträgen. - Den ersten Dreiminutenbeitrag hält der Abgeordnete Detlef

Matthiessen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Kollege Dr. Breyer, wir sind ganz dicht bei Ihnen. Es gibt einen großen Unterschied zur Wirtschaftsförderpolitik der Vorgängerregierung. Das will ich an Beispielen erläutern.

Ein Kühllogistiker beispielsweise ist von der Vorgängerregierung unterstützt worden, indem diesem ein neues Kühlhaus gebaut worden ist, für das sich dieser dann Europas neuesten Schockfroster besorgte. Dies wurde dann als Innovation verkauft. Dazu kann ich nur sagen, dass er diesen auch so gekauft hätte. Insofern ist das eine fehlgeleitete Investitionsförderung.

Herr Dr. Tietze hat beispielhaft einen Batteriehersteller angeführt, der aus dem Wissenschaftsbetrieb kommt und als Existenzgründer ein erfolgreiches Unternehmen aufbauen will. Das ist eine technologische Eigenentwicklung. Das hat etwas mit Markttransfer und so weiter zu tun. Das ist eine **Innovation**, die mit einem besonderen betriebswirtschaftlichen Risiko behaftet ist. Das fördern wir.

Selbstverständlich sind das Subventionen. Selbstverständlich sind das auch einzelbetriebliche Förderungen.

Im **Tourismusbereich** stellen wir besondere Anforderungen. Wenn beispielsweise ein Antrag für ein Spaßbad gestellt wird, kann dies vom Wettbewerb als **Frequenzbringer** gesehen werden. Auch dann ist das eine Sache, der man zustimmt. Auch dann stimmt man der Sache zu, wenn der Wettbewerb sagt: Wir haben etwas davon.

Das ist etwas anderes als das, was die Vorgängerregierung zum Beispiel in Timmendorfer Strand vorhatte. Dort hat das einzige Fünf-Sterne-Hotel in Schleswig-Holstein über 3 Millionen € investiert. Dabei sollte ein Hotelneubau direkt nebenan mit Landesmitteln gefördert werden, und zwar gegen seinen Willen. Das ist ein großer Unterschied.

Wenn ein Unternehmen Lokomotiven herstellt und sich überlegt, eine oberleitungsfreie Elektrifizierung des Bahnverkehrs zu schaffen, dann bekommt dieses eine Förderung. Dieses arbeitete dann aber in einem Konsortium mit einem Batteriehersteller aus Geesthacht, mit einem Leistungselektroniker aus Flensburg, mit einem Motorhersteller aus Eutin und einem anderen Elektromotorenhersteller aus Flens-

(Detlef Matthiessen)

burg. Dies wird zudem von der CAU und dem ISIT begleitet.

Dann erhält dieses Unternehmen natürlich formell eine einzelbetriebliche Förderung, Herr Kubicki. Das ist auch eine Subvention, Herr Kubicki. Das ist aber etwas völlig anderes vom Grundcharakter der Wirtschaftsförderung her. Das ist innovativ. Das ist impulsgebend. Wir werden vielleicht in diesem Zusammenhang auch ein neues Wirtschaftscluster in Schleswig-Holstein erzeugen können.

Ich glaube, das sind große Unterschiede. Diesen Unterschied macht eben diese Koalition aus.

In Reaktion auf die Vorgängerregierung ist etwas verkürzt im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden, dass wir die einzelbetriebliche Förderung abschaffen wollen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

In diesem Sinne ist das nicht eine Abschaffung der einzelbetrieblichen Förderung, aber eine fundamentale **Änderung des Charakters der Förderpolitik** dieser Landesregierung, und das ist gut so. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Matthiessen, das war ja schon einmal ein ordentlicher Beitrag. Insofern müssen wir uns da gar nicht weiter auseinanderdividieren lassen. Ich habe von dem Kollegen Schulze gelernt, dass man eine Regierungsbeteiligung braucht, um Kenntnis davon zu erhalten, wie man vernünftig mit einem Instrument umgeht, das man ansonsten als nicht zielführend angesehen hat.

Ich habe festgestellt, dass die Grünen das vorher besser wussten, nur bei der Formulierung ein bisschen versagt haben. Man hätte ja auch hineinschreiben können: Die einzelbetriebliche Förderung wird umgestellt.

Alles d'accord.

Ich habe mich gemeldet, um etwas klarzustellen, was die Landtagsvizepräsidentin Fritzen in den Raum geworfen hat. Denn es kann nicht sein, dass hier mit Halbwahrheiten operiert wird; auch wenn Minister Dr. Habeck einen Popanz aufbaut, wird es nicht wahrer. Denn der Kollege Kumbartzky - ich habe das Protokoll hier zur Korrektur - hat Folgendes im Rahmen der Kutterflotte ausgeführt, ich zitiere:

„Die Kutterflotte der Westküste ist im Durchschnitt über 35 Jahre alt. So kann man mit den modernen Krabbenkutterflotten aus den Niederlanden und Dänemark auf den gemeinsamen Fangplätzen nicht mehr mithalten. Es werden Neubauten und Projekte zur Energieeinsparung benötigt. Genau daran sollte der Minister doch ein großes Interesse haben. Existenzgründerdarlehen müssen leichter zu bekommen sein und erhöht werden. Die Betriebsaufgabe für Altfischer muss vereinfacht werden...“

Frau Kollegin Fritzen, es ist keine einzelbetriebliche Förderung, sondern das Instrumentarium, was allen zur Verfügung steht, die ihren Betrieb modernisieren müssen. Das ist das Gegenteil von einzelbetrieblicher Förderung, denn das dient allen. Ich bitte klarzustellen, dass Sie den Kollegen Kumbartzky nicht in Haft dafür nehmen können, dass er gestern etwas anderes gesagt hat, als das, was der Kollege Vogt heute ausgeführt hat. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, dass ich aus der Bibel zitiere.

(Zurufe: Oh!)

Das achte Gebot, Herr Kollege Tietze, heißt: „Du sollst nicht falsch Zeugnis geben wider Deinen Nächsten.“ Oder auf Deutsch: Man darf nicht lügen oder die Unwahrheit sagen.

Ich habe zu keiner Zeit als **Mittelstandsbeauftragter** nur einen **Förderbescheid** überreicht oder war für einen Förderbescheid verantwortlich. Das gehörte überhaupt nicht zu meinem Aufgabenbereich. Meine Aufgabe war, mittelständische Unternehmen zu fördern, indem ich den Investor mit der Behörde

(Hans-Jörn Arp)

zusammengebracht habe, die meistens aus irgendwelchen Gründen nicht bereit war, ihm die Baugenehmigung zu geben oder ihm sein Ansinnen zu ermöglichen. Es war aber nie meine Aufgabe, irgendwo und zu irgendeiner Zeit einzelbetriebliche Förderungen weder für den einen noch für den anderen zu übergeben. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis!

Zweitens. Meine Damen und Herren, das muss man hier auch einmal sagen, wenn man so pauschal über einzelbetriebliche Förderungen redet. In Norderstedt ist das Tesa-Werk von Beiersdorf entstanden. Das wäre dort nicht entstanden - es war kein Mitnahmeeffekt -, wenn sie nicht eine einzelbetriebliche Förderung bekommen hätten. Das Fraunhofer Institut in Itzehoe hat die höchste Förderung bekommen. Die wären für die Forschung nicht nach Itzehoe gekommen, wenn sie kein Geld erhalten hätten. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. Die wären nach Sachsen gegangen. Das ist der Unterschied gewesen.

Ich sage Ihnen nur, dass Sie das zur Kenntnis nehmen müssen. Bei dem Hotelneubau in den letzten zehn Jahren an der Nord- und an der Ostseeküste hatten wir einen riesigen Wettbewerbsnachteil gegenüber Mecklenburg-Vorpommern. Das betraf auch schon die Vor-Vorgänger, ob sie nun Austermann oder Rohwer hießen. Auch sie haben bereits einzelbetriebliche Förderungen vorgenommen. Ansonsten hätten wir nicht eines der neuen Hotels an der Nord- beziehungsweise an der Ostsee bekommen. Es würden sich auch in Zukunft keine Hotels neu ansiedeln. Da möchte ich an der Stelle Herrn Minister Meyer in Schutz nehmen, der macht es gut, der macht es richtig.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD]: Den brauchen Sie nicht in Schutz zu nehmen!)

Das ist die Situation, vor der er steht. Die heuchlerische Ankündigung, man wolle es gar nicht mehr - -. Was passiert denn mit den 30 Millionen € für die Projekte an der Westküste? Davon gehen doch sicherlich 95 % in die einzelbetriebliche Förderung. Stellen Sie sich doch hier hin und sagen das auch und behaupten nicht das Gegenteil! Das ist doch dummes Zeug.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Arp, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Wenn er sich entschuldigen will, ja.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Arp, da Sie so vehement bestritten haben, dass Sie das als Mittelstandsbeauftragter getan haben, können Sie mir dann erklären, warum Sie für Ihren eigenen Landgasthof diese 3.000 € beantragt haben? Sie tun gerade so, als wüssten Sie von nichts. Anscheinend ist es ja so, dass Sie diese kleine Summe beantragt haben. Ich habe gesagt, dass diese kleinen Summen symptomatisch sind für Gießkannenförderung.

- Herr Dr. Tietze, noch einmal: Ich habe nie und zu keiner Zeit Geld beantragt. Das sage ich Ihnen ehrlich, das schwöre ich. Ich habe es nicht.

- Dann war das nicht Ihr Landgasthof?

- Es ist schon lange nicht mehr mein Landgasthof. Nehmen Sie auch das einmal zur Kenntnis.

(Zurufe FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Arp, Sie haben das Wort, wenn Sie möchten. - Damit liegt keine weitere Wortmeldung vor. Somit hat jetzt die Landesregierung das Wort. Herr Minister Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie spricht jetzt zum Parlament. - Bitte schön.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal zu dem eigentlichen Ersuchen des CDU-Antrages, ein Konzept für eine einzelbetriebliche Förderung vorzulegen. Das gibt mir Gelegenheit, mit einem Missverständnis aufzuräumen. Herr Schulze hat es schon angedeutet, denn das, was die Grundzüge des **Konzeptes zur Modernisierung der Wirtschaftsförderung** angeht, liegt Ihnen vor. Im November des vergangenen Jahres haben wir Sie über die EU-Strukturfondsprogramme, und damit auch über das Konzept, informiert. Ich kann Ihnen gern die Drucksachennummer nennen. Genau so haben wir den Wirtschaftsausschuss darüber informiert, was wir über EFRE und ESF machen möchten.

Ich will auch deutlich sagen, es war zu ähnlich später Stunde im November des letzten Jahres, dass wir hier sehr engagiert eine Debatte über den **Mittelstand** geführt haben. Auch da, meine Damen und

(Minister Reinhard Meyer)

Herren, habe ich Ihnen gesagt, was wir an **Eckpunkten** zur neuen **einzelbetrieblichen Förderung** vorhaben, was wir zum Teil schon auf den Weg gebracht haben und wie wir die einzelbetriebliche Förderung umsteuern. Ich kann Ihnen sagen, dass wir lange Debatten über die einzelbetriebliche Förderung geführt haben, und das sollte man auch offen und ehrlich tun. Wir haben sie einer sehr **kritischen Analyse** unterzogen. Wir haben genau untersucht, was in der Vergangenheit passiert ist, was wir für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein benötigen.

Diese Debatte zeigt auch, dass es unterschiedliche Einschätzungen dazu gibt, wie man damit umgeht. Aber wir wollen ein klares Profil, wir wollen eine Konzentration der Förderung, und das möchte ich Ihnen gern darstellen: Die derzeitige Förderpraxis unterscheidet sich deutlich von dem, was vorher gewesen ist. Es gibt keine Förderung mehr mit der **Gießkanne**. Auch wenn Sie das mit den Autohäusern und den Recyclinghöfen jetzt nicht mehr hören mögen, muss ich Sie dennoch fragen, wie es sein kann, dass dies in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2012 gefördert wurde und in Mecklenburg-Vorpommern, - Aufbau Ost - wurde diese Förderung bereits 1995 eingestellt. Das verstehe ich nicht. Dies war für mich ein Beispiel dafür, warum ich verstanden habe, dass dies in den Koalitionsverhandlungen so diskutiert wurde. Das muss man doch offen und ehrlich sagen. Die Förderung als Profil war nicht erkennbar.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann gab es einen Automatismus mit **vorzeitigem Maßnahmenbeginn**, die einen Minister schon irgendwie binden, wenn er im Amt ist. Man hatte mir gesagt: Es gibt dort viele Förderfälle, sie können bis zum Jahr 2014 erst einmal ausreichen. Formal ist es so, dass ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn nicht unbedingt bedeutet, dass man die Förderung auch auszahlen muss. Aber gehen Sie einmal zu einem Investor - ich habe mir Projekte angesehen, bei denen die Investitionen bereits getätigt waren - und sagen Sie dann: Es tut mir leid, wir haben eine neue Regierung, wir nehmen das alles wieder zurück. - Auch das haben wir vorgefunden, und diesen Automatismus haben wir aufgelöst, meine Damen und Herren. Auch das gehört zur Wahrheit, wie man eine einzelbetriebliche Förderung wieder ordentlich auf die Füße stellt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind auch dabei, in jedem Einzelfall natürlich die **Strukturwirkung**, den Arbeitsplatzeffekt, zu bewerten. Das ist gut. Wir wollen Faktoren wie gute Arbeit, wir wollen Faktoren wie Energieeffizienz und Familienfreundlichkeit in die Förderkriterien mit einbeziehen. Wir merken heute bereits in der Praxis, dass die Unternehmen damit umgehen können. Die nehmen das an und sehen vor allem auch beim Thema Energieeffizienz, dass Energiekosten für ein Unternehmen heute ein Thema sind und somit auch Kriterien erfüllt werden können. Wir wollen vor allem auch die **Nachhaltigkeit** stärken, wir wollen eine nachhaltige Wirtschaftsförderung. Etwas anderes können wir politisch auch gar nicht rechtfertigen.

Nun ist es so, dass die **Rahmenbedingungen** durch die **EU-Förderung** gesetzt werden. Sie werden gesetzt durch die **Bundsförderung**, bei der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Hierbei gibt es zwei gute Botschaften für Schleswig-Holstein. Zum einen gibt es aus der Gemeinschaftsaufgabe mehr Mittel für Schleswig-Holstein als bisher. Allein für das Jahr 2015 werden 2,5 Millionen € zusätzlich bewilligt. Das wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen.

Auch die **Fördergebietskulisse** in Schleswig-Holstein, was die C-Fördergebiete betrifft, ist erweitert worden. Sie betrifft große Teile von Kiel, ganz Flensburg, und weitere Teile von Steinburg sind in Zukunft C-Fördergebiet, wo wir entsprechende Möglichkeiten haben.

Meine Damen und Herren, ich behaupte nicht, wenn wir Wirtschaftspolitik, wenn wir Wirtschaftsförderung, betreiben, dass die einzelbetriebliche Förderung der Nabel der Welt ist. Das ist sie beileibe nicht. Aber sie ist für einzelne Punkte ein wichtiges Steuerungsinstrument, und zwar ein Steuerungsinstrument von Wirtschaftspolitik. Deswegen - im Kabinett haben wir das miteinander vereinbart - werden wir in der künftigen einzelbetrieblichen Förderung folgende Schwerpunkte umsetzen: Das Thema **Innovation und Nachhaltigkeit**. Wir haben in Schleswig-Holstein eine eklatante Schwäche bei Forschung und Entwicklung in Unternehmen. Also müssen wir nicht nur den Übergang fördern, sondern auch Forschung und Entwicklung in Unternehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen den Schwerpunkt **Energieeinsparung und Ressourceneffizienz**. Energie ist ein Kosten-



**(Minister Reinhard Meyer)**

faktor. Dabei geht es um Prozessoptimierung und um viele in die Zukunft gerichtete Dinge.

Wir wollen eine zielgerichtete **Tourismusförderung**. Das Land Schleswig-Holstein ist ein Tourismusland und hat großen Modernisierungsbedarf, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Meine Damen und Herren, der Blick muss immer dahin gehen, die Wirtschaftsstruktur zu verbessern. Das Beispiel, das von Herrn Matthiessen genannt wurde, beschreibt genau, wie wir Förderung einzelbetrieblicher Art in Zukunft idealerweise gestalten können. Das ist ganz wichtig, um den Standort Schleswig-Holstein zu verbessern.

Ich sage ganz deutlich: Wir wollen Klasse statt Masse fördern. Wir wollen den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein stärker machen und ihm ein klareres Profil geben. Dazu gibt es das Steuerungsinstrument der einzelbetrieblichen Förderung. Das geht nur gezielt, damit wir den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein erkennbarer machen. Das ist unser Ziel. Das werden wir Ihnen mit den Richtlinien noch im Sommer vorlegen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Zunächst stelle ich fest, dass der Berichts Antrag in der Drucksache 18/1792 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Beantragt wurde, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/1794 abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Piratenfraktion, die CDU-Fraktion - -

(Zuruf SPD: Was? Die CDU-Fraktion? - Christopher Vogt [FDP]: Lass sie doch! - Heiterkeit)

- Nicht CDU?

Ich wiederhole die Abstimmung. Wer für den Antrag der FDP-Fraktion ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Piratenfraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich?

(Zurufe)

- Herr Abgeordneter Dornquast, sind Sie dafür oder dagegen? - Sie sind gegen den FDP-Antrag, also haben Sie mit den regierungstragenden Fraktionen abgestimmt. Vielen Dank für den Hinweis. Wer enthält sich? - Der Rest der CDU-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/1723 in unveränderter Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der reine CDU-Antrag. Er wird auch rein von der CDU befürwortet. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit wurde der Antrag leider abgelehnt. Wir haben keine Enthaltungen. Oder war noch eine Enthaltung dabei? - Das ist nicht der Fall.

Weitere Anträge liegen nicht vor, weil der Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - der Berichts Antrag - erledigt ist.

Ich wünsche Ihnen einen wunderbaren Abend, gute Unterhaltungen und eine gute Nachtruhe. Bis morgen früh! Um 10 Uhr geht es weiter.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:33 Uhr**